

7. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Oktober 2007

Inhalt

Eingänge gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung	315
Abg. Röwekamp (CDU) zur Geschäftsordnung	315
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	315
Abg. Möllenstädt (FDP) zur Geschäftsordnung	316
Abg. Rupp (Die Linke) zur Geschäftsordnung	316
Kleine Anfragen gemäß Paragraf 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	317
Fragestunde	
1. Lehrkräftenachwuchs für Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 2007	319
3. Realisierung des Schienenprojektes Y-Trasse zwischen Hannover und Bremen/Hamburg Anfrage der Abgeordneten Focke, Imhoff, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. September 2007	320
4. Abteilungsleiter in der Kulturbehörde Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. September 2007	321
5. Zustand des Kanalnetzes Anfrage der Abgeordneten Jägers, Kasper, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 25. September 2007	324
6. Förderung der Windkraft Anfrage der Abgeordneten Frau Garling, Liess, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 26. September 2007	325
7. Kommunikations- und Marketingplattform „Seaport of Germany“ Anfrage der Abgeordneten Günthner, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 28. September 2007	326
8. Fehlerhafte Schulbücher im Land Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Oktober 2007	327
9. Beschränkter Zugang zu Meisterkursen der Handwerkskammer Anfrage der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2007	329
10. Leitfaden und Informationsblatt zur einheitlichen Schulkleidung Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2007	332
Aktuelle Stunde	
Nächtliche Krawalle am Sielwall machen deutlich: Überprüfung der Polizeireform überfällig	
Abg. Woltemath (FDP)	333
Abg. Ehmke (SPD)	334
Abg. Hinners (CDU)	335
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	336
Abg. Tittmann (parteilos)	337
Abg. Erlanson (Die Linke)	339
Abg. Woltemath (FDP)	339
Senator Lemke	340
Veranstaltungsmarketing fortsetzen – Tourismus-, Sport- und Kulturstandort Bremerhaven und Bremen nachhaltig sichern!	
Abg. Bödeker (CDU)	341
Abg. Liess (SPD)	342
Abg. Tittmann (parteilos)	343
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	343
Abg. Ella (FDP)	344
Abg. Beilken (Die Linke)	345

Abg. Bödeker (CDU)	346
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	346
Staatsrat Dr. Heseler	346

Wahl von 6 Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Abg. Röwekamp (CDU)	348
Abg. Frau Troedel (Die Linke)	349
Abg. Dr. Sieling (SPD)	350
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	352
Abg. Rupp (Die Linke)	353
Abg. Woltemath (FDP)	354
Abg. Dr. Sieling (SPD)	354
Wahl	355

Enquete-Kommission „Zukunft der Schulbildung im Lande Bremen“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Oktober 2007
(Drucksache 17/80)

Schulentwicklung im Land Bremen – Einrichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen, Die Linke und der FDP
vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/100)

Abg. Röwekamp (CDU)	356
Abg. Güngör (SPD)	359
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	362
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	364
Abg. Beilken (Die Linke)	367
Abg. Röwekamp (CDU)	368
Abg. Rupp (Die Linke)	370
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	371
Senatorin Jürgens-Pieper	372
Abg. Rohmeyer (CDU)	374
Abstimmung	376

Entwicklung der Ganztagschule im Lande Bremen rechtlich absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2007
(Drucksache 17/63)

Abg. Rohmeyer (CDU)	376
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	377
Abg. Frau Kauertz (SPD)	378
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	379
Abg. Beilken (Die Linke)	380

Senatorin Jürgens-Pieper	380
Abg. Rohmeyer (CDU)	382
Abstimmung	382

Wahl von dreizehn stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Verbraucher vor aggressivem Telefonmarketing wirksam schützen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Oktober 2007
(Drucksache 17/102)

D a z u

Änderungsanträge der Fraktion der FDP vom 17. Oktober 2007

(Drucksachen 17/101 und 17/103)

Abg. Frau Winther (CDU)	383
Abg. Oppermann (SPD)	384
Abg. Erlanson (Die Linke)	384
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen)	385
Abg. Möllenstädt (FDP)	385
Staatsrat Dr. Heseler	387
Abstimmung	387

Zivilschutzkonzept erstellen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 26. September 2007
(Drucksache 17/69)

Abg. Tittmann (parteilos)	388
Abg. Hinners (CDU)	389
Abg. Tittmann (parteilos)	389
Abg. Hinners (CDU)	389
Abstimmung	389

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (BremLPartVerfG)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der FDP
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/52)

2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD und Die Linke
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/51)

2. Lesung

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2 vom 25. September 2007	
(Drucksache 17/68)	390
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3 vom 9. Oktober 2007	
(Drucksache 17/82)	390
Anhang zum Plenarprotokoll	391

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Cakici, Gerling, Frau Nitz, Ravens, Tschöpe.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Ahrens****Schriftführerin Marken**

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Inneres und Sport)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 7. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich einen Frauenorientierungskurs „Neuer Start ab 35“ des Bremer Frauenausschusses und Schülerinnen und Schüler des Technischen Bildungszentrums Bremen. – Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Nichtständiger Ausschuss „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 10. Oktober 2007, Drucksache 17/88.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) Sie möchten vorab über die Dringlichkeit beraten? Dann unterbreche ich jetzt die Abstimmung und erteile dem Abgeordneten Röwekamp das Wort. – Bitte, Herr Kollege Röwekamp!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon in der Interfraktionellen Besprechung darauf hingewiesen, dass wir dafür sind, diesen Antrag sehr sachkundig zu beraten, und die CDU-Fraktion wird der Einsetzung eines entsprechenden Ausschusses auch zustimmen. Der Antrag erscheint uns nur nicht besonders dringlich, sondern wir sind der Auffassung, dass wir uns die Ruhe und die Gelegenheit nehmen sollten. Weil wir über künftige Wahlverfahren reden und über die künftigen Fragen von Quoren im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden, sollten wir uns die notwendige Zeit auch für die Debatte nehmen, und die Debatte beginnt hier im Parlament. Das würde bedeuten, dass wir zu Beginn eines solchen Antrags eine fachlich-fundierte, gut vorbereitete und vor allen Dingen nicht übereilte und überstürzte Debatte führen.

Die letzten Bürgerschaftswahlen sind gerade gewesen, und ich gehe davon aus, dass die Koalition den Willen hat – ob die Kraft reicht, weiß ich nicht –, bis zum Ende der Legislaturperiode auch gemeinsam zu regieren. Das würde dafür sprechen, dass die nächsten Bürgerschaftswahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst in 4 Jahren sind. Das bedeutet, dass eine besondere Dringlichkeit, sich der Ver-

änderung des Wahlrechts jetzt schon anzunehmen, wenn wir erst in 4 Jahren wieder wählen, nicht gegeben ist. Wenn Rot-Grün allerdings der Auffassung ist, dass die Gefahr bestehe, dass wir eher wählen, dann wäre die CDU-Fraktion selbstverständlich bereit, der Dringlichkeit des Antrags auch zuzustimmen, ansonsten lehnen wir sie ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da das Parlament insgesamt lebendiger geworden ist, können auch die Debatten zur Geschäftsordnung ruhig etwas lebendiger werden. Ich habe dagegen gar nichts, ich folge allerdings der Argumentation von Herrn Röwekamp nicht, denn es ist natürlich ein bisschen schwierig, auch als Opposition, einerseits der Regierung immer vorzuwerfen, sie sei untätig und würde alles verschleppen, andererseits, wenn sie zügig an die Arbeit gehen will, dann zu sagen, das könnte man auch später machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Das ist eine Argumentation, die so nicht trägt, meine Damen und Herren. Dieser Ausschuss hat eine ganze Menge Arbeit vor sich. Vielleicht nur zur Information für Sie und auch für die Öffentlichkeit: Er behandelt ja nicht nur die Wahlrechtsreform, sondern er behandelt auch die Frage der Quoren, also der zustimmungspflichtigen Unterschriften für Volksbegehren und Volksentscheide. Ein solches Volksbegehren kann jeden Tag in Bremen und Bremerhaven eingebracht werden, und wir haben gerade in Hamburg gesehen, dass trotz überragender Beteiligung an einem Volksbegehren wegen der zu hohen Quoren dort ein Volksentscheid gescheitert ist.

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Na ja, so überragend war es auch nicht!)

450 000 Stimmen, na ja, das ist eine ganze Menge! Trotzdem war das Quorum dort zu hoch.

Es gibt hier den klaren Wunsch der Koalition, diese Quoren zu senken, um den Menschen mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Ein solches Volksbegehren kann jeden Tag auf unseren Tisch kommen. Da müssen wir gewappnet sein, und deswegen soll dieser Ausschuss, genau, wie Sie gefordert haben, Herr Röwekamp, in Ruhe, mit Zeit und fachkundig und sachkundig beraten. Er soll jetzt eingesetzt werden, damit er genau dies tun kann, und das werden

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) wir dann mit diesem Antrag morgen auf den Weg bringen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

(Unruhe)

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Wenn Sie mit den Zwischenbemerkungen fertig wären, würde ich gern meinen Redebeitrag beginnen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Präsident! Ich bin der Auffassung, und unsere Fraktion sieht es so, dass wir über dieses Thema dringend reden sollten. Über das Thema Volksbegehren hat Herr Dr. Güldner alles gesagt, was wesentlich ist. Das kann uns jeden Tag ereilen, aber auch, was das Wahlrecht angeht, sollte doch unser Bestreben sein, auch dort eine gewisse Verlässlichkeit zu bekommen, sorgfältig zu beraten, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir zu Verbesserungen kommen gegenüber denjenigen, die wirklich für mehr Demokratie in diesem Land eintreten. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir jetzt damit beginnen. Insofern ist das auch nichts, was man auf die lange Bank schieben kann, und es sollte auch der CDU-Fraktion einleuchten, dass man einen gewissen Abstand zur nächsten Wahl und Verlässlichkeit braucht, was die Regelungen des Wahlrechts angeht. – Herzlichen Dank!

(B)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt Dinge, mit denen man nicht früh genug anfangen kann, und deswegen sollten wir es heute beschließen. – Danke schön!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Interfraktionell wurde vereinbart, diesen Punkt zusammen mit der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder dieses Ausschusses zu Beginn der Sitzung am Donnerstag, also morgen, aufzurufen.

(C)

Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

2. Keine zusätzliche Einleitung von Salz-Abwässern in die Werra und Weser, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP, Die Linke und der CDU vom 16. Oktober 2007, Neufassung der Drucksache 17/91 vom 12. Oktober 2007, Drucksache 17/99.

Ich lasse auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Ist eine Begründung notwendig? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

(D)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Dann werden wir so verfahren.

3. Frauenförderung in den Gesellschaftsverträgen/Satzungen öffentlicher Gesellschaften verankern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2007, Drucksache 17/96.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich wieder über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Ist hier Begründung gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag nach dem Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/91 aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. – Dann können wir so verfahren.

4. Weiterentwicklung des bremischen Integrationskonzeptes, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 16. Oktober 2007, Drucksache 17/97.

Ich lasse auch hier zunächst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung dieses Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU
und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

(B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit einer dringlichen Behandlung einverstanden.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag nach dem Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/96 aufzurufen.

Ich höre auch hier keinen Widerspruch. – Dann können wir so verfahren.

5. Schulentwicklung im Land Bremen – Einrichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP vom 16. Oktober 2007, Drucksache 17/100.

Ich lasse gemäß Paragraf 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung auch hier erst über die dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Ist eine Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung des Antrags zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung, Enquete-Kommission „Zukunft der Schulbildung im Lande Bremen“, Drucksache 17/80, zu verbinden.

Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. – Dann können wir so vorgehen.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Doppelter Abiturjahrgang im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Oktober 2007
(Drucksache 17/71)
2. Erfolgsgeschichte Ryanair langfristig absichern
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2007
(Drucksache 17/72)
3. Flächenausweisung und Pilotprojekt für Solaranlagen am Boden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Oktober 2007
(Drucksache 17/81)
4. Perspektiven für die Arbeit des „Kriseninterventionsteam Stalking und häusliche Gewalt“ beim Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e. V.
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/98)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 24. August 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/92)
2. Erhöhte Gefahr durch Tuberkulose – auch im Land Bremen?
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. September 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 25. September 2007
(Drucksache 17/67)
3. Einsatz von Zivilbeamten beziehungsweise verdeckten Ermittlern der Bremer Polizei bei den G-8-Protesten
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke
vom 10. September 2007
D a z u

(C)

(D)

- (A) Antwort des Senats vom 9. Oktober 2007
(Drucksache 17/85)
4. Überwachungsmaßnahmen gegen G-8-Kritiker/-innen
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 10. September 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/93)
5. Durchsuchungen bei G-8-Kritikern/Kritikerinnen durch die Bremer Polizei
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 10. September 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/94)
6. Amtshilfe der Universität Bremen für Polizei und Staatsanwaltschaft
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 10. September 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 2. Oktober 2007
(Drucksache 17/79)
7. Umzug der Dienststellen bremenports in den Neubau des Sail-City-Hotels in Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 9. September 2007
D a z u
- (B) Antwort des Senats vom 10. Oktober 2007
(Drucksache 17/86)
8. Kosten der Selbstdarstellung bremischer Landesgesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 11. September 2007
9. Frauenberatungsstellen und -initiativen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 11. September 2007
10. Zukunft der Hafeneisenbahn in den bremischen Häfen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. September 2007
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/95)
11. Projekt „Schule macht sich stark“
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. September 2007
12. Freistellung von Professoren im Lande Bremen für besondere Aufgaben
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2007
13. Zukunft der „Bremer Aufbaubank“ (BAB)
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Oktober 2007
14. Verbesserungsversuch in der zweiten juristischen Staatsprüfung
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Oktober 2007
- (C) Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 4, Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, des Tagesordnungspunktes 7, Landstromversorgung in den bremischen Häfen, des Tagesordnungspunktes 8, Entwicklung der Strukturen in den bremischen Häfen, und des Tagesordnungspunktes 9, Wachstumsmotor Umweltwirtschaft im Land Bremen, zur Verbindung des Tagesordnungspunktes 14 und außerhalb der Tagesordnung – hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nummer 2 und 3, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ sowie der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder dieses Ausschusses befassen. Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.
- Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute Vormittag nach der Aktuellen Stunde der Tagesordnungspunkt 3, Wahl von 6 Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs, behandelt wird; allerdings soll hier zunächst nur die Wahl der Mitglieder vorgenommen werden.
- (D) Heute Nachmittag zu Beginn der Sitzung werden die Punkte außerhalb der Tagesordnung, Enquete-Kommission „Zukunft der Schulbildung im Lande Bremen“, und danach der Tagesordnungspunkt 10, Entwicklung der Ganztagschule im Lande Bremen rechtlich absichern, aufgerufen. Im Anschluss daran erfolgt die Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs.
- Die Sitzung morgen beginnt mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Einsetzung des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ und der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder dieses Ausschusses befassen.
- Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 5, Bundesweites Zentralabitur auch in Bremen?, für diese Sitzung auszusetzen.
- Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen von Ihnen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.
- Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.
- (Einstimmig)

(A) Wir können nun in die Tagesordnung eintreten.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen 16 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage 2 wurde inzwischen von dem Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Lehrkräftenachwuchs für Bremerhaven**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der derzeitige Sachstand bei der Besetzung von Referendariatsplätzen an Bremerhavener Schulen?

Zweitens: Welche Maßnahmen sind aus Sicht des Senats denkbar, um auch in Bremerhaven genügend Referendarinnen und Referendare zu gewinnen?

Drittens: Wie bewertet der Senat Überlegungen, jungen Nachwuchslehrkräften besondere Anreize für eine Ausbildung in Bremerhaven zu geben?

(B) **Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf die vorgenannte Anfrage antworte ich für den Senat wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Stichtag 26. 9. 2007 beläuft sich die Zahl der aktiven Referendarinnen und Referendare im Landesinstitut für Schule auf 444. Davon sind 86 dem Hauptseminar des Landesinstituts für Schule und den Ausbildungsschulen in Bremerhaven zugewiesen. Die in den Kapazitätsverordnungen zu den jeweiligen Einstellungsterminen genannte Quote von 20 Prozent für Bremerhaven wird also weitgehend erfüllt. Von den 86 Bremerhavener Referendarinnen und Referendaren sind 50 auch in Bremerhaven wohnhaft, die übrigen wohnen in der Stadt Bremen oder in Niedersachsen.

Bei dem letzten Einstellungstermin zeigte sich allerdings, dass Bewerberinnen und Bewerber gerade mit Mangelfächern – Mathematik, Physik, Chemie, Spanisch, Latein – bei einer Zuweisung nach Bremerhaven „drohen“, in ein anderes Bundesland zu wechseln beziehungsweise diesen Wechsel ohne weitere Rückmeldung zu vollziehen. Nehmen Referendarinnen und Referendare die Ausbildung in Bremerhaven auf, zeigt sich aber eine hohe Zufriedenheit mit der Ausbildungssituation. Es gibt faktisch keine

Wechselwünsche, und viele Kolleginnen und Kollegen sind nach dem Vorbereitungsdienst weiterhin an Bremerhavener Schulen tätig.

Zu Frage 2 und 3: Die Fahrtkosten zu Ausbildungsveranstaltungen im LIS Bremen werden für die in Bremerhaven wohnenden Referendarinnen und Referendare bereits jetzt erstattet.

Folgende Maßnahmen sind nach Rücksprache mit dem Schulamt des Magistrats in Bremerhaven geplant, um die Attraktivität des Standortes Bremerhaven zu erhöhen: Werbeaktionen im Rahmen einer „Lehrerausbildungsoffensive Bremerhaven“. Das LIS, der Magistrat und die Bremerhavener Schulen werden auf Studierende des Lehramtes – speziell der norddeutschen Universitäten – zugehen, um für den Ausbildungsstandort Bremerhaven zu werben. Neben einem neu gestalteten Internetauftritt werden Flyer, Plakate, aber auch Veranstaltungen an den Universitäten vorbereitet.

Eine frühe, direkte Kontaktaufnahme mit den Bewerberinnen und Bewerbern für den Vorbereitungsdienst im Land Bremen soll die Attraktivität des Standortes Bremerhaven herausstellen; Angebot und Vermittlung unmittelbarer Schulkontakte: Gespräche mit Schulleitern, Hospitationen, gegebenenfalls auch Hilfestellung bei der Wohnungssuche. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Stahmann, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine Frage habe ich, Frau Senatorin! Bremer Schulleiter berichten, dass Sie schon in Jobbörsen im Internet inserieren. Ist auch daran gedacht, dass Bremerhavener Schulleitungen in dieser Art tätig werden könnten? Wird das unterstützt vom Dezernenten in Bremerhaven?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das denke ich schon! Ich habe mit Herrn Paulenz ein Gespräch gehabt. Er wird jede Maßnahme unterstützen, die dafür sorgt, dass die Attraktivität erhöht wird.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, könnten Sie noch einmal kurz ausführen, welche Unterschiede oder Differenzen es gibt, Bremen fällt es ja augenscheinlich leichter, Referendare zu gewinnen, wie sich das sozusagen im Spannungsfeld zeigt? Könnten Sie darüber dem Parlament kurz berichten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(C)

(D)

(A) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Es ist ja sicherlich auch eine Frage der größeren Stadt und der kleineren Stadt und der Angebote, die dort sind, aber ich will nicht spekulieren! Von daher könnten wir höchstens einmal eine Erhebung machen, was eigentlich die Motive sind, weshalb Referendare das eine oder das andere wählen. Ich weiß nicht, ob wir das politisch wollen. Darüber sollten wir uns, finde ich, in der Deputation unterhalten.

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Dr. Buhlert! – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrte Frau Senatorin, hat die Behörde eine Nachrückerliste, und wie würden die Nachrücker angesprochen, um dann dafür zu sorgen, dass die freien Plätze möglichst doch noch mit Nachrückern gefüllt werden, damit wir eben keine Ausfälle bei der Lehrerausbildung haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(B) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Das ist ein selbstverständliches Verfahren, das dort stattfindet!

Präsident Weber: Haben Sie noch eine Zusatzfrage, Herr Dr. Buhlert?

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Nein!)

Eine weitere Zusatzfrage durch die Kollegin Frau Böschen! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Frau Senatorin, Sie haben ausgeführt, dass Fahrtkosten zu Ausbildungsveranstaltungen für die Personen, die in Bremen wohnen, erstattet werden. Halten Sie es für eine gute Idee, mit dem Magistrat darüber zu reden, ob man nicht auch umgekehrt, also für diejenigen, die in Bremen wohnen bleiben, Fahrtkostenerstattungen übernehmen kann, damit die dann ihre Schulen anfahren, denn es ist ja doch eine beträchtliche Summe, die die Referendarinnen und Referendare aufbringen müssen, um täglich ihre Schulen anzufahren!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich möchte jetzt keine Ideen bewerten! Ich finde Ideen immer gut, wir sollten auch darüber in der Deputation reden. Ich hätte vielleicht ein paar Probleme damit, dass wir jetzt auch noch sponsern, dass diejenigen, die in Bremerhaven ausgebildet werden, in Bremen wohnen bleiben. Wir

müssen genau überlegen, ob das die richtige Maßnahme ist, um nicht sozusagen für das falsche Verhalten noch einen Anreiz zu bieten.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Böschen** (SPD): Dann habe ich noch eine Frage zu dem zeitlichen Horizont! Sie haben ja hier auch eine Menge an Maßnahmen benannt, die man überlegen wird. Das finde ich außerordentlich positiv, ich weiß aber, dass diese Maßnahmen schon seit langem im Gespräch sind. Gibt es irgendeine Einschätzung, wann denn damit begonnen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich hoffe, möglichst schnell! Zum nächsten Ausbildungstermin, Mai, meine ich, könnte das Ganze vorbereitet sein. So schwierig ist es nicht, eine Werbeaktion zu planen. Ich werde mich aber auch gern noch einmal ordentlich dahinterklemmen!

(Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren.

Die zweite Anfrage, die sich auf die Zulassung von sogenannten Gigalintern auf ausgewiesenen Straßen im Lande Bremen bezieht, wurde inzwischen von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Realisierung des Schienenprojektes Y-Trasse zwischen Hannover und Bremen/Hamburg**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Focke, Imhoff, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Stand der Planungen des Schienenprojektes Y-Trasse zwischen Hannover und Bremen beziehungsweise zwischen Hannover und Hamburg?

Zweitens: Bis zu welchem Zeitpunkt rechnet der Senat mit einer Realisierung des Projektes zur Entlastung der bestehenden Verkehrswege vor dem Hintergrund der weiter wachsenden Häfen mit verstärktem Güterverkehrsaufkommen im nordwestdeutschen Wirtschaftsraum?

Drittens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um eine möglichst frühzeitige Realisierung der Y-Trasse zu unterstützen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Golasowski.

(C)

(D)

(A) **Staatsrat Golasowski:** Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bau der Neubau-/Ausbaustrecke Hannover–Bremen/Hamburg, Y-Trasse, ist ein wichtiges Infrastrukturvorhaben zum Ausbau des norddeutschen Schienennetzes. Es handelt sich um ein Projekt des Bundes und der Deutschen Bahn AG. Das Vorhaben ist im Bundesverkehrswegeplan 2003 im vordringlichen Bedarf sowie im Investitionsrahmenplan 2006 bis 2010, IRP, des Bundes enthalten. Für die Aufnahme der Planungen sieht der IRP bis 2010 einen Betrag in Höhe von 15 Millionen Euro vor.

Vor dem Hintergrund des starken Wachstums der Schienengüterverkehre ist es dringend erforderlich, im Zusammenhang mit der Planung der Y-Trasse auch deren Anschlussstrecken, Lauenbrück–Hamburg, Langwedel–Bremen und Langenhagen–Hannover, auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu untersuchen und auch diese Strecken an das prognostizierte Verkehrsaufkommen anzupassen.

Zu Frage 2: Aufgrund der Größe und Komplexität des Vorhabens ist mit einer mehrjährigen Planungs- und Realisierungsphase zu rechnen. Nach Aussage der Deutschen Bahn AG sollen die Voraussetzungen für einen Baubeginn im Jahr 2011 geschaffen werden.

Zu Frage 3: Der Senat setzt sich gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern auch weiterhin gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn AG mit Nachdruck für die zeit- und bedarfsgerechte Realisierung der Y-Trasse ein.

(B)

Präsident Weber: Herr Kollege Focke, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Focke** (CDU): Herr Golasowski, sind Ihnen Widerstände aus niedersächsischen Gebieten bekannt, wo Bürgerinitiativen schon tätig sind, um gegen einen eventuellen Trassenverlauf anzugehen, und werden dadurch Verzögerungen erwartet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Golasowski: Diese Bürgerinitiativen sind uns bekannt. Welche Verzögerungen dadurch eintreten, ist zurzeit noch nicht abzuschätzen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege?

(Abg. **Focke** [CDU]: Nein, danke!)

Bitte, Herr Kollege Kasper!

Abg. **Kasper** (SPD): Herr Golasowski, mich würde interessieren: Wenn die Ministerpräsidenten der drei betreffenden Länder – Niedersachsen, Hamburg, Bremen – und die Regierungen insgesamt sich in der Notwendigkeit dieser Trasse einig sind, würde es dann

nicht aus Ihrer Sicht Sinn machen, dass sich diese Länder richtig zusammenschließen, ein gemeinsames Schriftstück entwerfen und dieses Schriftstück dann unterschreiben lassen von Bahn und Bund, sozusagen einen Kontrakt abschließen, damit die Wichtigkeit und Notwendigkeit auch vom Bund durch eine Unterschrift dokumentiert wird und wir als Länder auch gewiss sein können, dass wir in der Realisierung nicht nach hinten gesetzt werden?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Golasowski: Ich halte das für eine gute Idee. Wir sind im Gespräch mit unseren Kollegen aus den norddeutschen Ländern. Ich werde das in die Gespräche mit einbringen.

(Abg. **Kasper** [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Herr Kollege Kasper, eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Kasper** [SPD]: Nein!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage steht unter dem Betreff „**Abteilungsleiter in der Kulturbehörde**“. Die Antwort ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Spieß, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Spieß!

(D)

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welchen Sachstand hat das Verfahren zur Besetzung der vakanten Abteilungsleiterpositionen in der Kulturbehörde, und wann ist mit einer Besetzung zu rechnen?

Welches Ergebnis hatte das zur Besetzung der Stelle eines Abteilungsleiters in der Kulturbehörde anberaumte Assessment-Center?

Welche Pläne hat der Senat hinsichtlich der angekündigten Neustrukturierung der Kulturbehörde?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das Kulturressort soll im Sinne der Effizienzsteigerung zukünftig in einer Abteilung geführt werden. Gemäß diesem sogenannten Ein-Säulen-Modell wird eine kulturfachlich und betriebswirtschaftlich ausgerichtete Kulturabteilung entwickelt. Die Kultur-einrichtungsförderung Bremen, KEB, wird in die Kultvereinbarung integriert. Dies ist in der Koalitionsvereinbarung vom 27. Juni 2007, die der Senat zur Grundlage seiner Regierungsarbeit gemacht hat, festgeschrieben worden. Daher ist es erforderlich, die

(A) Abteilungsleitungsstelle entsprechend dem veränderten Anforderungsprofil neu auszuschreiben. Folglich wurde das bisherige Verfahren abgebrochen. Eine modifizierte Stellenausschreibung befindet sich im Abstimmungsprozess. Die Wiederbesetzung soll im ersten Halbjahr 2008 erfolgen.

Vor diesem Hintergrund wurde das vorgesehene Assessment-Center nicht durchgeführt.

Präsident Weber: Frau Kollegin Dr. Spieß, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Frau Staatsrätin, Ihnen ist ja das für die Ausschreibung der Stelle gewählte Verfahren nicht ganz unbekannt. Es ist ja auch extra offen gewählt worden, und man hatte es auch schon so formuliert und Forderungen gestellt, dass man dann sagen kann, dass eine Veränderung schon integriert war, also dass man die Zielvereinbarung, die Sie jetzt genannt haben und die in dem Koalitionsvertrag dann offen war, eigentlich schon mit in dieser vorhandenen Stellenausschreibung integriert hatte. Meine Frage ist: Zu welchem Zeitpunkt haben Sie sich entschlossen, dieses Verfahren zu stoppen – vielleicht etwas konkreter, als Sie es jetzt beantwortet haben? Hatte die Bewerberlage darauf irgendeinen Einfluss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

(B) **Staatsrätin Emigholz:** Ich kann Ihnen sagen, wir haben uns, nachdem der Koalitionsvertrag unterzeichnet war, dazu entschlossen, das noch einmal zu modifizieren. Das hatte aber auch den Hintergrund, dass wir natürlich die Stellungnahme des Rechnungshofs in der Sache sehr ernst genommen und noch einmal überprüft haben, ob in einer so kleinen Verwaltung eine Doppelspitze nötig ist.

Dass die Ausschreibung an sich dann aufgehoben wurde, hatte etwas damit zu tun, dass wir richtig seriös juristisch prüfen lassen haben, ob es wasserdicht wäre, in das jetzige Bewerbungsverfahren auch vor dem Hintergrund des modifizierten Verfahrens einzusteigen. Da das aber rechtlich nicht unbedenklich war, wollten wir uns auf die sichere Seite begeben. Nichts wäre schlimmer als Konkurrentenklagen und Anfechtungsszenarien!

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Die Einwände des Rechnungshofes – Sie hatten das ja gerade auch als Grund genannt, um die Ausschreibung neu zu machen – bezogen sich aber nicht auf die Ausschreibung. Warum haben Sie das noch einmal so konkret juristisch prüfen lassen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Emigholz: Das ist eine ganz kurze Sache. Der Rechnungshof hat sich natürlich nicht auf die Ausschreibung bezogen. Das wäre eine Milchmädchenrechnung! Der Rechnungshof hat sich auf die Struktur bezogen, und die vorgesehene Struktur sah ein Zwei-Säulen-Modell vor. Ich sage hier jetzt einmal – das möge mir das Parlament nachsehen – ganz salopp: Es ist möglicherweise klüger, ein Assessment-Center mit etwas Geld abzubrechen, als dauerhaft eine Doppelspitze zu finanzieren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Dr. Spieß, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Sie hatten jetzt gerade angesprochen, dass Sie das Assessment-Center abgebrochen haben. Die Stelle, die in dem neuen Verfahren ausgeschrieben ist, hat natürlich eine wichtige Funktion. Werden Sie für diese neue Stelle ein Assessment-Center durchführen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Emigholz: Das werden wir gemeinsam mit den zuständigen Personalräten abstimmen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ja, bitte! Würden Sie uns dann das Ergebnis dieser Abstimmung in der Kulturdeputation mitteilen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Ehmigholz: Sehr gern!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU): Ja, ich hätte noch eine Frage. Ich möchte gern wissen, ob wir die Antworten auf die Fragen, die wir jetzt stellen, jetzt montags immer schon in der Zeitung lesen können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Emigholz: Wir haben bestimmt kein Interesse, die Antworten auf unsere Fragen montags in die Zeitung zu bringen. Ich weiß nicht, wo es hergekommen ist, das sage ich Ihnen ganz offen, sondern wir hätten gern geantwortet, insbesondere weil dann die Diktion der Berichtsschreibung sicher anders gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) **Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?
- (Abg. Frau Dr. Spiess [CDU]: Nein, danke!)
- Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Senkal!
- Abg. **Senkal** (SPD): Frau Staatsrätin, trifft es zu, dass sich diese neue Ausschreibung nachteilig auf das Reorganisationsverfahren auswirkt?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Staatsrätin!
- Staatsrätin Emigholz:** Herr Abgeordneter, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie diese Frage stellen, weil das genau nicht der Fall ist, denn das Abteilungsleiterauswahlverfahren ist unabhängig vom Reorganisationsprozess der Behörde und hat darauf keinerlei zeitliche Auswirkung. Beim Reorganisationsprozess haben wir Folgendes zu beachten: einen Zeitmaßnahmenkatalog, den wir verabschieden, und die notwendigen gesetzlichen Beteiligungsverfahren, die wir auch bei aller Neigung zur Eile und der Eilbedürftigkeit des jetzt 10 Jahre verschleppten Sachverhalts, wenn ich das hier sagen darf, einhalten müssen! Wenn wir nicht ordentlich beteiligen, sind alle Verfahren anhaltbar, anfechtbar, und eine gute Kulturabteilung funktioniert im Konsens und nicht im Dissens.
- (B) **Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Senkal** (SPD): Ja, habe ich! Wie ist bitte der aktuelle Stand des Reorganisationsverfahrens?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Staatsrätin!
- Staatsrätin Emigholz:** Wir haben den Reorganisationsprozess schon in den Sommerferien, unmittelbar nach der neuen Ressortübernahme, wieder aufgenommen. Dazu sind verschiedene rechtliche Verfahren notwendig. Wie Sie wissen, muss es eine Wiederaufnahme der Projekteinschätzung geben, die letztes Jahr im Herbst abgebrochen wurde. Das hat stattgefunden. Wir haben jetzt den Entwurf einer neuen Dienstvereinbarung vorgelegt, der im November abgestimmt und beschlossen wird, und wir werden bis Jahresende zu einer Grobstrukturierung eines Modells kommen, das dann in die Abstimmung geht, sodass wir zuversichtlich sind, bis Mitte nächsten Jahres alle Stellenausschreibungen vorzunehmen und damit den Bürgerinnen und Bürgern, den kulturfachlich Betroffenen und auch der Politik wieder eine korrespondenzfähige, adäquate Verwaltung zu bieten.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Senkal?
- (Abg. Senkal [SPD]: Nein, danke!)
- Eine weitere Zusatzfrage, Frau Staatsrätin, vom Herrn Kollegen Ella! – Bitte, Herr Kollege!
- Abg. **Ella** (FDP): Frau Staatsrätin Emigholz, seit wann ist die Stelle des Abteilungsleiters im Kulturressort vakant?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Staatsrätin!
- Staatsrätin Emigholz:** Seit 2002!
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Ella** (FDP): Unter wessen Regie und seit wann laufen die Planungen für eine Neustrukturierung?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Staatsrätin!
- Staatsrätin Emigholz:** Wenn ich Ihnen die ganzen Regie Beteiligten aufzählen sollte, müsste ich erst einmal eine Senatorin und fünf Senatoren nennen, weil die fachliche Verantwortlichkeit in den letzten Jahren immer wieder gewechselt hat. Die letzte Regie, die wir jetzt am 1. Juli aufgenommen haben, ist die von Herrn Böhrnsen. Sie wissen, es ging 2 Jahre über Frau Kahrs, dann war Herr Schulte dafür verantwortlich, dann Herr Böse, Herr Perschau, Herr Gloystein und letztlich Herr Kastendiek, und jetzt versuchen wir, diesen Prozess nach 10 Jahren, binnen Jahresfrist und unter Einhaltung der gesetzlichen Beteiligungsverfahren, zu beenden.
- (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)
- Präsident Weber:** Herr Kollege Ella, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Ella** (FDP): Eine weitere Zusatzfrage habe ich noch: Welche Kosten entstanden bisher für den als Leiter der Kulturverwaltung eingeplanten Senatsrat?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Staatsrätin!
- Staatsrätin Emigholz:** Senatsrat? Also, der Leiter der Kulturverwaltung bekommt die Position, die er ausführt, und wir haben jetzt eine kommissarische Abteilungsleitung. Diese wird nach den allgemeinen Vergütungsgrundsätzen des öffentlichen Dienstes zur kommissarischen Aufgabenwahrnehmung belegt. Wir erstatten in der Deputation darüber gern Bericht.
- (Abg. Ella [FDP]: Es ging mir eigentlich um den Abgeordneten aus Berlin!)
- (C)
- (D)

(A) Ach so! Wenn ich ganz ehrlich bin, ich halte nicht viel davon, Personalien nach außen zu tragen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin aber gern bereit, Ihnen diese Frage zu beantworten, weil ich finde, Personalangelegenheiten, personenbezogene Daten haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. E l l a [FDP]: Herzlichen
Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen, Frau Staatsrätin, liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Zustand des Kanalnetzes**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Jägers, Kasper, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Kasper!

Abg. **Kasper** (SPD): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist der Zustand der öffentlichen Schmutz- und Mischwasserkanäle bekannt, und wie hoch ist der Anteil, der undicht oder anderweitig defekt ist?

(B) Zweitens: Wie hoch sind die getätigten und die geplanten jährlichen Investitionen in diese Netze?

Drittens: Nach welcher Strategie wird derzeit saniert, und welche Rolle spielt dabei die Dichtigkeit?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Golasowski.

Staatsrat Golasowski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Zustand der öffentlichen Schmutz- und Mischwasserkanäle ist in der Stadtgemeinde Bremen komplett und in der Stadtgemeinde Bremerhaven nahezu komplett bekannt. Diese Netze werden in einem Turnus von längstens 10 Jahren eingehend inspiziert. Alle festgestellten Einzelschäden wie Brüche, Deformationen, Risse, Undichtigkeiten, Lageabweichungen und Korrosion werden dokumentiert und bewertet. Die Kanalabschnitte werden in Zustandsklassen eingeteilt, die nachfolgend in „defekt“ und „nicht defekt“ unterteilt werden. Dabei ist anzumerken, dass auch ein defekter Kanal dicht sein kann.

Der Zustand der 2400 Kilometer öffentlichen Kanäle in Bremen und der 600 Kilometer in Bremerhaven stellt sich wie folgt dar: Der Anteil defekter Kanäle, die einen kurz- oder mittelfristigen Handlungsbedarf erfordern, liegt in Bremen bei circa 13 Prozent,

entsprechend circa 312 Kilometer. In Bremerhaven sind 17 Prozent, entsprechend 102 Kilometer der Kanalisation in dieser Kategorie. Die relevanten Schäden werden, je nach Gefährdungspotenzial, in einer Frist von „sofort“ bis zu 10 Jahren behoben.

Zu Frage 2: Derzeit werden in Bremen 13,8 Millionen Euro und in Bremerhaven circa 3,5 Millionen Euro pro Jahr in die Sanierung des öffentlichen Netzes investiert. Kleinere Schäden werden nicht investiv im Rahmen von Reparaturen behoben. HanseWasser beziehungsweise die Bremerhavener Entsorgungsbetriebe rechnen in beiden Städten zukünftig mit tendenziell steigenden Sanierungsinvestitionen.

Zu Frage 3: Die Sanierungsstrategie orientiert sich in erster Linie an den vorgefundenen Schäden aus turnusmäßigen Inspektionen. Hierbei geht es insbesondere um die Behebung von schweren Rissen, Scherbenbildung sowie sonstiger Undichtigkeiten zur Vermeidung von Exfiltration oder Infiltration.

Daneben sind auch Elemente der Mehrspartenstrategie vorhanden, das heißt, die Kanalbaumaßnahmen werden möglichst gemeinsam mit anderen öffentlichen Baumaßnahmen – wie Maßnahmen von ASV, BSAG, bremenports, BIG – durchgeführt. Ebenso sind Elemente der Substanzwertstrategie enthalten, das heißt, es werden auch Kanalhaltungen erneuert oder renoviert, die keine starken Mängel aufweisen, aber aufgrund ihres Alters im Rahmen zusammenhängender Streckenabschnitte mit saniert werden und dadurch einen positiven Effekt auf den Substanzwert des Netzes haben.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. K a s p e r [SPD]: Nein, danke!)

Eine Zusatzfrage des Kollegen Richter! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Richter** (FDP): Ist die Kalkulation für die Sanierung der öffentlichen Kanalleitungen so seriös kalkuliert, dass die Abwassergebühren stabil bleiben, oder ist bei der Neuverhandlung mit hanseWasser mit höheren Abwassergebühren zu rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Golasowski: Herr Abgeordneter Richter, wir versuchen in den Verhandlungen natürlich immer, die Gebühren gleich zu halten und vielleicht sogar auch zu senken. Wir werden sehen, welchen Erfolg das hat, seriös kalkuliert sind die Aufwendungen.

(Abg. R i c h t e r [FDP]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(C)

(D)

(A) Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Förderung der Windkraft**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Garling, Liess, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Höhe wurde in den letzten 5 Jahren die Windenergiebranche im Lande Bremen mit öffentlichen Mitteln gefördert?

Zweitens: Welche Förderprogramme sind hierbei in welcher Höhe genutzt worden, und wie viele Bundes- und EU-Mittel konnten dabei gewonnen werden?

Drittens: Wie viele Arbeitsplätze konnten durch diese Förderung im Lande Bremen bisher gesichert und neu geschaffen werden?

Präsident Weber: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Golasowski.

Staatsrat Golasowski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat hat mit der Drucksache 15/1375 vom 11. Februar 2003 ein Konzept für den strategischen Ausbau der Windenergie vorgelegt und darin aufgezeigt, wie sich das Land als Entwicklungs- und Produktionsstandort positionieren kann, um den Herausforderungen der Windenergienutzung an Land und auf See gerecht zu werden. Der Bereich Offshore-Windenergie wurde schwerpunktmäßig Bremerhaven zugeordnet, jedoch gibt es auch in Bremen nennenswerte Aktivitäten. Dieses Konzept fand seinerzeit breite politische Zustimmung.

Die im Folgenden der Übersichtlichkeit wegen gerundeten Zahlen stellen die bislang getätigten Investitionen dar. Dies vorangestellt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1: Die Windenergiebranche im Lande Bremen wurde in den Jahren 2003 bis 2007 mit einem Betrag in Höhe von rund 28 Millionen Euro gefördert. Bei dieser Summe handelt es sich um die Gesamtheit der Beträge, die sich für die Jahre 2003 bis 2007 aus den jeweiligen Zuwendungsbescheiden ergeben. Sie beziehen sich auf direkt der Windenergiebranche zuzuordnende Projekte ohne Gewerbegebietserschließungen.

Zu Frage 2: Dazu sind unter anderem folgende Förderprogramme genutzt worden, auch diese Beträge sind gerundet: EU-Ziel 2 EFRE, Maßnahmenpaket 3.1: Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken, PFAU, 6,6 Millionen Euro, Landesinvestitionsförderprogramm LIP 2007 zwei Millionen Euro; ESF-Mittel im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, BAP, Fonds I, Qualifizierungsförderung, 1,8 Millionen Euro.

Wir haben das insgesamt noch einmal aufgegliedert, die Anlage ist verteilt worden. Von den insgesamt 28 Millionen Euro kamen 19 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt, 9 Millionen Euro von der EU und 311 000 Euro vom Bund. Das entspricht einer durchschnittlichen EU-Förderquote von 31,8 Prozent.

Hinzu kommen relevante Investitionen in die Erschließung des Gewerbegebiets Luneort/südlicher Fischereihafen in Höhe von rund 22 Millionen Euro. Hierfür wurden zu rund 93 Prozent bremische Landesmittel und zu etwa 7 Prozent EU-Mittel verwendet. Diese Flächen sind grundsätzlich für Unternehmen aller Branchen geeignet. Derzeit werden die Flächen allerdings aufgrund der erheblichen Nachfrage von Unternehmen der Windenergiebranche vergeben.

Zu Frage 3: Durch die in den Fragen 1 und 2 dargestellten Förderungen konnten rund 340 Arbeitsplätze gesichert und etwa 300 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Im Hinblick auf die Infrastrukturmaßnahmen und daran ansetzende betriebliche Förderungen im Gewerbegebiet Luneort erwartet der Senat die Schaffung von bis zu 4000 Arbeitsplätzen durch die dort anzusiedelnden Unternehmen.

Weitere indirekte und induzierte Arbeitsplatzeffekte durch die Unterstützung des Ausbaus der Windenergie und die Förderung des qualifizierenden und weiterbildenden Sektors lassen sich nicht beziffern. Diese dürften jedoch nicht unerheblich sein. Durch den derzeit rapide steigenden Bedarf der Unternehmen der Branche nach qualifizierten Arbeitskräften sind die Arbeitsmarktchancen der weitergebildeten und qualifizierten Menschen als hoch einzuschätzen. Die Vermittlungsquote der qualifizierten Arbeitslosen liegt seit 2003 anhaltend bei durchschnittlich 95 Prozent.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Garling** [SPD]: Nein, und vielen Dank für die umfassende Antwort!)

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Imhoff** (CDU): Danke, Herr Präsident! Herr Staatsrat, ich habe einmal die Frage, ob die neue Regierung denn auch zukünftig die Windkraft weiterhin so fördern möchte, auch in den Standorten und Anlagen, wie es bisher geschehen ist!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Golasowski: Ja!

Abg. **Imhoff** (CDU): Das ist schon einmal viel wert. Gilt das auch für den Repoweringbereich?

Staatsrat Golasowski: Ja!

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Ja! Das können Sie am besten auch gleich mit Ja beantworten!

(Heiterkeit – Staatsrat G o l a s o w s k i:
Wenn es Geld kostet, nicht!)

Wenn wir hier ein Kompetenzzentrum für Windenergie sind, dann geben Sie mir sicher recht, dass den Grundstein dafür Ihre Vorgänger im Senat gelegt haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Golasowski: Wir haben sehr viele Grundsteine vorgefunden, Herr Imhoff.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ja wie ein Ja! – Danke schön!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer! – Bitte, Frau Kollegin!

(B) Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, wird sich der Senat auch für die weitere Standortsuche für Windkraftanlagen einsetzen, und gibt es Bestrebungen, dies auch mit den niedersächsischen Nachbarn zu tun?

Staatsrat Golasowski: Darf ich das auch kurz machen? Ja!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen, Herr Staatsrat, liegen nicht mehr vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die **Kommunikations- und Marketingplattform „Seaports of Germany“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Günthner, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Günthner!

Abg. **Günthner** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beteiligt sich Bremen an der Kommunikations- und Marketingplattform für die deutschen Seehafenstandorte „Seaports of Germany“?

Zweitens: Welche zusätzlichen Impulse für die Vermarktung und Entwicklung der bremischen Häfen erwartet der Senat von deren Beteiligung an „Seaports of Germany“?

Drittens: Welche Kosten entstehen Bremen und/oder bremenports durch diese Beteiligungen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(C)

Zu Frage 1: Das Standortmarketing der bremischen Häfen wird von der bremenports GmbH & Co. KG durchgeführt. Die niedersächsischen Seehäfen werden von der Seaports of Niedersachsen GmbH präsentiert. Bereits seit einigen Jahren treten die bremischen und niedersächsischen Häfen gemeinsam auf verschiedenen Auslandsmessen auf. Beispielfhaft sei hier die Transrussia in Moskau und die Intermodal in Sao Paulo genannt. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, BMVBS, im Rahmen des Masterplans „Güterverkehr und Logistik“ die gemeinsame Dachmarke „Seaports of Germany“ für alle deutschen Seehäfen bei ausgewählten internationalen Messen angeregt. Bremen wird sich immer dann unter der Dachmarke „Seaports of Germany“ beteiligen, wenn eine eigenständige Präsentation wie beispielsweise auf der asiatischen Leitmesse in Shanghai „transport and logistic“ nicht zielführend ist.

Zu Frage 2: Bremen begrüßt grundsätzlich eine abgestimmte offensive Vermarktung der deutschen Seehäfen. Dazu kann eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Kommunikations- und Marketingplattform „Seaports of Germany“ einen wesentlichen Beitrag leisten. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kommunikations- und Marketingplattform bleibt dem weiteren Prozess des Masterplans vorbehalten. Neben der wesentlich besseren Wahrnehmung auf Auslandsmessen werden sich die gemeinsamen Auftritte auch mit Blick auf die Synergien im finanziellen wie organisatorischen Bereich der Messeauftritte, Standflächenbuchung, Standbau, Reisekosten, Dolmetscher, Catering et cetera positiv auswerten.

(D)

Zu Frage 3: Bremen beziehungsweise bremenports entstehen keinerlei zusätzliche Kosten durch die Teilnahme an Messeauftritten unter der Dachmarke „Seaports of Germany“. Einerseits wird in 2008 eine finanzielle Unterstützung vonseiten des Bundesverkehrsministeriums in Aussicht gestellt, und zum anderen werden grundsätzlich derartige Messeauftritte immer nur dann realisiert, wenn eine ausreichende Anzahl von bremischen Mitausstellern akquiriert werden kann, die eine wesentliche Kostendeckung des bremischen Anteils ermöglicht.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Günthner, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Günthner** (SPD): Sie haben in der Beantwortung der Frage 3 gesagt, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Frage 3 beinhaltet jedoch die Frage, welche Kosten generell entstehen. Welche Kosten entstehen denn generell?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

- (A) **Staatsrat Dr. Heseler:** Es entstehen keine zusätzlichen Kosten, das heißt, wir sind auf den Messen vertreten, auf der „transport und logistic“ zum Beispiel, und durch die gemeinsame Dachmarke entstehen keine zusätzlichen Kosten. Ich kann Ihnen jetzt im Moment aber nicht die genauen Kosten für den Messeauftritt von bremenports darlegen.
- Präsident Weber:** Herr Günthner, Sie haben eine weitere Zusatzfrage?
- Abg. **Günthner** (SPD): Eine Bitte! Können Sie das in der Deputation für Wirtschaft und Häfen darstellen?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!
- Staatsrat Dr. Heseler:** Das können wir gern am 7. November in der Deputation für Wirtschaft und Häfen darstellen.
- Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Bödeker! – Bitte, Herr Kollege Bödeker!
- Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Staatsrat, habe ich Sie richtig verstanden, dass wir uns auf der Transport- und Logistikmesse in Shanghai nicht mehr mit bremenports beteiligen?
- (B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!
- Staatsrat Dr. Heseler:** Nein, genau umgekehrt! Auf der „transport und logistic“ werden wir einen eigenständigen Bremen-Auftritt haben, weil das für uns eine ganz zentrale Messe ist, und deswegen werden wir dort vertreten sein. Es ist umgekehrt gesagt worden, dass wir dort, wo es nicht einen eigenständigen Auftritt Bremens gibt, uns unter dieser Dachmarke beteiligen werden. Bei der „transport und logistic“ in Shanghai jedoch wird es weiter einen Bremen-Stand geben, wie in den vergangenen Jahren auch.
- Präsident Weber:** Herr Kollege Bödeker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Staatsrat, kann ich dann davon ausgehen, dass bei bremenports die Marketingmittel nicht erheblich gekürzt werden?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!
- Staatsrat Dr. Heseler:** Wir werden die Marketingmittel in dem Maße zur Verfügung stellen, in dem es notwendig ist. Insofern kann ich Ihnen nur eines sagen: Im Jahr 2008 wird Bremen auf der „transport und logistic“ in Shanghai vertreten sein, und bremenports erhält dazu die notwendigen Mittel, soweit sie erforderlich sind und nicht von privaten Unternehmen getragen werden.
- Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? (C)
- (Abg. **Bödeker** (CDU): Nein, danke!)
- Weitere Zusatzfragen, Herr Staatsrat, liegen nicht vor.
- Meine Damen und Herren, bevor ich die achte Anfrage aufrufe, möchte ich auf dem Besucherrang ganz herzlich eine Gruppe Frauen des Hausfrauenbundes Bremerhaven unter der Leitung von Frau Barbara Steinmetz begrüßen, die auch von unserer ehemaligen Abgeordneten Frau Gerlinde Berk begleitet wird. Seien Sie ganz herzlich willkommen!
- (Beifall)
- Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Fehlerhafte Schulbücher im Land Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Bitte, Frau Stahmann!
- Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:
- Erstens: Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, ob nicht nur in Niedersachsen, sondern auch an Bremer und Bremerhavener Schulen fehlerhafte Schulbücher genutzt werden? (D)
- Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Schulbücher mit sachlichen Fehlern, wie die Stiftung Warentest sie in einigen Bundesländern fand, zügig aus dem Verkehr zu ziehen?
- Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.
- Senatorin Jürgens-Pieper:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu Frage 1: Die Stiftung Warentest hat Schulbücher für den Biologie- und Geschichtsunterricht geprüft und bewertet. Neben der Einschätzung der didaktischen Qualität und der Bewertung durch Schülerinnen und Schüler hat die Prüfung auch sachliche Mängel bei der Bewertung berücksichtigt. Diejenigen Geschichtsbücher, denen die Stiftung Warentest schwere inhaltliche Mängel vorwirft, sind in Bremen nicht zugelassen. Ein Schulbuch ist gegenwärtig im Zulassungsverfahren. Bei den Biologie-Schulbüchern sind allerdings Bücher zugelassen, denen Mängel zugeschrieben werden.
- Zu Frage 2: Die Stiftung Warentest hat gerade bei den Biologiebüchern zwar Kritik im Einzelnen formuliert, aber ausdrücklich betont, dass diese Bücher trotz ihrer Schwächen für den Unterricht „nicht un-

(A) geeignet“ seien. Die Verlage sind aufgefordert, die Fehler bei einer Neuauflage zu korrigieren. Ein kompletter Austausch der kritisierten Schulbücher ist ökonomisch, aber auch fachlich nicht zu rechtfertigen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, welches Buch befindet sich noch im Zulassungsverfahren, für welches Schulfach, und was passiert jetzt damit? Wird das Zulassungsverfahren gestoppt? Wird ein anderes Buch gewählt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: In Geschichte sind die Klassiker „Zeiten und Menschen“, „Forum Geschichte“, „Das waren Zeiten“ und „Anno“, sie stehen auf den Plätzen 1 bis 4. Sie sind auch in Bremen zugelassen und werden hier genutzt. „Geschichte und Geschehen“ ist gerade in der Zulassung, während die als ausreichend oder mangelhaft – Kriterium Fehlerfreiheit – bewerteten Schulbücher in Bremen nicht zugelassen sind. Im Fach Biologie sieht die Situation anders aus. In Bremen ist „Natura“ in einer anderen Ausgabe zugelassen, ebenso „Bioskop“ und „Bios“ von Klasse 7 bis 10. Die stärker kritisierten Bände sind auch in Bremen zugelassen.

(B) **Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist davon auszugehen, dass die Schulleitungen dann die jeweiligen Fachlehrer über Fehler informieren? Gibt es ein Schreiben an die Schulen, das auf die Fehler aufmerksam macht, die jetzt aufgedeckt worden sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob es jetzt schon ein Schreiben gibt, aber ich werde das auf jeden Fall veranlassen, falls es ein solches nicht geben sollte.

(Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Rohmeyer! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, wie bewerten Sie vor dem Hintergrund, dass es durch die Kultushoheit der Länder zum Teil bis zu 16 verschiedene Ausgaben eines Lehrbuches geben kann, die angestoßene Diskussion, ob es bundeseinheitliche Lehrbücher vor dem Hintergrund bundeseinheitlicher Bildungsstandards geben sollte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(C)

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich denke, das war auch der Anlass – ich will das nicht weiter bewerten – der Stiftung Warentest, die Debatte über die Frage der einheitlichen Schulbücher noch einmal hochzuziehen, nachdem sie schon im Sommerloch durch die Bundesbildungsministerin angeregt worden ist. Ich denke, dass das aber nichts mit den fachlichen Fehlern zu tun hat, worüber wir eben diskutiert haben. Das kann sowohl bei einheitlichen Schulbüchern, die von der Bundeseite als auch von der Länderseite zugelassen werden, passieren. Im Gegenteil, wir haben 16 Zulassungsverfahren, was ich inzwischen einigermaßen aufwendig finde. Das muss man sich einmal vorstellen! Trotzdem kommen noch Fehler vor. Das liegt dann natürlich wiederum an den Verlagen, denen diese Fehler mitgeteilt werden.

Der Föderalismus ist an dieser Stelle natürlich Thema. Die Frage ist, ob man mit diesen Fehlern leben kann. Bremen hat keine Marktmacht. Wenn wir etwas feststellen, was nicht in Ordnung ist, dann können wir das den Verlagen mitteilen, aber eigentlich haben nur die großen Bundesländer die Möglichkeit, auch wirklich Druck auf die Verlage auszuüben.

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, stimmen Sie mit mir überein, wenn man ein bundeseinheitliches Lehrbuch hätte, zum Beispiel für einen bestimmten Zeitraum der Geschichte in einer bestimmten Schulart und nicht 16 verschiedene, dass dann die Verlage auch die Möglichkeit hätten, etwas sorgfältiger an dieser einen Ausgabe zu arbeiten? Ich denke, wir stimmen überein, dass überall dort, wo Menschen arbeiten, auch Fehler passieren können, aber wenn sie anstatt 16 Ausgaben nur an einer Ausgabe arbeiten müssten, wäre zumindest die Chance geringer, dass dort Fehler vorkämen.

(D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich weiß jetzt nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe, Herr Rohmeyer! Ich nehme an, dass Sie an dieser Stelle nicht gegen die Marktfreiheit sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht habe ich es falsch verstanden. Es wird in jedem Fall den Verlagen die Berechtigung nicht abgesprochen werden können, ein Schulbuch eines bestimmten Faches auf den Markt zu bringen. Das würde auch mit einer bundeseinheitlichen Lösung nicht verschwinden, sondern es geht letztlich um eine Einheitlichkeit für Fächer auf der Bundesebene. Ich finde das sehr schwierig, es ist bedenkenswert. Ich

(A) habe damals auch bei der Initiative gesagt, dass das auch sehr ausufernd ist. Mir ging es aber darum zu diskutieren, ob es eigentlich noch soundso viele Länderausgaben geben muss. Warum muss es von einem Biologiebuch eines Verlages noch einmal 5 oder 6 Länderausgaben für Baden-Württemberg, für Bayern, für Niedersachsen geben? Das hatte ich gemeint! An dieser Stelle könnte man wirklich einmal diskutieren, ob die Länder sich nicht verständigen sollten, mit diesen – ich sage jetzt einmal – Petitionen aufzuhören, dass jedes Bundesland auch noch irgendwelche Veränderungen in einem Schulbuch braucht. Darum ging es mir bei der Zustimmung zu dieser Initiative.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nur eine Abschlussbemerkung, Herr Präsident! Die Senatorin hat mich missverstanden! Es geht nicht darum, irgendjemanden einzuschränken, es geht darum, wenn ein Verlag ein Buch und nicht noch 7 oder 8 Länderausgaben herstellt, dass er dann gründlicher arbeiten kann und dadurch Fehler reduziert werden können.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Da sind wir uns einig!

(B) **Präsident Weber:** Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert! – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir sind uns höchstwahrscheinlich genauso einig, dass es auch in der Verantwortung der Verlage liegt, die am Markt auftreten und den Bildungsbehörden ein Produkt zur Verfügung stellen wollen. Die Frage, die ich habe, ist: Ist es zutreffend, dass die Länder nach der Föderalismusreform dafür verantwortlich sind und wir dann auch als Länder gefordert sind, Einigungsprozesse herbeizuführen, damit solche Synergien genutzt werden können, wie Sie sie angesprochen haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Wir waren auch schon vor der Föderalismusreform für die Schulbuchzulassung zuständig. Da hat sich nichts geändert. Ich meine schon, dass man darüber auch diskutieren sollte. Ich nehme an, dass die Frau Bundesbildungsministerin so nachhaltig arbeitet, dass sie dieses Thema auch weiter verfolgt, sonst müssten wir von Bremen aus eine Initiative ergreifen, aber wir sind nicht gerade – ich habe das eben schon gesagt – das marktstärkste Bundesland an dieser Stelle.

Präsident Weber: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor, Frau Senatorin.

(C) Die neunte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema **„Beschränkter Zugang zu Meisterkursen der Handwerkskammer“**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Ziegert!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass die Handwerkskammer Bremen 25 Prozent der Bewerber für einen Meisterkurs im Bereich Sanitär, Heizung, Klima – SHK – abgewiesen hat, weil sie nicht bereit war, 2 Kurse einzurichten?

Zweitens: Steht dieses Verhalten, das die abgewiesenen Bewerber zwingt, ihre Meisterfortbildung auswärts oder mit 3 Jahren Verzögerung zu absolvieren, im Einklang mit dem gesetzlichen Auftrag der Handwerkskammer?

Drittens: Wie bewertet der Senat vor diesem Hintergrund das Bestreben der Kammer, bei allen Bremer Handwerksbetrieben eine Ausbildungsgewerbeumlage zur Sanierung ihrer Bildungseinrichtung „Handwerk gGmbH“ zu erheben?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

(D) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Fragen 1 und 2: Der gesetzliche Auftrag der Handwerkskammer bezieht sich ausschließlich auf die Abnahme der Prüfung. Wer sich bei der Handwerkskammer Bremen zur Prüfung anmeldet, wird auch geprüft und erhält im Falle der bestandenen Prüfung den Meistertitel. Die Prüfungen werden auf der Grundlage der Handwerksordnung und ergänzender gesetzlicher Vorschriften durchgeführt.

Die Handwerkskammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts hat zwar als Interessenvertretung der Handwerksbetriebe den gesetzlichen Auftrag, die technische und betriebswirtschaftliche Fortbildung der Meister und Gesellen zur Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des Handwerks zu fördern und die entsprechende Einrichtung hierfür zu unterhalten; allerdings ist sie in der Ausgestaltung der Kursangebote autonom.

Nach Aussagen der Handwerkskammern begrenzen die Weiterbildungseinrichtungen aus Gründen der Ausbildungsqualität die Teilnehmendenzahl, ohne den weiteren Interessenten sofort einen Ersatzkurs anzubieten. Nach Angaben der Handwerkskammer Bremen kann ein weiterer Kurs kurzfristig eingerichtet werden, sofern sich mindestens 25 Interessierte melden und damit eine Refinanzierung der Lehrgangskosten gewährleistet ist.

(A) Der Senat hat keinen Einfluss darauf, wie beziehungsweise auf welche Weise Weiterbildungseinrichtungen den Zugang zu den von ihnen angebotenen Maßnahmen regeln. Er bedauert aber, wenn es zu zeitlichen Verzögerungen kommt.

Zu Frage 3: Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. Dezember 1998 sind die Kammern berechtigt, die durch Zuschüsse und Gebühren nicht gedeckten Kosten der überbetrieblichen Ausbildung als Sonderbeiträge auf die selbstständigen Handwerker umzulegen, für deren Handwerk die überbetriebliche Ausbildung durchgeführt wird. Vom Bestreben der Kammer, eine Ausbildungs-Gewerbeumlage zu erheben, ist dem Senat nichts bekannt. Die Handwerkskammer hat nach eigenen Aussagen kein solches Bestreben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Ich stelle fest, es gibt nicht nur den gesetzlichen Auftrag, die Prüfung abzunehmen, sondern es gibt auch den gesetzlichen Auftrag der Kammer, Fortbildungen für die Meister und Gesellen anzubieten. Vor dem Hintergrund, dass die Kammern sich als ganz besondere Sachverwalter der Erhaltung des Meisterzwangs einsetzen, sage ich jetzt einmal, und dass heute zum Beispiel ein Bericht vom Mahl des Handwerks überschrieben ist mit „Fanal gegen Abschaffung des Meisterzwangs“ oder so ähnlich: Wie ist es aus Ihrer Sicht zu bewerten, dass die Kammer einem so großen Anteil ihrer Mitglieder verwehrt, jetzt diesen Meisterkurs zu machen, und sie damit auch daran hindert, eventuell einen Betrieb zu übernehmen, wenn es in dem Bereich ist wie SHK, wo die Kammern unter anderem politisch durchgesetzt haben, dass der Meisterzwang noch besteht, und das vor dem Hintergrund, dass die Kammern natürlich frei oder autonom sind zu gestalten, aber dieses finanzielle Argument nicht das alleinige sein kann? Soweit ich weiß, rechnet oder refinanziert sich solch ein Kurs schon ab 12 Teilnehmenden.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Also, ich habe ja schon in meiner Antwort gesagt: Wir finden das als Senat sehr bedauerlich, weil natürlich auch daran eine wirtschaftliche Entwicklung hängt, die die Handwerksseite häufig selbst darstellt, Übernahme von Betrieben, Sie haben es erwähnt, da knüpft sich diese Voraussetzung an die Meisterzulassung. Von daher sage ich einmal, wenn wir bildungsseitig so vorgehen würden, dass wir immer erst, wenn 25 Kinder da wären, bestimmte Prüfungen zulassen würden, gäbe das einen Skandal. Das ist vielleicht nicht völlig vergleichbar, aber Sie haben natürlich recht, die Lage ist bedauerlich. Wir sehen, dass die Handwerksseite in Bremen – das ist hier auch schon mehrfach diskutiert worden – durchaus natürlich ihre finanziellen Probleme hat,

auch was Umlagen und die Belastbarkeit von Betrieben angeht, aber wir sollten vielleicht auch gemeinsam noch einmal hier zu bedenken geben, dass hieran auch die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und Existenz von Betrieben hängt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Ich muss noch einmal nachfragen, wie das eigentlich mit der Verantwortung der senatorischen Behörde ist! Natürlich bezieht sich die Aufsicht nur auf ganz formale Geschichten, aber vor dem Hintergrund, dass ja doch beträchtliche Mittel bisher in die Bildungseinrichtung der Handwerkskammer geflossen sind: Ich erinnere mich an einen Bericht auf eine Große Anfrage über die Situation des Handwerks. Danach waren insgesamt, glaube ich, 1,3 Millionen Euro aus bremischen Mitteln in die Bildungseinrichtung der Handwerkskammer geflossen, die Bildungs- und die Arbeitsdeputation haben noch einmal, ich glaube, 600 000 Euro aus EFRE-Mitteln für diese Ausbildungseinrichtung zur Verfügung gestellt. Müsste man nicht vor diesem Hintergrund auch noch einmal stärker hinschauen, was die Handwerkskammer jetzt eigentlich mit ihrem Bildungsangebot macht, ehe weiterhin solche Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn überhaupt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie haben es schon erwähnt, die Handwerkskammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit eine Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft. Sie handelt deshalb selbstverantwortlich, und wir haben sozusagen als Ressorts Wirtschaft und Bildung jeweils die Rechtsaufsicht. Das heißt, wir können auch nur einschreiten, wenn wirklich Rechtsverstöße vorgekommen sind.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Noch einmal zu der Ausbildungsumlage! Die Kammer hat ja bereits eine Gewerbeumlage für ihr Bildungszentrum erhoben. Wenn eine weitere Ausbildungsumlage, Gewerbeumlage erhoben werden müsste, müsste sie dann durch die Behörde genehmigt werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Da bin ich jetzt im Augenblick überfragt, ob wir genehmigen müssen, das kann ich aber gern nachreichen! Ich weiß, dass es die Umlage gegeben hat aus der prekären Finanzierungssituation, insbesondere des BFZ, und dass es auch durchaus schwierig war, dies durchzusetzen. Wir haben auch noch keine abschließende Rechtspre-

(C)

(D)

(A) chung dazu aus dem letzten Jahr, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist bisher nicht getroffen worden. Von daher will ich gern diese Frage noch einmal im Nachgang beantworten.

Präsident Weber: Frau Kollegin Ziegert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Eine letzte Frage! Unter all diesen Umständen, die wir eben angedeutet haben, wenn die Behörde jetzt genehmigungspflichtig wäre und die Kammer auf die Behörde zukäme, würde diese dann noch einmal eine Umlage genehmigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Jetzt, für diese Umlage, die hier gefragt worden ist, hätte ich große Probleme, sie zu genehmigen, weil sie ja letztlich Ausbildung bestraft, ausbildende Betriebe, denn die Umlage, die Sie erfragt haben, zielt ja sozusagen darauf, von den ausbildenden Betriebe eine Umlage zu erheben, und das hielte ich für ziemlich kontraproduktiv.

(Abg. Frau **Ziegert** [SPD]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Winther! – Bitte sehr!

(B)

Abg. Frau **Winther** (CDU): Zunächst habe ich einmal eine Frage zur Geschäftsordnung. Ich habe hier eine andere Frage in den Fragen für die Fragestunde, die hier vorgelegt worden sind, als die, die vorgelesen worden ist. Wie ist das zu bewerten?

Präsident Weber: Ich maße mir nicht an, von hier oben sozusagen einzugreifen in die Fragestellung der Abgeordneten. Wenn sie etwas erweitert wird im Thema, ist das natürlich eine Gratwanderung, Frau Kollegin.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Ach so! Kann es passieren, dass wir hier einen anderen Text bekommen als den, der mündlich dargestellt wird?

Präsident Weber: Natürlich nicht!

(Abg. **Imhoff** [CDU]: Hauptsache, die Überschrift stimmt, oder was?)

Abg. Frau **Winther** (CDU): Das war aber in diesem Fall der Fall! Darf ich zunächst einmal fragen, Frau Senatorin: Das, was sich hier gerade präsentiert hat, ist ja eigentlich ein Gegeneinander der Handwerkskammer und des DGB, wenn ich das so sagen darf. Ist es nicht unser aller Aufgabe, gemeinsam dafür zu sorgen, dass Fortbildung stattfindet und dass wir nicht

in einem kleinen Bundesland hier einen Wettbewerb untereinander im Parlament austragen?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Also, ich habe das nicht so gesehen, sondern das war eine Frage einer Abgeordneten der SPD-Fraktion.

(Abg. Frau **Winther** [CDU]: Zufällig! –
Abg. **Strohmann** [CDU]: Des DGB! –
Abg. **Focke** [CDU]: Der DGB-Vorsitzen-
den!)

Ich habe nicht den Eindruck, dass der DGB hier ein Mandat hat in dieser Bürgerschaft.

Ich denke, dass es selbstverständlich ist, und insofern pflichte ich Ihnen bei, dass wir das Thema Ausbildung gemeinsam angehen, es ist nach wie vor leider dringlich, und dass wir das über die Fraktionen tun, ist umso besser. Von daher sehe ich da gar kein Problem, und ich finde es übrigens auch gut, wenn der DGB und die Handwerkskammer sich darüber auseinandersetzen. Es ist auch richtig, hier die Positionen auszutauschen, und wenn tatsächlich eine solche Umlage, wie wir sie eben diskutiert haben, in der Planung gewesen wäre, dann hätten wir uns schon dazu politisch äußern sollen, übrigens auch über alle Fraktionen gemeinsam!

(D)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte, Frau Kollegin Winther!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Nun ist die Handwerkskammer hier leider nicht vertreten und kann also deswegen nicht mitdebattieren, denn ich denke, es gibt schon eine Menge Punkte, die klarzustellen wären. Zunächst einmal: Sie haben ja selbst geschildert, dass die Handwerkskammer beziehungsweise das BFZ viele Jahre in einer schwierigen Situation war und deswegen auch eine Umlage von ihren Mitgliedern eingefordert hat, um das Förderzentrum wieder auf eine solide Basis zu bekommen. Jetzt frage ich Sie: Wie unterstützt der Senat denn die Handwerkskammer darin, dass dieses Berufsförderungszentrum weiterhin stabilisiert wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie wissen doch, das ist geschildert worden von Frau Ziegert, wie die Unterstützungen aussehen seitens des Landes Bremen. Ansonsten habe ich eben vorgetragen, dass die Handwerkskammer selbst verantwortlich handelt, und das gilt natürlich für beides, dass wir nicht eingreifen, dass sie aber natürlich auch für ihre Entscheidungen selbst verantwortlich ist. Wir sehen in der letzten Zeit – und ich habe mein erstes Gespräch auch mit dem Präses geführt –, dass dort ein großes Bemühen ist, die Lage

(A) in den Griff zu bekommen und zu sanieren. Das finde ich außerordentlich positiv, aber auch da, finde ich, ist Selbstverantwortlichkeit angesagt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Darf ich dann fragen, ob Sie die Finanzierung, die in den letzten Jahren an die Handwerkskammer ging, für die Zukunft sicherstellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie wissen, wie die Haushaltslage aussieht. Sie werden das demnächst hier in der Bürgerschaft beraten, und da kann man, denke ich, für die nächsten Jahre wenig sicherstellen, sondern da werden wir genau darüber beraten müssen. Es ist auch an dieser Stelle eine mittelfristige Planung angedacht, und von daher wird es sich im Laufe der Haushaltsberatungen entscheiden.

Präsident Weber: Frau Kollegin Winther, Sie haben noch eine weitere Zusatzfrage! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Dann darf ich Sie aber doch bitten, diese Finanzierung, die lebensnotwendig ist für das Berufsbildungszentrum, weiter im Auge zu haben und sich dafür einzusetzen, damit diese Institution hier abgesichert wird!

(B)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie wissen, es gibt Probleme bei der Nutzung von Werkstätten, das ist hier, glaube ich, schon einmal alles diskutiert worden. Es gibt auch die Verpflichtung, ein solches Konzept einmal vorzulegen, damit wir sehen, wie eigentlich die Auslastungsfragen sind. Die Bildungseinrichtungen müssen konsolidiert werden, die Nutzung muss an dieser Stelle besser werden, oder man muss auch über anderes diskutieren. Von daher müssen auch noch Hausaufgaben gemacht werden. Ich denke, da sollten wir gemeinsam darauf sehen, dass das passiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Leitfaden und Informationsblatt zur einheitlichen Schulkleidung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Rohmeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Herstellung eines Faltblatts „Einheitliche Schulkleidung“, das den Schulen einen Leitfaden an die Hand geben soll und das in der Bildungsdeputation am 9. November 2006 im Entwurf vorgestellt wurde?

(C)

Wurde das Faltblatt bereits verschickt, falls ja, an wen, falls nein, warum nicht?

Welche Schulen haben bisher Interesse am Leitfaden und der Einführung einheitlicher Schulkleidung gezeigt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Alle Schulen im Land Bremen haben im Februar 2007 ein Faltblatt mit dem Titel „Schulen stiften Identität“ erhalten, ich überreiche es Ihnen gleich! Dieses Faltblatt stellt den in der Bürgerschaft mit Beschluss zur Drucksache 16/1068 im Juli 2006 geforderten Leitfaden zu einheitlicher Schulkleidung dar. Der Leitfaden gibt Auskunft über geeignete Vorgehensweisen zur Einführung einheitlicher Schulkleidung; er enthält Informationen über mögliche Kosten, Informationsquellen sowie die Argumente, die in der öffentlichen Diskussion um Schulkleidung anzutreffen sind.

Der Senatorin für Bildung und Wissenschaft sind, ohne dass dies direkt erhoben worden ist, einzelne Schulen bekannt, die nach Beginn der bremischen Diskussion um einheitliche Schulkleidung im Sommer 2006 für Veranstaltungen des Schullebens und den Schulsport einheitliche Kleidung in Form von T- oder Sweatshirts angeschafft haben.

(D)

Der im August 2007 herausgegebene „Bremer Orientierungsrahmen Schulqualität“ benennt unter der Qualitätsdimension „Schulkultur“ das folgende Qualitätsmerkmal: „Es gibt eine Corporate Identity, die sich im Entstehen füreinander und für Einzelne, in Wettbewerben, Sportwettkämpfen, Schulveranstaltungen lebendig zeigt und sich zum Beispiel dokumentiert durch ein Logo oder einheitliche Schulkleidung.“ Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hofft, so den Grundgedanken, der mit dem Leitfaden zu einheitlicher Schulkleidung verfolgt wird, zu unterstreichen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Vielen Dank für die Beantwortung, Frau Senatorin! Würden Sie der Deputation für Bildung in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstand über die Schulen geben, die sich tatsächlich mit dieser Thematik beschäftigt haben, die einheitliche Schulkleidung beantragt beziehungsweise eingeführt haben?

(A) **Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Rohmeyer, wenn Sie es genau haben wollten, müssten wir es noch um eine Sitzung verschieben, dann müssten wir es nämlich erheben.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Eine der nächsten Sitzungen genügt!)

Sonst können wir Ihnen nur über das berichten, was uns zur Kenntnis gekommen ist.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Dann lieber die übernächste Sitzung, dafür konkreter!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

(B) Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar auf Antrag der Abgeordneten Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP „Nächtliche Krawalle am Sielwall machen deutlich: Überprüfung der Polizeireform überfällig“ und auf Antrag der Abgeordneten Bödeker, Röwekamp und Fraktion der CDU „Veranstaltungsmarketing fortsetzen – Tourismus-, Sport- und Kulturstandort Bremerhaven und Bremen nachhaltig sichern!“.

Die Themen werden in der Reihenfolge des Eingangs behandelt. Wir kommen daher als Erstes zu dem Thema

Nächtliche Krawalle am Sielwall machen deutlich: Überprüfung der Polizeireform überfällig

Gemäß Paragraph 30 a Absatz 7 erhält als erster Redner der Antragsteller das Wort.

Die Redezeit pro Thema und Fraktion beträgt für den ersten Redner bis zu 10 Minuten und für einen weiteren Redner bis zu 5 Minuten. Insgesamt darf die Redezeit pro Fraktion auch bei mehreren Themen 15 Minuten nicht überschreiten.

Nehmen Mitglieder des Senats oder ihre Vertreter im Amt mehr als 15 Minuten Redezeit in Anspruch, so kann jede Fraktion den über 15 Minuten hinausgehenden Zeitanteil ebenfalls als weitere Redezeit beanspruchen.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themen verfahren.

Ich stelle Einverständnis fest.

(C)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke und Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP macht sich wie viele Bürger in dieser Stadt, wie viele Polizeibeamte, aber auch wie viele andere Politiker Sorgen über die innere Sicherheit. Die Vorkommnisse an der Sielwallkreuzung am vorletzten Wochenende haben für uns den letzten Anstoß gegeben, diese Aktuelle Stunde zu beantragen. Uns hat vor allen Dingen beunruhigt, die Geschichte der Sielwallkreuzung in diesem Zusammenhang zu sehen, und es darf nicht passieren, dass dort wieder Krawallnächte inszeniert werden und wieder geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Doch der FDP-Fraktion geht es nicht nur um dieses singuläre Ereignis, es geht um die Probleme, die uns die Polizeireform insgesamt beschert hat.

Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen, wie den Bürgern und der Politik die Polizeireform verkauft wurde: Es sollten mehr Beamte vor Ort sein, die vorhandenen Kräfte sollten effizienter eingesetzt werden, mehr Streifenwagen sollten unterwegs sein, der Kontaktbereichsdienst sollte gestärkt werden, und dazu sollte es kürzere Einsatzzeiten geben und keine Reduzierung der Sollstärke!

(D)

Wir haben jetzt in dieser Nacht erlebt, und das ist der zweite Punkt, den wir ganz erheblich kritisieren, weil immer wieder an uns herangetragen wird, dass Leute bei der Polizei unter der neuen Servicenummer anrufen und dort dann nachhaltig getröstet werden, dass trotz mehrerer Anrufe im Prinzip nichts passiert. Da muss unbedingt nachgearbeitet und der Ablauf optimiert werden. Dort müssen wir den Finger auch „in die Wunde legen“ und ansetzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Folgen dieser Reform in etlichen Bereichen deutlich zu spüren bekommen, und da hat unsere Fraktion in den letzten Monaten immer wieder Beschwerden gehört, unter anderem über die unprofessionelle Betreuung über die Servicenummer. Wir haben zum Beispiel in der Vahr eine Ruhestörung am Vahrer See, wir haben ein Problem am Sportparksee Grambke, das ist immer wieder abgewiegelt und heruntergespielt worden. Teilweise hat die Polizei in öffentlichen Beiratssitzungen gesagt, sie wisse von diesen Vorfällen überhaupt nichts. Wenn ich den Umgang an dieser Servicenummer erlebe, dann kann ich es mir das ganz gut vorstellen, weil ich ganz einfach

(A) glaube, manche Dinge werden da nicht weitergegeben. Da muss unbedingt etwas geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kenne es aus meiner eigenen Erfahrung, das habe ich hier schon einmal gesagt. Früher konnte man bei mir in der Vahr das Polizeirevier direkt anrufen, man bekam auch einen Beamten, den man teilweise sogar aus längerer Erfahrung kannte, ans Telefon. Mittlerweile landet man bei dieser Servicenummer, und dann ist sozusagen Ende der Durchsage und Ende der Rechtsprechung. Das darf so nicht sein, es frustriert die Leute, und es frustriert vor allen Dingen auch die Polizeibeamten, die sich immer wieder anhören müssen, die Polizei täte nichts und sitze beim Kaffee trinken in den Polizeireviere, was sicherlich nicht wahr ist, aber dieser Eindruck entsteht einfach in der Öffentlichkeit.

Gleichzeitig appellieren wir an die Koalition, sich doch selbst beim Wort zu nehmen! Es ist immer wieder gesagt worden, wir nehmen die Bürgerinitiativen und des Volkes Stimme ernst. Wir haben immer noch 12 000 Unterschriften aus Huchting und Obervieland, die sich damals gegen die teilweise Schließung der Polizeireviere gerichtet haben.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wäre aber niemand aus Huchting schnell am Sielwall gewesen!)

(B)

Diese wunderschöne Geschichte haben wir nun auch schon in der Innendeputation gehört. Man kann sich alles schönreden und schönrechnen. Aber ich möchte gern sehen, wenn wir dann wieder die wunderbaren Schlagzeilen über Bremen lesen und wir das dann am Sielwall und in anderen Bereichen nicht im Griff haben! Ich finde jedenfalls, Kritik sollte man ernst nehmen, und man sollte sie nicht so einfach vom Tisch wischen. Es ist auch wunderbar, wenn man nicht zuhört, dann kann man anschließend auch nicht mitdiskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb würde ich entweder zuhören oder nach draußen gehen, die beiden Möglichkeiten gibt es ja.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Man kann auch beides, aber das können Sie nicht verstehen!)

Ich bin durchaus multitaskingfähig, da habe ich gar keine Schwierigkeiten, aber bei der CDU habe ich mitunter durchaus das Problem, dass ich glaube, dass man nicht gleichzeitig zuhören kann. Ich fand, Frau Stahmann hat es gestern sehr schön zu Herrn Röwekamp gesagt, ich will es nicht machen, weil ich neu im Parlament bin, aber manchmal sollte man ganz

einfach ruhig sein und zuhören, dann bekommt es ei-nem auch besser.

(C)

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Ich möchte aber einfach weiterreden und sagen, wir haben diese 12 000 Unterschriften, und die kann man nicht vom Tisch wischen. Man kann nicht einfach sagen, die Polizeibeamten aus Huchting wären nicht so schnell am Sielwall gewesen. Klar, man kann das negieren, aber es ist Tatsache, dass die Leute dort vor Ort unzufrieden sind. Wir haben ja auch in unseren Antrag zur Aktuellen Stunde nicht nur hineingeschrieben, dass wir über die Sielwallkreuzung reden wollen, sondern wir wollen über die Polizeireform insgesamt reden. Es ist einfach so, dass die Leute unsicher sind, und man kommt eben im umgekehrten Schluss auch nicht schnell von der Sielwallkreuzung nach Huchting.

(Beifall bei der FDP)

Unser Appell ist ganz simpel, und deshalb ist es gut, wenn man zuhört, wir wollen das Ganze noch einmal überprüfen und fordern, dass die Beschwerden ernst genommen werden. Das ist unser Appell und unsere Bitte. Damit bin ich am Ende meines Vortrages, ich danke für die Aufmerksamkeit, auch wenn manche nicht zugehört haben!

(Beifall bei der FDP)

(D)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich Schüler und Schülerinnen der Gymnasialen Oberstufe des Schulzentrums Alwin-Lonke-Straße begrüßen!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ehmke.

Abg. **Ehmke** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Woltemath, ich bin jetzt, das muss ich zugeben, ein bisschen überrascht, weil wir das Thema ja schon besprochen haben. Ich will vielleicht vorweg sagen, mit der Aktuellen Stunde kann man natürlich Politik machen, ich will jetzt auch nicht bewerten, dass man, wenn man in der Zeitung feststellt, dass es offensichtlich ein Problem gibt, dieses zur Aktuellen Stunde erklärt. Nur, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU haben auch festgestellt, es gibt da ein Problem, sie haben es in der Innendeputation angesprochen, und wir haben es da fachlich klein gearbeitet. Jetzt bin ich in der Tat doch ein bisschen überrascht, weil das, was Sie vortragen, schlicht und ergreifend nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

(A) Überrascht bin ich deshalb, weil Sie es nach der Deputationssitzung wissen müssten. Es wurde dort ausdrücklich deutlich gemacht, dass nicht nur die Polizeireform nicht schuld daran ist, dass es möglicherweise länger gedauert hat, bis Polizei vor Ort war, sondern dass die Polizeireform ursächlich dafür war, dass so schnell so viel, so gut ausgerüstete Polizei eintreffen konnte.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach der alten Struktur hätten wir überhaupt nicht die Anzahl von Polizisten zur Verfügung gehabt, sondern, in der Tat, wir hätten aus dem gesamten Stadtgebiet die Streifenwagen zusammenziehen müssen, wir hätten Wachen schließen müssen, weil wir die Polizei dort nicht hätten herausholen können, und diese Polizisten hätten erst im geschlossenen Verband zum Einsatz kommen müssen. Alternativ hätten wir einzelne Streifenwagen zum Sielwall schicken müssen. Das wäre aber gegenüber den beteiligten Polizisten völlig unverantwortlich gewesen, und es wäre im Übrigen auch der Sache nicht dienlich gewesen, weil nur durch eine entsprechende Anzahl von gut ausgerüsteter Polizei zu gewährleisten war, dass bei einer Situation mit über hundert Personen auf der Straße überhaupt Sicherheit hergestellt werden konnte.

(B) Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, finde ich, kann man weder dem amtierenden Innensenator, bedauerlicherweise noch nicht einmal seinem Vorgänger, etwas vorwerfen, und erst recht kann man der Polizei in Bremen keinen Vorwurf machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier ist qualitativ gute Polizeiarbeit geleistet worden. Ich kann verstehen, dass der Betroffene diese halbe Stunde als sehr lang empfunden hat. Wenn man bei der Polizei anruft, dann geht man eigentlich davon aus, dass sie in acht Minuten da ist. Nur, da an dieser Stelle nicht mit einem Streifenwagen auszuhelfen war, sondern weil hier Kräfte zusammengezogen werden mussten, muss man insgesamt sagen, es ist schnell gearbeitet worden. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Polizei im Nachgang auch noch einmal den Kontakt mit den betroffenen Personen gesucht, sich mit dem Betreiber des gastronomischen Betriebs noch einmal hingestellt und ihm die Situation vermittelt hat, weil ich finde, man muss dafür Verständnis haben, dass in der individuell betroffenen Situation eine halbe Stunde sehr lang wirken kann. Nur, mit einer anderen Regelung wäre dem Betroffenen nicht geholfen gewesen.

Herr Woltemath, Sie haben darauf hingewiesen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen um die innere Sicherheit machen. Das ist nachvollzieh-

bar, und darauf muss Politik Antworten finden. Ich erlebe nur Ihren Auftritt in der inneren Sicherheit nicht so, dass Sie sich mit den Sorgen auseinandersetzen, sondern ich bin der Ansicht, dass Sie die Sorgen verstärken und einen Eindruck erwecken, der durch die Realität nicht getragen wird.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier muss man feststellen, die Polizei hat gut gearbeitet, die Politik hat über die Parteigrenzen hinweg in der letzten Legislaturperiode die Grundlagen dafür geschaffen, dass die Polizei in der Lage war, so zu handeln. Ich glaube, dass wir als Politiker nicht den Fehler machen sollten, den Sielwall jetzt neu zu einem Symbol herauszudiskutieren und die Polizei dabei in einem Licht stehen zu lassen, das sie nicht verdient hat. Die Polizei war, so schnell es ging, in guter Einsatzstärke vor Ort und hat das Problem fachgerecht abgearbeitet. An dieser Stelle kann ich sagen, ich erkenne keinen Skandal, ich kann nur sagen, Danke den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei der Bremer Polizei!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das ist seine erste Rede, die er ohne Große Koalition halten kann!)

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte vorschnell auf den Gedanken kommen, kaum haben wir einen neuen Innensenator namens Willi Lemke von der SPD, und schon wird auf der Sielwallkreuzung Fußball gespielt.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Gut so!)

Aber um dem Senator auch gerecht zu werden, muss ich sagen, er hat in der Innendeputation letzte Woche eindeutig klar gemacht, dass er mit diesem Verhalten nicht einverstanden ist und das auch in Zukunft in der Stadt nicht dulden wird. Die CDU-Fraktion ist damit natürlich sehr einverstanden, weil wir wollen, wie es eben schon einmal angeklungen ist, dass insbesondere auf der Sielwallkreuzung natürlich nicht alte Zeiten zurückkehren.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings, Herr Woltemath, dieses Beispiel auf der Sielwallkreuzung dazu zu benutzen, die Polizeireform infrage zu stellen, grundsätzlich vielleicht sogar, oder

(C)

(D)

(A) möglicherweise daraus politischen Populismus abzuleiten, das ist nun völlig an der Realität vorbei.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade die Polizeireform, und es klang hier eben schon von meinem Vorredner an, hat dazu geführt, dass wir in der Bereitschaftspolizei eine zweite Einsatzhundertschaft aufgebaut haben, die die Polizei in Bremen in die Lage versetzt, rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche eine sogenannte Landesreserve bereitzuhalten. Diese Landesreserve besteht aus 30 bis 35 – je nachdem, wie der aktuelle Stand ist – Polizeibeamtinnen und -beamten, die dafür Sorge zu tragen haben, für den Fall einer Alarmierung, in einem geschlossenen Einsatz Probleme zu beseitigen. Allerdings ist diese Landesbereitschaft oder diese Landesreserve in der Regel in Schwerpunktmaßnahmen entweder zur Kriminalitätsbekämpfung oder im Bereich der Verkehrsangelegenheiten eingesetzt.

(B) So war es auch in der betroffenen Nacht. Der Polizeipräsident hat in der Innendeputationsitzung deutlich gemacht, dass die Landesreserve auf der Diskomeile eingesetzt war, um dort die bekannte Kriminalität und Situation einzudämmen. Sie musste also erst alarmiert werden, und für einen solchen Einsatz, der auf der Sielwallkreuzung zu erwarten war, musste die Landesreserve mit einer zusätzlichen Ausrüstung, Schutzhelm, Schutzkleidung, ausgestattet werden. Aus diesem Grund ist diese Zeitverzögerung zustande gekommen, so hat es der Polizeipräsident erklärt, sodass die Landesreserve in der Anzahl 30 bis 35 Beamtinnen und Beamte dann etwa 30 Minuten später am Einsatzort eintraf und den Einsatz dort vornahm.

Jetzt könnte man natürlich, ausgehend von dieser Zeitspanne von 30 Minuten, eine Forderung ableiten, und die möchte ich für die CDU-Fraktion hier erheben: Herr Senator, wir bitten Sie, gemeinsam mit der Polizeiführung ein Konzept zu entwickeln, wonach die Landesreserve für den Fall, dass sie aus einer Schwerpunktmaßnahme herausgezogen werden muss, um einen Alarmierungseinsatz wahrzunehmen, möglicherweise schneller ausgestattet und ausgerüstet werden kann. Wir bitten Sie im Weiteren, in einer der nächsten Innendeputationsitzungen darüber zu berichten! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP nimmt eine Auseinandersetzung am Sielwall zum Anlass, in der heutigen Aktuellen Stunde über die

*) Vom Redner nicht überprüft.

Polizeireform zu diskutieren. Mit sachlicher Auseinandersetzung hat das Ganze nichts gemein, denn jeder, der sich mit eben dieser Reform beschäftigt hat, weiß, dass man über die Zusammenhänge, die die FDP hier heute darstellt, eigentlich nur den Kopf schütteln kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Die Grünen haben als damalige Oppositionsfraktion dieser Reform im Grundsatz zugestimmt und halten sie auch heute noch für notwendig, und ich finde, dass wir hier auch sehr genau hinschauen müssen, welche Mängel in dieser Reform noch zu beheben sind. Eine Evaluation dieses Projektes ist geboten, aber, Herr Woltemath, sie wird auch von niemandem politisch bestritten. Wir müssen bei dieser Evaluation aber darauf achten, dass wir auch die Beamtinnen und Beamten mitnehmen, die uns, glaube ich, in erster Linie helfen können, dort Mängel zu beheben. Ob die Abschaltung des polizeiinternen Intranets, in dem sehr viel über dieses Reformvorhaben diskutiert worden ist, ein richtiges Zeichen der Polizei Bremen war, das bezweifel ich an dieser Stelle allerdings auch.

Was aber möchte jetzt eigentlich die FDP? Will sie diese Reform zurückdrehen? Wo hätten denn dann die Beamtinnen und Beamten herkommen sollen, die den Sielwall befriedet haben? Der Polizeibeamte, der sonst nach Mitternacht im Polizeirevier Huchting sitzt und darauf wartet, dass Unmengen an Bürgern kommen, um Anzeigen aufzugeben, gerade im Zeitraum zwischen zwei und vier Uhr morgens, der hätte uns in dieser Situation nicht geholfen. Diese Reform hat dafür gesorgt, dass die Polizei nun auch in der Lage ist, auf solche Gefahrenlagen zu reagieren, und noch einmal ein ganz wichtiger Hinweis, eine Gefahrenlage war am Anfang gar nicht zu erkennen. Da haben Leute auf dem Sielwall Fußball gespielt, meine Damen und Herren, eine Sache, die während der WM durchaus üblich war, und gestatten Sie mir als Sportpolitiker auch den Hinweis, dass ich es immer gut finde, wenn Menschen viel Sport treiben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Herr Woltemath, wäre es Ihnen um die Sacharbeit gegangen, dann hätten Sie am Donnerstag in der Innendeputation konkret nachfragen, sich die polizeitaktischen Überlegungen erläutern lassen und Ihrer Aufgabe als Abgeordneter, nämlich der Kontrolle der Exekutive, auch gerecht werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Sie aber wollen diese Diskussion in eine ganz andere Richtung lenken. Ihnen geht es gar nicht um die

(C)

(D)

- (A) Inhalte, Ihnen geht es einzig und allein um Panikmache in der Bevölkerung.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Das ist aber Quatsch!)

Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus einer Pressemitteilung der FDP-Bürgerschaftsfraktion, das haben Sie eben auch noch einmal wiederholt, dort sagen Sie: „Es ist sicher verfrüht, hier das Gespenst der vor Jahren regelmäßig stattfindenden Silvesterkrawalle zu beschwören.“ Ich will dieses Vorgehen am Sielwall nicht bagatellisieren und Angriffe auf Polizisten auch ganz entschieden verurteilen, aber diesen Vorfall in einen solchen Zusammenhang zu stellen, das empfinde ich als ganz billigen Populismus, Herr Woltemath!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der CDU und bei der Linken)

Der FDP-Kollege Möllenstädt, der sich auch in dieser Pressemitteilung äußert, jetzt aber zu diesem wichtigen Thema, zu dem er Stellung nimmt, leider nicht im Raum ist, findet es „besonders besorgniserregend“, dass die Polizei so lange benötigte. Meine Damen und Herren, wenn unsere Polizei in eine Auseinandersetzung mit Steine werfenden Angetrunkenen geht, dann erwarte ich schlichtweg, dass die Polizeiführung den Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit gibt, sich entsprechende Schutzausrüstungen anzulegen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir hätten die Polizei natürlich eher vor Ort haben können, liebe Kollegen von der FDP, aber dann wären die Polizistinnen und Polizisten ungeschützt Stein- und Wurfgeschossen ausgesetzt gewesen. Das können Sie nicht ernsthaft wollen, meine Herren von der FDP!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ihr Versuch, meine Kollegen von der FDP, hier Panik zu machen und ein Bild der Gefährdung der inneren Sicherheit an die Wand zu malen, wird nicht klappen, weder jetzt noch in der Zukunft. Lassen Sie mich abschließen mit einem Zitat des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Herrn Göbel, der jüngst geschrieben hat: „Die neue Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einigte sich auf verlässliche Einstellungszahlen und verzichtete auf Einsparungen bei der Polizei. Wir sehen das als ein Bekenntnis für die innere Sicherheit Bremens und seiner Bürger.“ Recht hat er, meine Damen und Herren! – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann. (C)

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Ehmke, liebe Kollegen von der CDU! Nun wollen wir doch einmal zurück zur Realität kommen und Ihre Märchenstunde beenden!

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dafür sind Sie zuständig!)

Die FDP, wer denn sonst, hat wieder einmal nur eine populistische Aktuelle Stunde zum sehr wichtigen Thema Polizeireform beantragt. Klasse, kann ich da nur sagen, nachdem gerade die FDP im Wahlkampf das Thema innere Sicherheit großmundig propagiert hat, hätte ich von der FDP eigentlich etwas mehr erwartet, zumindest einen beschlussfähigen Antrag, aber keine lapidare, nichts bringende Aktuelle Alibi-Stunde nach dem altbekannten Motto: „Gut, dass wir einmal darüber geredet haben.“

Meine Damen und Herren, nach diesem Desaster einer gescheiterten Polizeireform sind politische Taten statt großer Worte gefragt, aber keine unehrliche, nichts bringende Alibidiskussion in Form einer Aktuellen Stunde. Fakt ist doch, und das nicht erst seit den nächtlichen Krawallen am Sielwall, dass die Gewalt gegen unsere Polizeibeamtinnen und -beamten erheblich zugenommen hat. Besonders betroffen sind Polizeibeamtinnen und -beamte in Bremen-Mitte, Bremen-West sowie in allen sozialen Brennpunkten in Bremerhaven, also in ganz Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, im Bundesland Bremen gab es allein im Jahr 2006 sage und schreibe circa 500 diesbezügliche Straftaten, und in den ersten 8 Monaten dieses Jahres gab es schon 350 Gewalttaten, Tendenz weiterhin steigend. Die Tätergruppen sind immer dieselben, es sind überwiegend Männer mit Migrationshintergrund oder aber, lapidar, laut Presseberichten jugendliche Gewalttäter mit südländischem Aussehen. Meine Damen und Herren, laut einer Schockstudie der Bertelsmann-Stiftung ist Bremen das gefährlichste Bundesland überhaupt.

(Abg. E r l a n s o n [Die Linke]: Weil Sie da sind!)

Herr Präsident, ich darf die Schockstudie zitieren, und hoffentlich merken Sie sich das auch einmal: Die meisten Drogentoten, die höchste Beschaffungskriminalität, die geringste Aufklärungsquote und so weiter. Meine Damen und Herren, so sieht Ihre ach so erfolgreiche Polizeireform auf Kosten der inneren Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und zulasten unserer Polizeibeamtinnen und -beamten in der Realität aus! Da können Sie so viel reden, wie Sie wollen, das ist Fakt.

Unsere Polizeibeamtinnen und -beamte sind doch schon lange, und das viel zu lange, gerade hier in

(D)

(A) Bremen und Bremerhaven die Prügelknaben der Nation. Sie werden von den politisch Verantwortlichen verraten, verkauft und abgezockt, belogen darf ich ja nicht mehr sagen. Es werden ihnen unehrliche politische Versprechungen gemacht, vor der Wahl natürlich, und sie werden gnadenlos im Stich gelassen.

Es reicht, darum fordere ich unmissverständlich eine neue, eine sozial gerechtere Polizeireform zum Schutz unserer Bevölkerung und im Interesse unserer Polizeibeamten. Es kann doch wohl nicht angehen, dass unsere Bremer Polizeibeamten schon wieder deutlich schlechter gestellt werden als ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, denn während Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ab dem 1. Januar 2008 ihre Besoldung um 3 Prozent anheben, will Bremen erst zum 1. Oktober 2008 ihre Besoldung mit mickrigen 1,9 Prozent anheben, und erst ab dem 1. September 2009 soll noch einmal ein lächerliches Prozent dazukommen.

Nun frage ich Sie allen Ernstes, und das ist wirklich noch sehr höflich ausgedrückt: Wie lange wollen Sie unsere Polizeibeamtinnen und -beamten, die täglich unterbezahlt und unter den schwierigsten Bedingungen, die man sich überhaupt vorstellen kann, ihre Gesundheit und ihre Leben für unsere Bevölkerung aufs Spiel setzen, eigentlich noch veräppeln und verhöhnen? Seit 2004 gab es keine Besoldungszuwächse mehr, dafür wurde aber unverantwortlich das Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld wurde zum wiederholten Mal gekürzt. Es gab die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich, Absenkung des Pensionsniveaus, Kürzung im Bereich der Witwenvorsorge sowie bei den Beihilfen und so weiter. Bremerhavener und Bremer Polizeibeamtinnen und -beamte schieben sage und schreibe hunderttausende Überstunden vor sich her.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Milliarden!)

Jedes Jahr, und darüber sollten Sie nicht lachen, kommen 30 000 Überstunden hinzu, und es ist die größte Schweinerei überhaupt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Thema ist ernst! Viel zu ernst, als dass Sie sich damit beschäftigen sollten!)

Dass Sie für unsere Polizeibeamten und die innere Sicherheit ein Risiko waren, das darf man bei Ihren Zwischenrufen annehmen.

Meine Damen und Herren, die größte Schweinerei überhaupt ist, dass bei der zunehmenden Gewaltbereitschaft gegenüber unseren Polizeibeamten – die Gewaltbereitschaft ist in den letzten Jahren um 30 Prozent gestiegen – die Personalstärke bei der Polizei kontinuierlich abgebaut wird. Im Land Bremen fehlen circa 600 Polizeibeamte, Polizeireviere werden nachts geschlossen, von 18 Bremer Revieren sind

nur noch 7 nachts geöffnet. Die Polizeibeamten in Bremen und Bremerhaven hetzen von einem Einsatz zum nächsten, und die Überstunden steigen ins Unermessliche.

(Abg. F e c k e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie gut, dass sie geschlossen waren, dann konnten sie das wenigstens!)

Kommen Sie nach vorn! Um hier all diese Misstände Ihrer gescheiterten Polizeireform aufzählen zu können, müsste ich mindestens eine zehntägige Sondersitzung des Landtages beantragen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die könnten Sie allein machen! Wir wären dann weg, Sie könnten sich vor Ihren Spiegel stellen und mit dem reden!)

Das brauche ich nicht, Ihnen geht die innere Sicherheit sowieso am Rücken vorbei, das weiß ich!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen Sie doch nach vorn, und labern Sie nicht dazwischen!

(Unruhe – Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich bitte Sie, sich zu mäßigen!

Abg. **Tittmann** (parteilos): Unsere Bremer und Bremerhavener Polizeibeamten werden deutlich schlechter gestellt als viele Kollegen in den anderen Bundesländern, und sie sind gerade hier im Bundesland Bremen die Prügelknaben der Nation, und das zum größten Teil für jugendliche Gewalttäter aller Nationen. Ich aber sage Ihnen, unsere mutigen, aufopferungsvollen Polizeibeamten dürfen von den politisch Verantwortlichen, gerade von den Grünen, nicht länger zu Prügelknaben der Nation gemacht werden. Sie sind auch keine billigen Fußabtreter für realitätsfremde, gescheiterte Politiker! Das haben unsere Polizeibeamten in Bremen und Bremerhaven nicht verdient!

Da Sie nun alle meine Anträge ablehnen, bringen Sie wenigstens schnellstens einen beschlussfähigen Antrag ein, dem ich dann überparteilich zustimmen werde, damit endlich die unsinnige und gescheiterte Polizeireform zum Wohl der Bevölkerung und im Interesse unserer Beamten zu einer wirklichen, realitätsnahen und sozial gerechteren Polizeireform, die ihren Namen Polizeireform auch wirklich verdient, schnellstens umgesetzt werden kann! Hierzu haben Sie immer meine Unterstützung. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Erlanson.

(C)

(D)

- (A) Abg. **Erlanson** (Die Linke): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte sagen, die Rednerinnen und Redner von SPD, Grünen und CDU haben, glaube ich, in der Debatte schon alles gesagt. Nach dem letzten Beitrag, den wir hier – –.
- (Abg. **T i t t m a n n** [parteilos]: Märchenstunde!)
- Maul halten!
- (Unruhe – Glocke)
- Präsident Weber:** Herr Abgeordneter Erlanson, auch das ist nicht parlamentarischer Brauch!
- (Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Mund halten ginge!)
- Abg. **Erlanson** (Die Linke): Okay, Entschuldigung! Trotzdem, nach dem, was wir jetzt zuletzt hier hören mussten, möchte ich einfach nur meinem Wunsch Ausdruck verleihen und sagen, wenn Herr Tittmann mit seinen Gesinnungsgenossinnen und -genossen das nächste Mal auf die Straße geht, dann wünsche ich mir, dass wir schnellstens genügend Polizei vor Ort haben. – Danke!
- (Beifall bei der Linken)
- (B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.
- Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich gestern Abend um 22.51 Uhr den Auftrag gehabt hätte, einen Artikel über die heutige Sitzung zu schreiben, dann hätte ich ihn genauso geschrieben, wie die Sitzung abgelaufen ist. Es hat nämlich keiner meinem Redebeitrag zugehört.
- (Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Alle haben das gestern ganz wunderbar Vorbereitete vorgelesen.
- (Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Ich habe genau zugehört!)
- Ja, Herr Günthner hat zugehört, das habe ich beobachtet, das bestätige ich auch fürs Protokoll. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir dieses singuläre Ereignis auf der Sielwallkreuzung jetzt nicht hochstilisieren wollen, und ich habe auch in der Innendeputation sehr deutlich zugehört. Ich finde es sehr überraschend, dass die Regierungskoalition das, was der Polizeipräsident da vorgetragen hat, einfach so, ohne Nachfrage widerspruchslos aufgenommen hat. Das war, ich sage einmal – darf ich es? – „Mordhorsts Märchenstunde“, wie man im Nachhinein eine Polizeireform begründet. Das finde ich auch in Ordnung, das soll so sein. Wenn Populisten diejenigen sind, die die Wahrheit aussprechen, und nicht diejenigen, die demjenigen die Worte im Mund umdrehen, dann muss das so sein, dann muss ich es hinnehmen.
- (C) (Abg. **E h m k e** [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)
- Von Herrn Tittmann distanzieren mich natürlich ausdrücklich, das ist völlig klar, das ist keine Frage.
- (Glocke)
- Präsident Weber:** Herr Kollege Woltemath, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ehmke?
- Abg. **Woltemath** (FDP): Eigentlich wollte ich gerade zu ihm kommen, aber ich gestatte sie natürlich, ich bin ja freundlich!
- Präsident Weber:** Herr Kollege Ehmke, bitte!
- Abg. **Ehmke** (SPD): Danke! Wenn Sie dann sowieso zu mir kommen, dann könnten Sie vielleicht noch einmal ausführen, in welcher Ausführlichkeit Sie als FDP dort die Ausführungen des Polizeipräsidenten hinterfragt haben und inwieweit Sie sich in dieser Sitzung mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt haben!
- (D) (Beifall bei der SPD und bei der CDU – Zuruf von der SPD: Darüber erst einmal nachdenken!)
- Abg. **Woltemath** (FDP): Da muss ich nicht nachdenken, ich habe sie zur Kenntnis genommen, und das war es. Das habe ich getan, ich sage Ihnen das ganz offen, weil wir in der letzten Legislaturperiode für bestimmte Dinge gar keine Verantwortung getragen haben.
- Ich hätte mir als Opposition bei den Grünen schon gewünscht, bestimmte Dinge nachzufragen und einmal dort anzusetzen, aber das ist ja letztlich nicht meine Aufgabe, die Politik der Grünen aus der vergangenen Legislaturperiode zu betreuen.
- (Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)
- Das wollte ich dazu sagen! – Ich bedanke mich!
- (Beifall bei der FDP)
- Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.
- (Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Was machen wir denn, wenn die FDP die Probezeit hier nicht übersteht? Wer bekommt dann die Sitze?)

(A) **Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schmunzle ein bisschen, weil Herr Röwekamp gerade das ausgesprochen hat, was ich auch gedacht habe, als ich der Debatte zugehört habe, sehr aufmerksam übrigens auch Ihrem Beitrag, Herr Woltemath! Ich glaube, Sie lagen mit dieser Aktuellen Stunde völlig daneben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Linken)

Der Polizeipräsident – insofern verwahre ich mich auch ausdrücklich dagegen, hier dem Parlament von „Mordhorsts Märchenstunde“ zu berichten –

(Beifall bei der SPD)

hat sehr ausführlich und korrekt und sachlich in der Deputation für Inneres zu den Vorfällen Stellung genommen, und es gab keine Widersprüche, es kamen auch keine Nachfragen. Das ist ja gerade durch die Frage auch von dem Abgeordneten Ehmke sehr deutlich geworden. Die Deputation hat es zur Kenntnis genommen und hat ausdrücklich festgestellt, dass es hier überhaupt keinen Bedarf für diese Fragestunde gibt, weil die inhaltlichen Dinge aufgeklärt worden sind.

(B) Aus einem harmlosen Gekicke wurde eine Gewalt, der wir sofort begegnen konnten. Vier Minuten, meine Damen und Herren, hat es gedauert, bis der erste Streifenwagen vor Ort war. Die Kollegen haben dort festgestellt, dass nach einem grandiosen Werder-Auswärtssieg fröhlich gefeiert wurde. Der Ball wurde konfisziert, weil die Beamten gesagt haben, das geht hier nicht, das ist eine wichtige Kreuzung, gebt einmal den Ball her, und um es nicht eskalieren zu lassen – und das findet doch ausdrücklich unsere Zustimmung –, hat der Streifenwagen gesagt, wir behalten das in Beobachtung, aber wir machen hier jetzt nicht ein Riesen-Bohei. Die Situation kippte allerdings wenige Minuten später um, und dann ist ganz schnell umgeschaltet worden. Als die ersten Scheiben zerbrachen und wir die Information bekamen, und zwar vom Streifenwagen, vom Lokal, haben wir sofort und dank der Polizeireform reagieren können. Sofort, innerhalb von kürzester Zeit, wurden Einsatzkräfte zum Ziegenmarkt zusammengerufen, nachdem sie sich ausrüsten und schützen lassen konnten, zum Einschreiten auf der Sielwallkreuzung, und zwar ohne dass irgendjemand zu Schaden gekommen ist, meine Damen und Herren. Insbesondere hat kein Polizist Schaden genommen durch eine geworfene Bierflasche oder durch einen geworfenen Stein.

Wenn wir dann ein Fazit ziehen, was passiert ist, es ist doch eigentlich keiner, übrigens auch nicht von den Randalierern, verletzt worden. Es sind vier Scheiben zerbrochen und zwei Streifenwagen auch durch Flaschen- oder Steinwurf beschädigt worden, ein Reifen hat noch Schaden davongetragen. Das ist Fakt,

und ich sage und schließe mich auch ausdrücklich dem Dank an, es ist mehrfach gesagt worden: Die Polizei hat besonnen, gut ausgerüstet, sehr schnell dort die Sache in den Griff bekommen, und ich schließe mich ausdrücklich dem Dank der Abgeordneten, die das ausgesprochen haben, an die Polizei an! Ausdrücklich will ich es hier so sagen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Linken)

Zwei kurze Bemerkungen noch zu Herrn Hinners und auch zu Herrn Woltemath! Herr Hinners, ich fand Ihren Beitrag sehr beachtlich, weil er natürlich hier auch eine tiefe Sachkenntnis zum Ausdruck gebracht hat. Sie wissen, wovon Sie reden, Sie sind lange genug dabei gewesen, und wir haben in der neuen Koalition von Beginn an gesagt: Wir wollen die Reformen auf den Prüfstand stellen, wir wollen sehr sachlich überprüfen, in welchen Fällen etwas gut läuft wie in diesem Fall, liebe FDP, in dem etwas gut, schnell und flexibel eingesetzt oder umgesetzt werden konnte, aber wir wollen auch genau schauen: In welchen Bereichen haben die Bürger und auch die Polizei noch Sorgen? Wo ist das nicht so optimal umgesetzt?

Es ist doch völlig normal, wenn man eine solch große Reform so erfolgreich umsetzt, lieber Herr Kollege Röwekamp, dann muss man natürlich auch schauen: Ist alles zum Wohl des Bürgers und auch im Interesse der Polizei umgesetzt? Das haben wir uns als Koalition vorgenommen, insofern kann ich Ihrem Wunsch auch nur positiv entsprechen. Wir werden es – das ist ja unser Programm – auf die Tagesordnung der Innendeputation setzen, aber wir wollen es natürlich vorher auch mit den Betroffenen sehr ausführlich diskutiert haben.

Herr Woltemath, Sie haben, als Sie gemerkt haben, dass das hier nichts bringt, dann schnell auf die Sorgen der Bürger umgeschaltet. Diese Aktuelle Stunde gibt dies aber nicht her. Wir nehmen die Sorgen der Bürger sehr ernst und haben in vielen Bereichen schon versucht, auch durch bessere Kooperation mit Justiz – –.

Mir gefällt überhaupt nicht, wenn ich die Zeitungen im Augenblick aufschlage und sehe, was alles in unserer Stadt an Kriminalitätsentwicklung passiert. Wir müssen dort deutlich besser werden, um dem Bürger nicht nur das Gefühl, sondern die Sicherheit zu geben, dass Bremen weiterhin eine lebens- und lebenswerte Stadt bleibt, und hier, ausnahmsweise an dieser Stelle, Herr Woltemath, haben Sie uns, auch, glaube ich, in der Deputation für Inneres an Ihrer Seite. Da nehmen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hinners hatte vorhin gefragt – es ist nun das erste Mal, dass ich hier ein richtig ernsthaftes Thema

(C)

(D)

(A) zur inneren Sicherheit, zur Polizei behandeln darf –, hat das etwas mit Fußball zu tun? Auf diesen Ball muss ich noch einmal zurückkommen! Herr Woltemath, Sie haben ganz charmant gesagt, dass Sie noch nicht so lange dabei sind, aber Sie müssen sich in Zukunft vorsehen, bei solchen Dingen Eigentore zu schießen! Dies war ein klassisches Eigentor!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Linken)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen dann zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde:

Veranstaltungsmarketing fortsetzen – Tourismus-, Sport- und Kulturstandort Bremerhaven und Bremen nachhaltig sichern!

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

(B) Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Es geht hier um 3 wichtige Bestandteile Bremer Politik. Es geht um das verstärkte Standortmarketing, um Standortmarketing insgesamt, und in Bremerhaven um den Veranstaltungsfonds. Es ist gerade diskutiert worden, was ist eigentlich notwendig in einer Aktuellen Stunde? Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir hier als Opposition aufzeigen, wo wir unsere Sorgen sehen, wo wir sehen, dass etwas nicht erfüllt werden kann, obwohl wir sehen, dass Fehler durch die Regierenden begangen werden, und in dem Fall sind es ganz klare Fehler, die sich abzeichnen. Staatsrat Dr. Heselner hat gestern Abend beim Mahl des Handwerks in Bremen erklärt, dass die gesamte Wirtschaftsförderung umstrukturiert wird. Er hat erklärt, dass im Bereich der Finanzstärken Veränderungen herbeigeführt werden. Das heißt natürlich, dass in diesen Bereichen gespart wird.

Die Fragen, die sich stellen müssen, sind: Warum machen wir Marketing? Warum haben wir ergänzendes Standortmarketing, und warum haben wir in Bremerhaven den Veranstaltungsfonds? Ich glaube, man wollte bei beiden Oberzentren – Bremen und Bremerhaven – erreichen, dass wir vernünftige Veranstaltungen privat durchführen können und dass diese Veranstaltungen dann mit Mitteln der öffentlichen Hand gestärkt werden. Das ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Punkt, und ich glaube, dass viele dieser Veranstaltungen gar nicht stattfinden können, wenn nicht ein Standortmarketing erfolgt oder ein Veranstaltungsfonds aufgelegt wird.

Was ganz wichtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja die Frage der Finanzierung der Veranstaltungen. Ich will einmal ein Beispiel nennen. Wir haben die Tischtennisweltmeisterschaften in Bremen

mitfinanziert, und wir haben dabei Übernachtungsquotensteigerungen gehabt von 14,5 Prozent im April und von 18,8 Prozent im Mai. Das heißt, diese Mittel, die wir hier einsetzen, schlagen sich wieder nieder, sie werden wieder an anderer Seite eingenommen. Es ist hier also ein Rundlauf, und deswegen ist es kein reines klassisches Sparen. Wenn man sich in einer Haushaltsnotlage natürlich Posten herausucht und sagt, hier können wir Gelder einsparen, ist das nachvollziehbar, aber das ist ein großer Fehler, wenn wir in einem Kreislauf sind, in dem Wirtschaftsförderung, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze dadurch gesichert werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz wichtig sind die City-Kampagne, City-Marketing Vegesack und Grünanlagenevents. Allein bei den Grünanlagenevents ist die Frage: Warum macht man so etwas? Wir haben in Bremen und Bremerhaven große Parkanlagen, die von der Bevölkerung nicht so angenommen werden, wir haben viel Geld dafür ausgegeben, und es wird jetzt versucht, diese Anlagen auch mit Leben zu füllen. Das ist eine sinnvolle Maßnahme, die durchgeführt werden muss, die einfach nicht gespart werden kann.

Auch die Entwicklung von ergänzendem Standortmarketing und vom Veranstaltungsfonds zeigt ja auf, dass wir auf dem richtigen Weg sind und die letzte Regierung ja auch diesen Kurs eingeschlagen hat. Ich glaube, dass auch der Versuch der einzelnen Institutionen in Bremen und Bremerhaven, gemeinschaftlich bei „Wissenswelten“ zusammenzuarbeiten und das dann auch zu vermarkten, genau das Richtige ist, und die Besucherzahlen sprechen ja für uns. Es gibt sicher viele Initiativen, die keine Veranstaltung durchführen könnten, wenn es keine staatliche Absicherung gäbe.

Es gibt ja auch einige Initiativen, die die Gelder gar nicht in Anspruch genommen haben. Ich will einmal in den Bremerhavener Teil hineingehen, wo ja der Veranstaltungsfonds komplett gestrichen werden soll, und wir haben im Bremerhavener Anteil beim Stadttheater Bremerhaven eine Musical-Veranstaltung durchgeführt, die das Stadttheater allein so nicht hätte leisten können. Wir haben enorme Besucherzahlen gehabt, und ich glaube, es war richtig. Wir haben im Gesamtbereich des Veranstaltungsfonds 660 000 Euro zur Verfügung gestellt. Abgefordert, meine Damen und Herren, sind aber nur 378 000 Euro. Private Mittel, die akquiriert werden konnten, waren 2,82 Millionen Euro. Ich glaube, das spricht schon dafür, dass wir hier nicht eine reine Sparquote haben, und wenn man dann nach dem Ergebnis fragt, sind das 648 351 Euro.

Gerade für Bremerhaven gibt es wichtige Events, die nicht mehr durchgeführt werden können. Wir haben vor einigen Jahren das historische Fischereihafenrennen wieder aufgelegt. Das historische Fische-

(C)

(D)

(A) reihafenrennen war im ersten Jahr ja schon ein Reinfall, weil es dort eine verregnete Veranstaltung gewesen ist. Wir haben dann weiter gefördert, haben an diese Veranstaltung geglaubt, und diese Veranstaltung kann durchgeführt werden. Sie kann aber eben nur mit öffentlichen Zuschüssen durchgeführt werden, das ist eben so! Von solchen Veranstaltungen müssen wir uns befreien.

Es gibt einen Streit zwischen dem Oberbürgermeister und mir wegen des Marathons.

(Zurufe von der SPD)

Die Veranstaltung wird durchgeführt, aber sie kann nicht durchgeführt werden, wenn öffentliche Gelder nicht zur Verfügung gestellt werden. Nein, man muss das ja auch dann eingestehen, wenn Veranstaltungen erfolgreich sind, und der Marathon scheint sich in den letzten Jahren wohl ganz gut entwickelt zu haben. Dann ist die Frage eben: Geht es weiter?

(Abg. Günther [SPD]: Hat der Oberbürgermeister recht behalten!)

Wichtig ist das auch für die einzelnen Stadtteile, und auch die Werbegemeinschaften können Veranstaltungen nicht durchführen, wenn sie keine finanzielle Absicherung haben. Das heißt, wenn für Bremerhaven der Veranstaltungsfonds gestrichen wird, werden viele Veranstaltungen nicht mehr durchgeführt werden können.

(B) Meine Damen und Herren, ich will die Diskussion jetzt nicht polemisch beenden, indem man jetzt fragt, wie das Zusammenspiel zwischen Bremerhaven und Bremen ist. Jeder hat ja die „Nordsee-Zeitung“ gelesen, als bekannt wurde, dass der Veranstaltungsfonds gestrichen wird. Ich glaube, wir müssen einen Weg finden, wie wir vernünftig in beiden Städten gleichermaßen und gleichberechtigt Veranstaltungen weiter durchführen, Veranstaltungen auch mit der öffentlichen Hand absichern, damit sie überhaupt durchgeführt werden, weil diese Veranstaltungen nicht nur für Bremen und für Bremerhaven, sondern auch für das Umland und teilweise sogar überregional von herausragender Bedeutung sind. Darauf können wir nicht verzichten, denn Werbung gehört zum Handwerk. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt nicht gedacht, dass wir hier die Rolle des Sorgentelefon übernehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Wenn der Kollege Bödeker sagt, er habe Sorgen, dann sollte man doch zumindest für den Zeitraum, für den er es ja auch weiß, nämlich den Zeitraum bis zum Jahr 2008, noch einmal darauf verweisen, dass es Beschlüsse der alten Koalition gibt, die sicherstellen, dass Standortmarketing und Stadtteilmarketing weiterhin bezahlt werden. Ich erinnere nur an „Zwei Städte – ein Land“, wofür 780 000 Euro bis einschließlich zum Jahr 2008 vorhanden sind. Ich erinnere daran, dass das auslaufende Sport- wie auch das Kultur-WAP bis zum Jahr 2008 mit Bremerhavener und Bremer Anteilen finanziert sind.

(C)

Ich erinnere daran, dass das Land insgesamt – und damit komme ich nun auf einen besonderen Punkt – selbstverständlich herausragende Ereignisse wird unterstützen müssen, das ist überhaupt keine Frage. Wir haben das Ziel, auf der einen Seite hier Menschen in diese Stadt zu holen, zu touristischen Großveranstaltungen zu holen. Die bedeutendste Veranstaltung im Land ist sicherlich die „Sail“, und keiner redet davon, sich von der „Sail“ zu verabschieden. Im Gegenteil, die „Lütte Sail“ wird Realität werden, auch sie ist ja finanziert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Von daher, meine Damen und Herren, kann ich irgendwie die Sorgen, die hier aufgezeigt worden sind für den Zeitraum des Jahres 2008, nicht verstehen. Es entzieht sich mir auch die Kenntnis und die Erkenntnis, warum das denn nun so ausgesprochen aktuell ist, was wir hier heute besprechen müssen, denn die wirkliche schwierige Situation stellt sich ja erst mit dem Jahr 2009. Das ist Gegenstand der Haushaltsberatungen! Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber zu befinden haben, welche Mittel wir wofür einsetzen können.

(D)

Eines ist auch klar, meine Damen und Herren: Man kann sich auch hier als Opposition – Sie tun es ja – so hinstellen, aber dann muss man insgesamt auch glaubwürdig bleiben! Sie können uns auf der einen Seite nicht vorwerfen, wir seien angeblich eine Ausgabenkoalition, und auf der anderen Seite darauf bestehen, dass die Summen, die bisher ausgegeben worden sind, in gleicher Höhe bestehen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden jede Einzelmaßnahme auf den Prüfstand stellen müssen. Das werden schwierige Haushaltsberatungen werden, und dabei werden wir Ihre Sorgen dann sicherlich mit aufnehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von Herrn Bödeker und Herrn Rówekamp beantragte Aktuelle Stunde der CDU zum Thema „Veranstaltungsmarketing fortsetzen“ ist endlich einmal inhaltlich eine richtige und wichtige beantragte Aktuelle Stunde, wobei ich feststellen muss, dass gerade die Stadt Bremerhaven, und das nicht nur im Bereich Veranstaltungsmarketing, von Bremen überdimensional stark wieder einmal benachteiligt wird.

Der Wirtschaftssenator will zum Beispiel im Jahre 2008 nur noch Veranstaltungen in Bremen fördern, in Bremerhaven, meines Wissens nach, aber nicht mehr. Nun frage ich diejenigen Abgeordneten, die immer behauptet haben, Bremerhaven würde niemals von Bremen „über den Tisch gezogen“, ob sie immer noch derselben Meinung sind, denn jetzt haben wir es schwarz auf weiß, dass Bremerhaven und seine Bevölkerung eben doch von Bremen ungerecht und ungleich behandelt werden.

Grundlage dieser ungleichen Behandlung ist die Tatsache, dass der Veranstaltungsfonds Ende des Jahres ausläuft, ich aber sage Ihnen: Ohne diese Zuschüsse werden für etliche Veranstaltungen in Bremerhaven unweigerlich „die Lichter ausgehen“, wie zum Beispiel für die „Wissenschaftliche Tagung im AWI“. Etliche Stadtteilveranstaltungen, das Bürgerfest und so weiter können unter Umständen nicht weitergeführt werden. Das Bremerhavener Fischereihafenrennen, der Bremerhavener Marathonlauf, die Tanzweltmeisterschaft und so weiter können vielleicht auch nicht mehr stattfinden.

(B) Das Programm Stadtmarketing läuft aus, für Bremerhaven bedeutet das circa 310 000 Euro weniger; das Zwei-Städte-Programm läuft aus, das sind noch einmal circa 250 000 Euro weniger für die Stadt Bremerhaven; das Sport-WAP-Programm läuft aus, das sind noch einmal 130 000 Euro weniger für die Stadt Bremerhaven und so weiter.

Meine Damen und Herren, eine solche Unverschämtheit mache ich als Bremerhavener Abgeordneter für die Bremerhavener Wählervereinigung „Protest der Bürger“ nicht mit! Eines sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Wenn Sie den Veranstaltungsfonds für die Stadt Bremerhaven wirklich aufgeben, wird der Bremerhavener Tourismusstandort und der Bremerhavener Wirtschaftsstandort von Bremen endgültig ruiniert! Das dürfte sogar Ihnen klar sein und einleuchten, den finanziellen Verlust habe ich Ihnen ja gerade deutlich dargelegt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das kann sich Bremen gegenüber der Stadt Bremerhaven und seiner Bevölkerung als das Armenhaus der Nation nun wirklich nicht erlauben. Ich warne Sie dringend davor, die Stadt Bremerhaven und

ihre Bevölkerung weiterhin so unverschämt, ungerecht, unsozial und so ungleich zu behandeln! (C)

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Unglaublicher Stuss, was Sie da reden!)

Das ist kein Stuss! Immer wenn Sie sich aufregen, weiß ich, dass ich hundertprozentig recht habe. Unsere Bremerhavener Bevölkerung hat es nicht verdient, vor den Wahlen durch alle unmöglichen, unehrlichen Versprechungen von Ihnen –

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Kein Stuss! Das ist die Wahrheit!)

für Sie gilt dasselbe! –, für dumm verkauft zu werden. Das versuchen Sie mit Ihrer Politik, und das schon seit Jahrzehnten!

(Zuruf des Abg. **G ü n t h n e r** [SPD])

Dagegen werde ich als Bremerhavener Abgeordneter hier im Landtag immer und zu jeder Zeit lauthals, und das noch sehr lange, meine Stimme erheben, darauf können Sie sich verlassen, und wenn Sie noch so viel dazwischenrufen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle. (D)

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Rede des Kollegen Tittmann hat, glaube ich, nur das eine gestimmt: Dass er hier lauthals seine Reden vorträgt,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

lauthals in dem Sinne, dass man gelegentlich schon ein bisschen verwirrt ist, wie sich in einem einzigen Menschen so viel Hass ansammeln kann!

Nichts von dem, Herr Tittmann, wirklich gar nichts von dem, was Sie in dem Vergleich Bremen/Bremerhaven hier geäußert haben, entspricht der Wahrheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken – Abg. **T i t t m a n n** [parteilos]: Zahlen!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, das ist nicht nur jetzt so, bei der rot-grünen Regierung, sondern das war bei der Vorgänger-Koalition auch nicht anders.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bremerhaven hat im Bundesland Bremen immer große Aufmerksamkeit gehabt, und das kann man auch in Zahlen ausdrücken, auch finanziell.

In Bezug auf die Aktuelle Stunde haben wir heute Morgen eine Diskussion darüber geführt, was denn eigentlich so aktuell ist oder nicht, ich glaube, das muss man dem subjektiven Empfinden überlassen, Herr Bödeker. Jedenfalls ist der Zeitungsartikel in der „Nordsee-Zeitung“ zu Veranstaltungsformen in Bremerhaven mehrere Wochen alt, deswegen ist das Thema so aktuell auch nicht. Bis die Frage der Finanzierung in Wirklichkeit beantwortet werden kann, dauert noch einige Zeit. Herr Liess hat schon darauf hingewiesen, dass die Finanzierung für dieses Jahr 2007 weitergeführt werden soll und sich die Frage im Grunde genommen dann stellt, wenn wir den Haushalt aufstellen. Da wird man noch einmal neu schauen.

Dass so getan würde, als könne man weitermachen wie bisher, muss ich der CDU aber wirklich einmal entgegenhalten. Sie haben einen Haushalt hinterlassen – mit Sie meine ich natürlich die Große Koalition –, der so aussieht, dass ich als Wirtschaftspolitiker gedacht habe: In der Schatzkiste wird schon nicht mehr so viel sein! Jetzt, da wir sozusagen deutlicher in diese Schatzkiste hineinschauen, stellen wir nicht nur fest, darin ist nicht nur nicht viel, darin ist gar nichts mehr!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Stimmt! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber die Finanzsenatorin entdeckt ja noch Schätze!)

(B) Es sind Mittel verpflichtet worden, die im Grunde genommen in die Zukunft weisen bis zum Jahr 2047! Wenn wir also in der Situation sind – Herr Röwekamp, Sie können es sich ruhig anhören! –, dass wir umsteuern müssen, dann mit Sicherheit nicht aus Vergnügen und Spaß und Jux und Dollerei! Man kann in Bremerhaven und auch in Bremen viele Veranstaltungen durchführen, das ist überhaupt nicht die Frage!

Ich sage auch nicht, dass die Veranstaltungen, die aus dem Fonds finanziert worden sind, durchweg irgendwie schlecht und unsinnig waren. Vielleicht hätte man bei der einen oder anderen Veranstaltung fragen können: Muss sie denn staatlich gefördert sein? Muss sie denn gemacht werden? Aber das ist gar nicht das Thema, sondern das Thema ist, dass die Mittel schlicht nicht ausreichen! Wir werden nicht nur in Bremerhaven zu Kürzungen kommen in den Fragen „Veranstaltungen – ja oder nein?“ und „Marketing – ja oder nein?“ und wie es weitergeht. Wir werden das auch in Bremen sehr gründlich machen müssen.

Die SPD hat in ihrer Potsdamer Klausur gesagt, und ich glaube, damit fing im Grunde genommen gedanklich sozusagen auch ein Stück weit der Bruch zur alten Finanz- und Wirtschaftspolitik an, alle Projekte müssten auf den Prüfstand gestellt werden. Ich sage einmal so: Wir Grünen fanden die Idee seinerzeit schon gut, als das in Potsdam verkündet worden ist, und

ich glaube, dass wir es sehr gründlich und sorgfältig genauso tun müssen. Wir müssen jede Veranstaltung dahin gehend überprüfen: Macht sie wirklich Sinn oder nicht?

Letzter oder vielleicht vorletzter Punkt ist: Als dieser Veranstaltungsfonds im AIP angesiedelt war, war das wohl auch nicht die klügste Erfindung, weil die Tatsache, dass das eine Investition ist, die im Grunde genommen im Wesentlichen ja doch eher konsumtive Mittel waren, kann man im Nachhinein an dieser Stelle ja vielleicht auch noch einmal feststellen.

Kurz und gut: Ich glaube, dass diese Aktuelle Stunde wenig aufregend und aktuell ist. Ich möchte nur an dieser Stelle allen in diesem Hause einfach noch einmal nahebringen, dass Sie nicht immer so tun können, als müsse man im Bundesland Bremen sparen und auf der anderen Seite aber das Geld munter weiter ausgeben wie bisher.

Die Investitionsquote wird sinken, ob wir es wollen oder nicht. Spaß hat daran niemand, aber die Haushaltssituation ist so, dass wir genau abwägen müssen, welche Investition an welcher Stelle Sinn macht.

Ich bin ganz froh, dass unsere Finanzsenatorin ein bisschen die „Jeanne d'Arc der Finanzen“ in Bremen ist und tatsächlich sagt, wie knapp das Geld ist, und dass wir alle gemeinsam in diese Richtung vielleicht umsteuern, umdenken müssen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sprach es vor einigen Monaten schon einmal an: Über Jahrzehnte waren sich die Fraktionen in der Bürgerschaft immer in einem Punkt einig, und deshalb ist es auch in Artikel 65 unserer Landesverfassung festgeschrieben, ich darf es noch einmal zitieren: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zum Zusammenhalt der Gemeinden des Landes und wirkt auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin.“

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, im Mai dieses Jahres fand im Land Bremen ein entscheidender Wechsel in der Politik statt: Die Grünen sind nun mit an der Regierung, mit ihnen kam ein Umdenken in der bremischen Bremerhavenpolitik.

(Zuruf von der CDU: Oh! – Zurufe von der SPD)

Die neue Koalition bezeichnet Bremen im Koalitionsvertrag als Stadtstaat. Nur drei von 130 Seiten des

(C)

(D)

(A) Koalitionsvertrages beschäftigen sich mit Bremerhaven. Erst ein Festhalten am Hochschulentwicklungsplan zulasten der Seestadt, dann das Kippen der Investitionsquote, dann die Besetzung des Senats ohne Bremerhavener! Nun wird der Wirtschaftssenator Nagel auch die Veranstaltungsförderung in der Seestadt auslaufen lassen, in Bremen aber weiterhin zahlen, auch wenn Herr Möhle jetzt gerade versucht, diese Aussagen zu relativieren.

Meine Damen und Herren, ich kann es nicht häufig genug wiederholen: Von der Zukunft Bremerhavens hängt die Zukunft unseres ganzen Landes ab! Der Kampf um die Selbstständigkeit Bremens ist unter diesen Voraussetzungen vollkommen unglaublich!

Es ist immer noch so – Sie wissen es –, dass es für Bremerhaven im Gegensatz zu Bremen kein professionelles internationales Standortmarketing gibt, welches weltweit versucht, Investoren in die Seestadt zu locken; für andere Städte ist so etwas selbstverständlich. Wir haben in Bremerhaven allerdings Veranstaltungen unter anderem gefördert aus dem Veranstaltungsfonds wie Konzerte, Feste, Messen und Tagungen mit regionalem, überregionalem und sogar internationalem positivem Medienecho, deren Fortführung nun auf dem Spiel steht. Das gilt sowohl für hochkarätige wissenschaftliche Tagungen des AWI wie die Physics and Chemistry of Ice als auch für Stadtteilveranstaltungen wie das Alte-Bürger-Fest.

(B) Von Anfang 2005 bis September 2007 – Herr Bödeker erwähnte es bereits – wurden 660 000 Euro für 63 Veranstaltungen angefordert. Diese zogen knapp 650 000 Besucher an. Das ist etwa ein Euro pro Besucher. Auch die Veranstalter waren hier mit eigenem Geld selbstverständlich gefordert. Alles in allem investierten sie in den drei Jahren 2,8 Millionen Euro. Ohne diesen Fonds bekommen die Veranstalter in Zukunft auch keine Unterstützung durch Bundesförderung mehr.

Die FDP fordert weiterhin eine Gleichbehandlung der Städte Bremen und Bremerhaven bei der Förderung von Veranstaltungen, meine Damen und Herren. Bremerhaven und damit das Land Bremen kann es sich nicht erlauben, dass etliche Veranstaltungen nicht mehr stattfinden können oder mangels Fördergeldern aus der Seestadt nach Bremen abwandern. Wenn das Land Bremen den Veranstaltungsfonds für Bremerhaven aufgibt, wird der Tourismus und Wirtschaftstandort nachhaltig geschwächt.

Doch auch die Stadt Bremen wird nun hellhörig – wir haben es gerade gehört –, angesichts knapper Kassen müssten, so ließ es Senator Nagel in den letzten Tagen verlauten, alle Marketingprogramme für das Land Bremen auf den Prüfstand. In nächster Zeit auslaufen werden, Herr Liess sprach es eben auch schon an, das ergänzende Standortmarketing, das Stadtmarketing, der Topf „Zwei Städte – ein Land“ und das Sport-WAP.

Ich kenne die Bremer Zahlen nicht, aber allein für Bremerhaven geht es hier insgesamt um rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Das Bremerhavener Fischereihafenrennen und der City-Marathon stehen unter anderem auf dem Spiel. Wir müssen auf ein beachtliches Medienecho und die entsprechenden Imageeffekte verzichten.

Meine Damen und Herren, die Kürzungen sind ökonomischer Unsinn! Kaputtsparen hilft uns nicht weiter, Herr Nagel! Eine langfristige, nachhaltige Haushaltskonsolidierung sieht anders aus. Wir haben vor der Wahl gedacht: Schlimmer als rot-schwarz kann es für die Seestadt nicht kommen. Wir haben uns geirrt. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Da klopf nicht einmal Ihre eigene Partei!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Standortmarketing, Citymarketing, Grünanlagenevents, Wissenswelten, Werbegemeinschaft, Veranstaltungsfonds – alles prima, alles gut, und ich bin auch wirklich erfreut, dass hier auch einmal gesagt wird, Ausgaben können sich rentieren und als verstärkte Einnahmen auch wieder hereinkommen.

Ich kann Ihnen sagen, das gilt allerdings auch grundsätzlich für Ausgaben in Soziales und Bildung!

(Beifall bei der Linken)

Wenn Sie in diese Richtung einmal ein bisschen weiterdenken, wäre ich Ihnen dankbar.

Wir haben also gehört, dieses Marketing ist gut, die Werbung ist gut, die Wirtschaft ankurbeln ist gut, wir sind dafür. Wir haben aber auch, wie wir gehört haben – ich sage es mit meinen Worten –, die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte und besonders in Bremen. Diese prangern wir an, wir haben sie nicht zu verantworten. Solange es sie aber gibt, müssen wir auch damit umgehen.

Natürlich streben wir an, und wir werben dafür, eine Sanierung der bremischen Einnahmen hier einmal zum Thema zu machen. Aber solange es das nicht gibt, gibt es eben diese von uns nicht verantwortete Mangelverwaltung, und dazu sagen wir: Soziales geht vor, so wie es auch in dem Regierungsprogramm formuliert wurde.

(Beifall bei der Linken)

Da ist zum Beispiel das Freibad Blumenthal, welches an 50 000 Euro hängt und jetzt eventuell ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) schlossen wird, wenn da nichts passiert. Ich habe von Bekannten, die dort wohnen, gehört, das ist für einige in der Umgebung und nicht unbedeutende Teile unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auch einmal der Urlaub. Wenn das gestrichen wird, ist das sozial absolut nicht verantwortbar, 50 000 Euro, da muss irgendeine Pumpe ausgewechselt werden, und so sterben Dinge, so stirbt Substanz! Für uns in dieser Stadt gilt, und ich hoffe, das ist bei Ihnen auch so, daran erinnere ich: zuerst die Substanz, dann die Events! – Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich nur noch einmal ganz kurz zu Wort melden, weil der Anschein erweckt wird, lieber Herr Kollege Liess, dass eigentlich doch alles in Ordnung ist, wir werden das in den Haushaltsberatungen schon richten.

Es geht in Bremerhaven um den Veranstaltungsfonds 2008, der ist nicht abgesichert.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Es ist ganz viel noch nicht abgesichert!)

- (B) Wir haben als Große Koalition in Bremerhaven keine Zusagen gegeben, weil wir erst auf ein Signal aus Bremen warten müssen, anders kann das auch nicht funktionieren. Dementsprechend ist es doch selbstverständlich, dass alle Veranstalter, wenn sie dann Veranstaltungen planen und durchführen wollen, einen Vorlauf brauchen, und der Vorlauf ist in Teilen erheblich. Wenn sie Veranstaltungen mit einigen Tausend Besuchern haben, dann brauchen sie Vorlauf, und deswegen brauchen sie auch Planungssicherheit. Deswegen müssen wir ein Signal aussenden. Ich wäre hier dankbar, wenn Sie hier erklären, auch der Veranstaltungsfonds wird im Haushalt berücksichtigt, Bremerhaven kann beruhigt sein, dann wären wir außerordentlich dankbar, weil das eben so ist.

Herr Möhle, natürlich ist Haushaltsnotlage ein schwieriges Thema, aber deswegen werden wir auch in den Haushaltsberatungen heftig darum ringen, welche Schwerpunkte man setzt. Das ist insbesondere die Kernfrage, die Schwerpunkte zu setzen. Herr Beilken, von Ihnen habe ich alles gehört, nur nichts über Bremerhaven. Es würde mich freuen, wenn sich eine Landtagsfraktion auch mit der Schwesterstadt der Stadt Bremen befassen würde. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ella, was Sie machen, ist, glaube ich, für Bremerhaven nicht wirklich geschickt. Sich hier hinzustellen und so zu tun, als sei man sozusagen das schlecht behandelte Kleinkind oder so, das macht keinen Sinn. Wir können die Zahlen wirklich durchgehen, wir können die gesamte Wirtschaftsförderung, die in den letzten 6 bis 8 Jahren für Bremerhaven gemacht worden ist, gern hier vorrechnen und auflisten, und dann werden Sie sehen, dass Bremerhaven mitnichten schlechter dabei weggekommen ist.

Im Übrigen, schauen Sie sich Bremerhaven an der Stelle an, wo das Klimahaus ankommt, dieser Alte/Neue Hafen, was sich da getan hat, das ist ja nicht mein Verdienst, das sage ich gar nicht, und darum geht es auch nicht. Es geht um die Frage, wird Bremerhaven benachteiligt, ja oder nein. Das hat die Große Koalition nicht getan, und das tun wir auch nicht. Wenn Sie meinen, dass Sie sich hier im Haus hinstellen können, sozusagen als FDP, der große Kämpfer für das arme und von Bremen geknechtete Bremerhaven, dann sind Sie auf dem Holzdampfer, weil wir sehr wohl auch Bremerhavener Kollegen haben. Wenn wir als eigene Fraktion an der einen oder anderen Stelle vielleicht einmal Bremerhaven nicht mit bedenken würden, was glauben Sie, wie schnell sie bei uns in der Fraktion sind und fragen, was wir zu Bremerhaven sagen! Dabei sind wir sehr genau.

Der Linken möchte ich an der Stelle nur sagen, man kann dann über Blumenthal reden, und wir können auch über alles reden, das machen wir auch gern. Machen Sie das hier antragsmäßig oder wie auch immer, aber das war jetzt wirklich nicht das Thema, sondern es ging um den Veranstaltungsfonds und das Marketing im Bundesland Bremen! So gesehen, es tut mir leid, ich hätte gern etwas zum Blumenthaler Bad gesagt, aber das finde ich hier an dieser Stelle wirklich unpassend. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Anlass zur Beruhigung kann es natürlich nicht geben, und das wollen wir in diesen Zeiten auch nicht machen, deswegen kurz der Rahmen, den ich Ihnen hier noch einmal sagen kann, die Abgeordneten Liess und Möhle haben auch schon darauf hingewiesen!

Wir arbeiten im Haushalt 2008/2009 innerhalb eines Finanzrahmens, den wir dem Bundesverfassungsgericht gemeldet haben. Jeder weiß, wann er dem Bundesverfassungsgericht gemeldet worden ist. Inner-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) halb dieses Rahmens sind wir gezwungen, und das trifft das Wirtschaftsressort natürlich sehr stark, Investitionen gegenüber früheren Zeiten zu reduzieren. Wir werden dies tun. Trotzdem befinden sich die Investitionen und die Investitionstätigkeit, die öffentlichen Investitionen, nach wie vor auf einem vertretbaren Niveau. Wir reden davon, und die Große Koalition hatte es auch schon getan, dass wir reduzieren wollen auf Hamburger Niveau, und ich glaube, dass dies auch aus Bremer Sicht durchaus vertretbar ist. Insofern müssen wir reduzieren.

Natürlich müssen wir auch im konsumtiven Bereich reduzieren. Wir haben da harte Sparvorgaben. Das Wirtschaftsressort wird sich bemühen, diese einzuhalten. Dann geht es um die Frage der Prioritäten- und Schwerpunktsetzung. Da verstehe ich die Diskussion hier so, zum Teil ist sie ganz schwer zu verstehen, was jedenfalls die Realität in Bremerhaven angeht, Sie haben Sorgen, dass wir zu wenig Schwerpunkte auf Marketing und auf Bremerhaven setzen. Marketing ist für uns in der Tat eine ganz wichtige Aufgabe. Senator Nagel hat es sehr deutlich gesagt, es ist deswegen vertretbar, dass wir weniger investieren, weil wir ein gutes Niveau und gute Standortbedingungen in Bremen und Bremerhaven haben.

(B) Umso wichtiger ist es aber, dass wir diese Kompetenzen, die wir in den beiden Städten haben, auch deutlich nach außen tragen. Deswegen brauchen wir Marketing, und das werden wir – wir sind ja erst in der Haushaltsaufstellung, auch deswegen muss man sich in der Tat überlegen, ob das Gegenstand einer Aktuellen Stunde werden soll – im Haushalt natürlich, soweit dies möglich ist, berücksichtigen.

Es kann auch keine Rede davon sein, dass wir Bremerhaven abkoppeln oder benachteiligen. Wenn solche Äußerungen im Parlament fallen, Bremerhaven sei das Armenhaus der Nation, müssen wir natürlich unser Marketing noch mehr verstärken, um solche Falschinformationen aus diesem Hause auch zu korrigieren. Bremerhaven ist kein Armenhaus der Nation, sondern Bremerhaven ist eine sich dynamisch entwickelnde Stadt. Das sieht man insbesondere, wenn man die Innenstadt anschaut. Diese Stadt verändert sich, und das müssen wir über Marketing auch nach außen tragen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will zur Bedeutung des Marketings sagen, ich bitte jeden, der das einmal erfahren will, lesen Sie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ von gestern, da finden Sie auf Seite 1 – die ist seit dem 1. Oktober auch mit einem farbigen Titelbild versehen – vor allen Nachrichten aus der Welt ein großes Bild von der Paula-Modersohn-Ausstellung. Das ist richtig gute Bremen-Werbung. Im Kulturteil finden Sie dann einen ganzseitigen Bericht über diese fantastische Ausstellung. Das zeigt die Wirkung von Marketing, und

(C) natürlich werden wir dieses Marketing auch künftig fortsetzen, und wir werden gerade dort Schwerpunkte setzen, wo es um hohe Kunst, hohe Kultur und hohe Wissenschaft geht, wo wir überregional repräsentieren, und das gilt nicht nur für Bremen, sondern auch für Bremerhaven.

Deswegen werden wir auch Programme wie „Zwei Städte – ein Land“ fortführen, natürlich nicht auf gleichem Niveau. Nicht nur im Jahr 2008, Herr Liess hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in 2008 eigentlich nicht die entscheidenden Probleme haben, sondern erst bei der Haushaltsaufstellung im Jahr 2009. Wir werden also das Programm „Zwei Städte – ein Land“ fortführen. Wir werden auch die Kultur- und Sportförderung fortführen. Natürlich profitiert Bremerhaven von der Sportförderung. Ich bin im Übrigen der Meinung, wenn es überregional bedeutsame Kulturveranstaltungen in Bremerhaven gibt – es gibt ja jetzt auch ein Kunstmuseum in Bremerhaven –, dann wird die Bremen-Marketinggesellschaft, die über diese Mittel der Kultur- und Sportförderung verfügt, natürlich auch Bremerhavener Veranstaltungen fördern. Von einer Benachteiligung Bremerhavens kann also keine Rede sein.

(D) Wir werden Ihnen zeigen, dass unsere Vorschläge, was die Investitionsförderung angeht – um das hier auch nur einmal am Rande zu sagen –, dazu führen werden, dass wir weit überdurchschnittlich in Bremerhaven investieren. Es ist schon in der Vergangenheit falsch gesehen worden, aber es wird auch im Haushalt 2008/2009, was den Teil des Senators für Wirtschaft und Häfen angeht, eindeutig ein Schwerpunkt auf Bremerhaven gesetzt, auf Investitionsförderung in Bremerhaven, und wir werden auch Veranstaltungsförderung in Bremerhaven genauso wie in Bremen durchführen.

Deswegen weiß ich nicht, woher Sie die Information haben, dass eine überregional bedeutende wissenschaftliche Veranstaltung des AWI nicht stattfindet. Ich gehe davon aus, dass das AWI bei seiner Reputation nicht unbedingt Bremer Mittel braucht. Wenn es aber neben eigenen Mitteln oder Mitteln der DFG, die eigentlich solche Veranstaltungen fördert, noch irgendwelcher Mittel des Landes oder der Stadt Bremerhaven bedarf, dann werden wir diese öffentlichen Mittel natürlich bereitstellen, denn es ist ganz klar, dass wir überregional bedeutsame wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen nicht nur in Bremen, sondern genauso gut auch in Bremerhaven fördern werden.

Wir werden allerdings jede Veranstaltung überprüfen, das ist völlig klar, wir müssen sparen, und es ist auch klar – man braucht ja nicht nur die „Nordsee-Zeitung“ zu lesen, wo protestiert wird, man kann auch „Die Norddeutsche“ lesen –, überall da, wo wir bestimmte Kürzungen vornehmen und vornehmen müssen, gibt es natürlich Widerstände. Das ist auch berechtigt, damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir müssen aber unsere finanziellen Maßnahmen

(A) konzentrieren, und dann können wir auch nicht mehr – das sage ich jetzt ausdrücklich nicht nur bezogen auf Bremerhaven – jedes Straßenfest mit öffentlichen Mitteln unterstützen. Wir werden dort, wo wir hohe Wirkung haben, wo wir überregionale Ausstrahlung haben, öffentliche Mittel einsetzen, und dann haben wir ein sehr großes Interesse daran, dass wir ergänzend, und in Zukunft auch verstärkt, privates Engagement dazunehmen.

Insofern möchte ich Sie beruhigen: Marketing, Standortmarketing, auch Stadtteilmarketing, wenn es eine überregionale Ausstrahlung hat, werden im Haushalt des Wirtschaftssenators zu finden sein und eine Priorität haben. Wir müssen aber sparen, und deswegen ist es verständlich, dass es zu Unruhe kommt. Sie können aber ganz sicher sein, dass Bremerhaven gerade im investiven Bereich bei uns Vorrang hat und dass wir natürlich dazu beitragen werden, dass diese grundlegenden Veränderungen dieser Stadt, was jetzt in Bremerhaven entsteht, wenn im Jahr 2008 das Mediterraneum fertiggestellt wird, wenn dann das Klimahaus fertiggestellt wird, positiv nach außen dargestellt werden. Von Abkopplung Bremerhavens und Reduzierung des Stadtmarketings kann also keine Rede sein. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wahl von 6 Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Nach den Vorschriften des Gesetzes über den Staatsgerichtshof hat die Bürgerschaft (Landtag) 6 Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu wählen. Für jedes gewählte Mitglied sind 2 Vertreter sowie für den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ein zweiter Stellvertreter zu wählen. Die Reihenfolge der Stellvertretung wird bei der Wahl festgesetzt.

Meine Damen und Herren, die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Artikel 139 der Landesverfassung schreibt vor, dass von den 6 zu wählenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs 2 Mitglieder rechtsgelehrte bremische Richter sein müssen. Da sich 2 rechtsgelehrte bremische Richter unter den 7 Vorschlägen für die Mitglieder des Staatsgerichtshofs befinden, wäre, wenn diese beiden gewählt werden, Artikel 139 der Landesverfassung und Paragraph 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof Genüge getan.

Interfraktionell wurde vereinbart, die Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs und die Wahl der 13 Stellvertreter des Staatsgerichtshofs getrennt vorzu-

nehmen. Heute Vormittag wählen wir die Mitglieder des Staatsgerichtshofs und heute Nachmittag die stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit langer Zeit gibt es für die Wahl des Staatsgerichtshofs mehr Vorschläge als Plätze. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, die Vorschläge der CDU-Fraktion an dieser Stelle kurz zu begründen.

Bevor ich das jedoch tue, möchte ich den von der CDU in der letzten Legislaturperiode und auch davor bereits vorgeschlagenen und gewählten Mitgliedern des Staatsgerichtshofs herzlich danken. Herr Konrad Wesser, der ehemalige Direktor des Arbeitsgerichts Bremen, war von 1995 bis 2007, und damit 12 Jahre lang, Mitglied des Staatsgerichtshofs. Herr Dr. Hein Bölling, noch amtierender Richter am OLG, war von 1999 bis 2007 stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs, und der nicht zur Wiederwahl antretende Rechtsanwalt Dr. Herbert Müffelmann war seit 1975, und damit 32 Jahre lang, im Staatsgerichtshof vertreten. Ich glaube, es gibt wenige Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, die sich noch an seine erste Wahl in den Staatsgerichtshof erinnern können. Deswegen möchte ich diesen ausgeschiedenen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs an dieser Stelle ganz herzlich danken!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schlagen Ihnen zur Wiederwahl in den Staatsgerichtshof als ordentliche Mitglieder zum einen Herrn Professor Eckhardt Klein vor. Herr Professor Klein ist seit vielen Jahren Professor und Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht an der Universität in Potsdam. Er war von 1992 bis 1995 stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs und ist seit 1995 ordentliches Mitglied des Staatsgerichtshofs. Ich bin sehr froh, dass Herr Professor Klein sich bereit erklärt hat, für dieses für Bremen wichtige Amt erneut zur Verfügung zu stehen.

Gleichzeitig freue ich mich, dass wir Ihnen als neues Mitglied für den ausgeschiedenen Direktor des Arbeitsgerichts Konrad Wesser den anerkannten Lehrstuhlinhaber für öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, Herrn Professor Dr. Peter Huber, vorschlagen können. Es ist mir eine besondere Ehre, dass Herr Professor Huber sich bereit erklärt hat, für den Staatsgerichtshof in Bremen zu kandidieren. Nach seiner wissenschaftlichen Ausbildung hat er bereits sehr früh, nämlich im zarten Alter von 33 Jahren, den Ruf an die Friedrich-Schiller-Universität in Jena auf den Lehrstuhl für Staats-, Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht

(C)

(D)

(A) erhalten und seine wissenschaftliche Karriere von dort aus fortgesetzt.

Er ist in vielen Gremien als Berater tätig. Unter anderem hat er, nachdem er den Ruf auch an die Ludwig-Maximilians-Universität in München erhalten hat, an Reformvorhaben im Beamtenrecht, im Staatsangehörigkeitsrecht, in der Verfassungsdiskussion in der EU, aber insbesondere auch zu den Fragen der Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden bei der Beratung im Innenausschuss des Deutschen Bundestags mitgewirkt. Er war im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags unter anderem auch Berater für die Fragen der Föderalismusreform I.

Ich glaube, dass die Fraktion der CDU mit Herrn Professor Huber und den weiteren Vorschlägen gute und geeignete Kandidaten für den Staatsgerichtshof vorgeschlagen hat, und ich möchte Sie bitten, dass das Parlament diese Vorschläge möglichst einstimmig unterstützt.

Gleichzeitig möchte ich für die Fraktion der CDU ankündigen, dass wir die Wahlvorschläge der SPD-Fraktion unterstützen. Wir halten es für eine gute Tradition und sind dankbar, dass die SPD-Fraktion den Präsidenten des Oberlandesgerichts für ein Amt als ordentliches Mitglied im Staatsgerichtshof ebenso vorschlägt wie den Präsidenten des Amtsgerichts Bremerhaven Uwe Lissau. Ich finde es sehr gut, dass es Ihnen gelungen ist, Herr Dr. Sieling, auch einen Vertreter Bremerhavens unter diesen veränderten Rahmenbedingungen, dass es diesmal ein Richter sein musste, wieder vorzuschlagen.

(B) Wir werden auch den Wahlvorschlag vom Bündnis 90/Die Grünen unterstützen und den Hochschullehrer Herrn Professor Preuß wieder in den Staatsgerichtshof berufen. Ich schlage vor, dass das Parlament trotz der geheimen Wahl in Wahlkabinen möglichst einmütig einen Vorschlag und eine Wahl zum Staatsgerichtshof durchführt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich unsere Kandidatin vorstelle, möchte ich einmal etwas Grundsätzliches sagen! Es geht bei diesem Staatsgerichtshof ganz stark um Beteiligung und Gleichstellung, zum einen um die Beteiligung und Gleichstellung unserer Fraktion, die gewählt wurde, um ihr „einen wirksamen Einfluss auf das staatliche Geschehen zu gewährleisten“, Artikel 139 der Bremischen Landesverfassung.

Zum anderen geht es auch ganz stark um die Beteiligung von Frauen. Als ich hörte, dass in der fast

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

sechzigjährigen Geschichte des Staatsgerichtshofs ein einziges Mal eine Frau beteiligt war, 1963 bis 1967, habe ich es nicht geglaubt, nachdem ich die jetzige Kandidatenliste dann sah, habe ich es doch geglaubt. Da drängte sich mir der Eindruck auf, dass es eines dieser unbelehrbaren Gremien des Patriarchats ist, und das gilt es, denke ich, auch vonseiten der Bürgerschaft aufzubrechen und zu korrigieren, denn wir sind ein Spiegelbild der Gesellschaft.

(Beifall bei der Linken)

Ganz besonders irritiert war ich, als ich mir noch einmal den Koalitionsvertrag durchgelesen habe. Darin stehen auch Frauen, unter anderem zum Landesgleichstellungsgesetz: „Deshalb soll der Frauenanteil in den Aufsichtsräten und vergleichbaren Gremien erhöht werden.“ Eine Frau im Staatsgerichtshof wäre eine Steigerung von 100 Prozent. Also lassen Sie es uns tun!

(Beifall bei der Linken)

Der zweite Punkt! „Bei der Aufgabenverteilung unter anderem von Vorgesetztenpositionen soll die Verantwortung für geschlechtersensibles Handeln ausdrücklich genannt werden.“ Das tue ich hiermit!

Wir haben vor ein paar Wochen Gender-Budgeting gemeinsam beschlossen. Auch hier geht es um Beteiligung und Verteilung, denn um nichts anderes geht es beim Staatsgerichtshof, Verteilung von Funktionen, von Positionen von Macht. Ich denke, Frauen haben ihren berechtigten Anteil daran, nicht außen, sondern darin!

(Beifall bei der Linken)

Ich möchte aber ganz kurz noch einmal zu den genannten Gegenargumenten kommen, von denen eines ist: Wir haben keine Frau gefunden! Gestatten Sie mir, dass ich darüber schweige. In der heutigen Zeit möchte ich das nicht noch vertiefen.

Ein weiteres Argument ist: langjährige Kollegen! Sehr ehrenwert, aber das war immer das schlagende Argument, ich kenne es aus meiner politischen Arbeit, wenn sie mich moralisch unter Druck setzen wollten, als wenn ich irgendjemandem etwas wegnehme. Natürlich nehme ich jemandem etwas weg, und zwar meinen berechtigten Anteil, in dem Fall unserer Kandidatin den Anteil, dort als Teil der Gesellschaft agieren zu können, und das sind nicht wenig, und wenn es 48 Prozent wären, wäre es auch noch so! Wir sind immerhin 51 Prozent, auch in Bremen.

(Beifall bei der Linken)

Noch ein weiteres Argument war: Es steht „nach Möglichkeit“! Natürlich nach Möglichkeit! Wo der politische Wille ist, ist auch die Möglichkeit. Ich bin

(C)

(D)

(A) der felsenfesten Überzeugung, dass die Politik die Satzungen, den Inhalt, Strategien und den Weg bestimmt und nicht umgekehrt, dass Satzungen, Richtlinien, Strategien die Politik und den Inhalt bestimmen. Wenn es so wäre, das sage ich ganz deutlich, wäre es Diskriminierung eines Geschlechts.

(Beifall bei der Linken)

Ich denke, Frauen haben weitaus Besseres verdient als Weltmeisterin, Spitzenreiterin bei Ein-Euro-Jobs zu sein, bei der Langzeitarbeitslosigkeit und mit ihrem überproportionalen Anteil bei bezahlter Arbeit ohne Mindestlohn. Frauen gehören überall hin, also auch in den Staatsgerichtshof.

(Beifall bei der Linken)

Wenn es darum geht, die Beteiligung zu wollen, dann heißt es – und das bedeutet eben, den Pelz zu waschen und ihn nass zu machen –, einen Platz frei zu machen!

Jetzt stelle ich unsere Kandidatin vor. Etwas selbstkritisch will ich ruhig zugeben, dass wir am Anfang auch zuerst einen männlichen Kandidaten hatten. Wir sind auch nicht die besseren Menschen und die besseren Männer. Aber gemäß dem, was wir an Politik wollen, und zwar die Beteiligung von Frauen überall da, wo sie hingehören – und sie gehören überall hin –, haben wir uns für eine Kandidatin entschieden, die ich auch persönlich kenne aus meiner Biografie als Gewerkschafterin, in der Zusammenarbeit im Bereich Migrationsarbeit, in der Zusammenarbeit auch mit Männern – es muss niemand Angst haben in dieser Doppelfunktion –, eine Kandidatin mit Migrationshintergrund, und sie ist eine hochqualifizierte Juristin mit einer eigenen Kanzlei, die ich über 25 Jahre in allen politischen Ebenen kenne. Es würde diesen Staatsgerichtshof mehr als schmücken und diese Koalition ebenso, wenn sie sagt, was wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben, meinen wir so, das ist nicht Makulatur, es ist nicht Papier, es ist weder populistisch noch populär, sondern wir tun es. Ich bin sicher, wenn wir es wollen, können wir es.

(B)

Ich spreche selbstverständlich für meine Fraktion, die ebenso den Anspruch hat, einen Platz im Staatsgerichtshof zu haben, und für unsere Kandidatin. Aber ich spreche auch für alle Frauen, die in die zweite und dritte Reihe gedrängt wurden, ganz besonders hier bei der Besetzung des Staatsgerichtshofs. Frauen sind nicht per se die Stellvertreterinnen, weder der Bürgerschaft noch eines Ausschusses noch sonst eines Gremiums. Ich bin sicher, hätte es sich um einen Unterausschuss des Unterausschusses gehandelt – und ich will ihn in keinster Weise diskreditieren und schlechtmachen –, wäre die Diskussion und die Einigung sehr viel schneller gekommen.

Ich appelliere an alle, die gleich zur geheimen Wahl gehen, uns und ganz besonders unsere Kandidatin

– wie ich bereits sagte, eine hoch qualifizierte Juristin, die den weiblichen Anteil Bremens und Bremerhavens und die Migrantinnen und Migranten vertritt – als ordentliches Mitglied zu wählen. – Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung!

(C)

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern eingangs darauf hinweisen, dass wir zuletzt am 26. Januar 1988 in diesem Hause den Staatsgerichtshof in geheimer Wahl gewählt haben. Danach und wohl auch überwiegend davor ist immer ein abgestimmter Vorschlag vorgelegt worden. Ich finde, für dieses Gremium, für diesen bedeutenden Gerichtshof, auch für unser Land ist es ein gutes Zeichen, dass wir uns in der Bürgerschaft so damit auseinandersetzen. Das zeigt aber natürlich auch die größere Breite, die dieses Haus bekommen hat.

Ich sage dies auch zu Anfang, Frau Troedel, weil ich finde, das ist eine Errungenschaft, wenn man hier die Wahl hat und auch zur Wahl schreitet. Ich sage das deshalb, weil ich nicht verstanden habe, wie Sie in einer Pressemitteilung vor einigen Tagen formulieren konnten, dass das Vorgehen, jetzt zu einer solchen Wahl zu schreiten, der Grund dafür sei, dass man nun fernab jeder demokratischen Grundregel patriarchalische Macht sichern wolle. Ich halte die freie Wahl für den höchsten Weg demokratischen Ausdrucks,

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und ich bin froh, dass wir sie heute hier an dieser Stelle durchführen.

Ich vermute, dass Sie mir da auch überhaupt nicht widersprechen würden. Sie haben hier auch für Ihre Kandidatin geworben, und ich möchte deshalb die Vorschläge der SPD und auch die weiteren Voten der SPD hier darstellen.

Wir schlagen Ihnen, meine Damen und Herren, als Ersten Herrn Professor Dr. Alfred Rinken vor, der schon jetzt Präsident des Staatsgerichtshofs ist. Herr Professor Dr. Rinken war – er ist nicht mehr tätiger Professor – von 1971 bis 2000 Professor am Fachbereich der Rechtswissenschaften an der Universität Bremen und ist seit 1979 Mitglied des Staatsgerichtshofs, seit April 2000 auch dessen Präsident. Wir haben als SPD-Fraktion Herrn Professor Dr. Rinken sehr gern vorgeschlagen, wir waren froh, dass er, wie er mir persönlich mitgeteilt hat, ein letztes Mal noch für den Staatsgerichtshof kandidieren möchte und sich hier für diese Aufgabe bewirbt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wir alle sind fraktionsübergreifend angesprochen worden, dass Professor Dr. Rinken jemand ist, den dieser Staatsgerichtshof braucht. Ich sage hier an dieser Stelle auch einmal, wir brauchen einen Staatsgerichtshof – gerade in der Situation, in der sich das Land Bremen derzeit befindet mit den Aufgaben im bundesstaatlichen Konzert –, der mit exzellenten Fachleuten besetzt ist. Das steht für uns an erster Stelle.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Unser weiterer Vorschlag ist Herr Wolfgang Arenhövel. Herr Wolfgang Arenhövel ist seit 2005 Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Bremen. Er folgt als Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts im Staatsgerichtshof seinem Vorgänger im Amt, nämlich Herrn Dr. Jörg Bewersdorf, der ausscheidet und bei dem ich mich hier auch sehr herzlich bedanken möchte für seine Arbeit im Staatsgerichtshof. Es war wichtig und ist gute Tradition in Bremen, dass der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Mitglied des Staatsgerichtshofs ist, darum ist es für uns eine Verpflichtung gewesen, Ihnen jetzt hier Herrn Arenhövel vorzuschlagen.

(B) Ich bin an der Stelle dann an dem Punkt, an dem wir eine Klausel des Gesetzes haben, und darauf muss man schlicht und einfach auch eingehen, Frau Troedel. Das Gesetz zum Staatsgerichtshof beinhaltet, dass zwei Mitglieder des Staatsgerichtshofs rechtsgelehrte Richter sein müssen. Ich sage hier ganz offen, dass wir uns als SPD-Fraktion auch natürlich infolge der veränderten Zusammensetzung der Bürgerschaft im ersten Schritt mit diesen zwei Vorschlägen beschieden und gesagt haben, mehr ergibt sich jetzt erst einmal nicht. Aber es gibt die Situation, dass keine der anderen Fraktionen einen weiteren rechtsgelehrten Richter vorgeschlagen hat. Wir könnten hier keinen Staatsgerichtshof wählen, wenn wir die Vollständigkeit nicht gewährleisten.

Deshalb haben wir, und ich sage das ganz ausdrücklich, sehr gern Herrn Uwe Lissau, seit 1991 Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven, gefragt, ob er bereit wäre, hier zu kandidieren und diese im Gesetz festgeschriebene Aufgabe zu übernehmen. Herr Lissau ist dem gern gefolgt und hat sich darüber gefreut, nachdem er von 1992 bis 1995 schon stellvertretendes Mitglied im Staatsgerichtshof war.

Wir sind stolz als Sozialdemokraten, dass wir ihn vorschlagen können, und es berücksichtigt auch die politische Seite, dass in der gesamten Nachkriegszeit jemand aus Bremerhaven Mitglied im Staatsgerichtshof war, und auch das stellen wir sicher, wenn wir Ihnen hier Herrn Lissau zur Wahl stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich in dem Zusammenhang bei Herrn Dr. Manfred Ernst, der bislang als dritter Vorschlag

(C) der SPD-Fraktion im Staatsgerichtshof Mitglied war und dieses Mal auch aufgrund dieser Formalie von uns nicht wieder vorgeschlagen werden konnte.

Wir haben jetzt weitere Vorschläge hier vorliegen, und wir werden selbstverständlich den Vorschlag unseres Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Professor Dr. Preuß, unterstützen wie auch die Vorschläge der CDU. Herr Professor Dr. Klein hat auch in der Zusammenarbeit mit Herrn Professor Dr. Preuß und Herrn Professor Dr. Rinken eine wichtige Achse im Staatsgerichtshof gebildet, und es ist gut, dass das fortgesetzt werden kann. Auch der Vorschlag Professor Dr. Huber erscheint uns von der Person her überzeugend und wird von unserer Fraktion unterstützt. Ich sage das hier noch einmal, weil es hier kein Ausschuss der Bürgerschaft ist, den wir wählen, sondern wir haben darauf zu achten, dass dieses Gremium kompetent und umfassend besetzt ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Abwägung sind das sozusagen die Kandidaten, die wir für die stärksten halten. Aber das Ganze hat in der Tat, und ich finde, das muss man offen sagen, einen Makel. Es hat den Makel, dass es wünschenswert wäre, wenn wir auch im Staatsgerichtshof einen respektablen Anteil von Juristinnen vertreten hätten.

(D) (Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim
Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Das sage ich ganz frank und frei, das ist nicht befriedigend. Nur, ich betone das noch einmal, wir sollten, das ist jedenfalls unsere Empfehlung, und müssen hier für dieses Gremium die Entscheidung von den Sachverhalten abhängig machen. Wir haben deshalb, ich will das auch für die Wahl, Herr Präsident, heute Nachmittag gleich ansprechen, für die Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter eine Reihe von qualifizierten Juristinnen vorgeschlagen.

Ich will damit sagen, weil ich das auch in der Presse gelesen habe, damit heilt man den Makel nicht.

(Beifall bei der Linken)

Das ist ganz eindeutig so. Da stelle ich mich hier auch nicht hin und behaupte so etwas. Aber wir haben hervorragende Frauen. Ich habe darauf verwiesen, dass Professor Dr. Rinken beispielsweise 2011 nicht wieder antreten kann. Ich sage ganz deutlich, für mich und meine Fraktion ist das die Herausforderung und die Aufgabe, 2011 hier andere Vorschläge zu machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich glaube, dass wir mit Frau Professor Dr. Edda Weßlau, der Dekanin des Fachbereichs 6, Rechtswis-

(A) senschaften, an der Bremer Universität, Frau Karen Buse, Präsidentin des Amtsgerichts Berlin, bis vor kurzem noch als Richterin in Bremen tätig, Frau Monika Paulat, der Präsidentin des Landessozialgerichts, drei hervorragende Frauen hier vorschlagen. Unser vierter Vorschlag für die Stellvertretung ist Herr Hans Alexy, Richter am Oberverwaltungsgericht Bremen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir hier eine würdige Debatte haben, und bin froh, dass wir hier bisher nicht über Parteienproporze diskutiert haben, das ist diesem Thema sehr angemessen. Es ist im Übrigen auch durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs gedeckt und gerechtfertigt, dass wir hier so diskutieren und so frei wählen können, wie wir das heute vorsehen. Herzlichen Dank, und ich bitte um Unterstützung der von mir vorgetragenen Vorschläge! – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(B) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen, weil sich für die grüne Fraktion die Situation ähnlich darstellt. Ich will vielleicht noch einmal auf den Vorlauf eingehen. Das ist meines Erachtens noch einmal ein Abbild dessen, die Kollegen haben es schon angesprochen, dass wir jetzt eine veränderte Situation im Parlament haben, mehr Fraktionen haben, und das muss man, Frau Troedel, wenn Sie gestatten, auch sagen, dass sich fraktionsübergreifend zunächst Wahlvorschläge herausgebildet haben, die einfach den Erfordernissen des Artikels 39 Landesverfassung nicht gerecht geworden wären.

Insofern hatten wir alle gemeinsam, wie wir hier sitzen, ein Problem, dass wir Benennungen vornehmen wollten, die zunächst der Landesverfassung – das ist ja auch nicht irgendein Text, denn dies ist in der Landesverfassung selbst geregelt – nicht gerecht geworden wären. So hätten wir das nicht lösen können, dass jeder seine Kandidaten und Kandidatinnen benennt, und dann wäre es gut gewesen, wie es in der Vergangenheit meistens geklappt hat, dieses Mal hätte es so nicht geklappt.

Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben es schon angesprochen, die Landesverfassung und auch das einschlägige Gesetz zum Staatsgerichtshof erfordern, dass wir zwei Richter oder Richterinnen in dem Gremium haben. In der Vorlage der Vorschläge aus den einzelnen Fraktionen war zunächst nur ein Richter vorgesehen. Insofern ist es klar, dass wir hier ein Problem hatten. Wir haben darüber zusammengesessen und debattiert, ob wir hier einen Ausweg finden

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) können. Die SPD hat einen Vorschlag gemacht, der gleichzeitig noch ein Problem mitgelöst hat, insofern vielen Dank für diesen Vorschlag! Wir können nämlich für ein Landesverfassungsgericht in einem Zwei-Städte-Staat – das war ja vorhin gerade Thema, ob wir ein Stadtstaat oder ein Zwei-Städte-Staat sind, ich finde, wir sind ganz eindeutig ein Zwei-Städte-Staat – einen Vorschlag machen und Bremerhaven dabei komplett unberücksichtigt lassen. Auch dafür gab es in den ersten Überlegungen der Fraktionen keinen Vorschlag, der dem gerecht geworden wäre, und wir hatten ein Problem, das wir heute mit den Wahlvorschlägen, so wie sie vorliegen, nun endlich gelöst haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben als Grüne seit mehreren Legislaturperioden einen sehr anerkannten Jura-Professor, nämlich Herrn Dr. Ulrich K. Preuß, im Staatsgerichtshof, der dort auf Vorschlag der Grünen mehrmals hineingewählt worden ist. Herr Professor Dr. Preuß ist inzwischen nach Berlin an die Hertie School of Government gegangen. Ich denke einmal, durch die Vielzahl seiner Veröffentlichungen und seiner öffentlichen Ämter gerade in den Bereichen des öffentlichen Rechts ist seine Qualifizierung für dieses Amt und auch seine bisherige Arbeit in diesem Staatsgerichtshof nicht anzuzweifeln. Wir haben ihn deswegen noch einmal nominiert.

(D) Jetzt komme ich aber gleich noch einmal zu dem Problem, das Frau Troedel meines Erachtens völlig zu Recht angesprochen hat. Auch ich teile die Meinung von Dr. Carsten Sieling, dass Sie hier auf ein richtiges Problem hingewiesen haben, nämlich dass wir in diesem Staatsgerichtshof jetzt schon über mehrere Legislaturperioden hinweg keine Frauen, keine Juristinnen oder Richterinnen, sitzen haben. Bei uns ist es ähnlich, wir haben als Stellvertreter und Stellvertreterinnen zwei Richter nominiert, nämlich Frau Sabine Heinke und Herrn Theodor Schelhowe. Wir haben für uns mitgenommen – entscheiden wird das die nächste Fraktion der Grünen und nicht die jetzige –, dass wir der nächsten Fraktion empfehlen werden, hier auch in diesem Bereich der Besetzung dieser Ämter mit Frauen zu einer Lösung zu kommen, die sowohl die Richterfrage als auch die Frauenfrage berücksichtigt. Sie haben hier, sehr verehrte Frau Troedel, den Finger in die richtige Wunde gelegt, dass dies in der Vergangenheit nicht befriedigend gelöst worden ist.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, die Besetzung des Landesverfassungsgerichts, ich nenne es einmal so, denn das ist der Staatsgerichtshof in Bremen de facto, ausschließlich auf diesen Punkt zu reduzieren, wie Sie das getan haben, diese Meinung teile ich ausdrücklich nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

(A) Das muss man hier auch sagen. Sie haben ein berechtigtes Problem angesprochen, aber es ist schon angesprochen worden, wir sind hier in sehr ernstesten Zeiten für das Land Bremen. Jetzt noch einmal langjährig bewährte und erfahrene Mitglieder dieses Landesgerichtshofs zu nominieren, wie wir das auch mit Herrn Professor Dr. Preuß tun, das ist, glaube ich, in dieser Zeit durchaus vertretbar, wenn die Qualifikation so unangefochten ist, wie sie bei diesen Wahlvorschlägen nun einmal ist.

Wie gesagt, es ist eine Mischung aus Befähigung zum Richteramt, das ist die gesetzliche Vorgabe, und aus einem politischen Kriterium heraus wollen wir Bremerhaven wenigstens mit einer Person berücksichtigen. Ich finde, ein ganz überragendes Kriterium ist die Qualifizierung und die Statur derjenigen, die in diesen Staatsgerichtshof gehen, weil wir das als Land Bremen ganz dringend brauchen. Schließlich ist die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zu berücksichtigen.

Aus all diesen Faktoren haben wir als grüne Fraktion den Schluss gezogen, dass wir die Nominierungen – dass wir unseren eigenen Kandidaten unterstützen ist selbstverständlich – von SPD und CDU, wie sie jetzt auf dem Wahlvorschlag sind, unterstützen und mitwählen werden. Wie gesagt, für die Zukunft haben wir den Auftrag mitgenommen, eines dieser vier Kriterien, nämlich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, in diesem Staatsgerichtshof gemeinsam mit den anderen Fraktionen anders zu regeln, und das meinen wir auch ernst. Wir sind die Partei, die als erste Quotierungsregeln eingeführt hat und sie bis heute durchgehalten hat, und wir sind der Meinung, dass dies auch im Staatsgerichtshof in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollte. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, dass wir mit dieser Debatte alles andere als zufrieden sind, und ich will im Detail darauf eingehen. Ich glaube, dass wir mit der jetzt so proklamierten freien Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs überhaupt kein höheres demokratisches Niveau betreten, wie der Abgeordnete Dr. Carsten Sieling es gesagt hat, sondern dass man wie immer die Methoden den Absichten anpasst und sich jeweils für die entscheidet, die seinen Absichten am besten nachkommt.

(Beifall bei der Linken)

Wir haben eine Situation, in der wir möglicherweise widerstrebende oder möglicherweise auch nicht so

*) Vom Redner nicht überprüft.

einfach insgesamt einzulösende Kriterien der Landesverfassung einlösen sollten. Das ist selbstverständlich zum einen die Anzahl der Richter, die in diesem Gremium sein müssen. Das ist möglicherweise das politische Kriterium, dass Bremerhaven dabei sein muss, aber die Verfassung sagt darüber eher nichts. Aber sie sagt aus gutem Grund und nicht nur aus Machtproporz, dass die Stärken der Fraktionen nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Die Frage der Möglichkeiten ist deutlich eine ganz politische Auslegung, und ich denke, Sie haben diese Möglichkeit gehabt. Man hätte ohne Weiteres einen abgestimmten Vorschlag hinbekommen können, bei dem wir auch als Linke vertreten wären, dann hätten Sie diese beiden Verfassungsgrundsätze, Verfassungsparagrafen erfüllen können. Ich halte das auch für einen klaren Auftrag.

Überdies berücksichtigte es auch die veränderte Situation in diesem Parlament. Ungefähr 8,4 Prozent der Bremerinnen und Bremer sind der Meinung, dass die Linke in dieses Parlament gehört. Bislang war es so, dass andere Fraktionen, seien sie auch kleiner, mit in diesem Gremium vertreten sind, und ich finde dieses Prinzip bisher auch völlig in Ordnung. Sie werden festgestellt haben, dass wir uns sehr genau auf dieses Prinzip eingelassen haben. Wir sind mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP und auch mit der rot-grünen Koalition nicht immer einer Meinung, aber Sie werden feststellen, dass wir immer dann, wenn es darum ging, hier gemeinsam Gremien, Ausschüsse zu wählen, immer Ihre Kolleginnen und Kollegen mitgewählt haben, eine Form von Größe, die ich gerade bei Ihrer Fraktion manchmal vermisst habe.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist kein Ausschuss der Bürgerschaft!)

Ich habe das begriffen! Das muss man mir jetzt nicht noch einmal erklären. Ich habe das Prinzip erläutern wollen, dass wir an einem Punkt sind, an dem wir jetzt auch wieder diese Form von Prinzip aufrechterhalten wollen, und das tun Sie gerade nicht.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Müssen wir auch nicht!)

Das müssen Sie auch nicht! Selbstverständlich! Aber dann versuchen Sie das nicht zu verkleistern mit Sachzwängen und Möglichkeiten! Sagen Sie einfach ganz deutlich, jetzt und hier und heute wollen wir keine Frau, keine Migrantin und schon gar nicht jemanden von der Linken in diesem Staatsgerichtshof haben! Sagen Sie es laut und deutlich, weil Sie genau das tun, und das werden Sie jetzt mit dieser Wahl umsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind die kleinste Fraktion und haben uns von Anfang an darauf konzentriert, einen Personalvorschlag für die Stellvertreter zu machen. Ich glaube, dass wir das mit Herrn Professor Calliess von der Bremer Universität sehr gut gelungen ist. Ich möchte noch anmerken, ich glaube, dass wir auch im Vorfeld sehr gute und abgestimmte Gespräche geführt haben und die Problematik erkannt worden ist und wir uns alle an die Nase fassen müssen, der FDP wird das ja immer vorgeworfen. Wir arbeiten daran auch in der Fraktion, dass wir die Frauenquote erhöhen. In diesem Sinne bedanke ich mich!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich fand, dass die letzten Sätze des Kollegen Rupp nicht der Wahl angemessen waren, vor der wir hier stehen,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

(B)

dass wir nämlich den Staatsgerichtshof zu besetzen haben. Darum muss ich hier einfach, das gebietet die demokratische Klarheit, noch einmal deutlich machen, dass es so gewesen ist, dass wir als SPD zwei Vorschläge gemacht und dann deutlich gesagt haben, dass die Linke einen weiteren Kandidaten vorschlagen kann und sollte. Das Problem ist gewesen, aufgrund der Vorschlagslage insgesamt – auch aufgrund der Vorschläge der CDU und der Grünen – hätte dies ein rechtsgelehrter Richter oder eine rechtsgelehrte Richterin sein müssen!

So, meine Damen und Herren, und wie war das Problem zu lösen? Dann hätten Sie losmarschieren müssen. Wir hätten nur verzichten können an dem Punkt, da wir die Vorgaben des Gesetzes als SPD hier mit unseren Vorschlägen garantieren, indem wir Herrn Professor Dr. Rinken hätten zurückziehen müssen. Ich sage Ihnen, das ist für mich sozusagen wie ins Gesetz geschrieben, Herr Professor Dr. Rinken muss in diesen Staatsgerichtshof, dagegen darf keiner reden!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Lassen Sie es mich noch einmal sagen, wir hätten das Problem lösen können, wie es uns beim Bürger-

*) Vom Redner nicht überprüft.

schaftsvorstand, der ja auch sechsköpfig ist, gelungen ist, wie wir es in allen Ausschüssen fair gemacht haben. Das hätte man nur lösen können, wenn man die Linke dann aufnimmt zulasten der Grünen oder zulasten der CDU. Also, es gab und gibt keine gerechte Lösung, auch wenn wir jetzt hier wählen, das ist nun einmal so, außer man will diesen Schritt machen.

Wir haben, das will ich hier gern ergänzen, als SPD-Fraktion einen uns sozusagen nach Proporz zustehenden Stellvertreterposten abgetreten, auf den verzichten wir, und das ist sozusagen unser Beitrag an der Stelle. Mehr war nicht möglich, ich denke, das ist diesem Gremium auch angemessen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass hier der Artikel 90 der Landesverfassung anzuwenden ist. Danach fasst die Bürgerschaft ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gemäß Paragraf 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung erfolgt die geheime Wahl in Wahlkabinen, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. Dieses Verfahren ist interfraktionell so vereinbart worden.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich kurz noch einige Anmerkungen machen! Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Sie müssen also die entsprechende Rubrik Ihrer Wahlentscheidung ankreuzen. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig. Falten Sie bitte den Stimmzettel in der Wahlkabine, und stecken Sie ihn dort in den mitgegebenen Wahlumschlag ein. Begeben Sie sich dann zu dem Tisch, wo die Wahlurne aufgestellt ist, und werfen den Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich weise noch darauf hin, dass die Schriftführerinnen Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält. Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird.

Sollte sich ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben,

(C)

(D)

(A) kann er oder sie gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten.

Meine Damen und Herren, eines noch zur Klarstellung! Es sind 6 Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu wählen, das heißt, Sie haben 6 Stimmen und können bis zu 6 Kandidaten ankreuzen, ganz gleich, ob Sie sich im Einzelnen für Ja, Nein oder Enthaltung entscheiden. Ein Kreuz bei einem siebten Vorschlag würde Ihren Stimmzettel jedoch ungültig machen.

Besteht jetzt Klarheit über das Wahlverfahren? – Ich stelle fest, dass das der Fall ist.

Dann kommen wir nunmehr zur Wahl.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang für die Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Frau Sandra Ahrens und Frau Marlies Marken, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Wir kommen zum Wahlgang.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. – Das ist der Fall.

Damit ist der Wahlgang beendet.

(B) Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 13.24 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 13.37 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl für die 6 Mitglieder des Staatsgerichtshofs bekannt.

78 ausgegebene Stimmzettel, 78 abgegebene Stimmzettel, 3 ungültige Stimmzettel, auf Herrn Wolfgang Arenhövel entfielen 70 Stimmen mit Ja, eine Stimme mit Nein und null Enthaltungen. Auf Herrn Uwe Lissau entfielen 68 Stimmen mit Ja, 3 mit Nein und null Enthaltungen. Auf Herrn Professor Dr. Alfred Rinken entfielen 69 Stimmen mit Ja, 2 mit Nein und null Enthaltungen. Auf Herrn Professor Dr. Eckart Klein entfielen 67 Stimmen mit Ja, 2 mit Nein und eine Enthaltung. Auf Herrn Professor Dr. Peter Huber entfielen

65 Stimmen mit Ja, 2 mit Nein und null Enthaltungen. Auf Herrn Professor Dr. Ulrich Preuß entfielen 64 Stimmen mit Ja, 2 mit Nein und 3 Enthaltungen. Auf Frau Mitra Razabi entfielen 7 Stimmen mit Ja, null mit Nein und eine Enthaltung.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Herr Wolfgang Arenhövel, Herr Professor Dr. Peter Huber, Herr Professor Dr. Eckart Klein, Herr Uwe Lissau, Herr Professor Dr. Alfred Rinken und Herr Professor Dr. Ulrich Preuß die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht haben.

Die Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs ist für den 21. November auf unserer nächsten Landtagssitzung vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir nun in die Mittagspause eintreten, darf ich Ihnen noch mitteilen, dass inzwischen interfraktionell vereinbart wurde, bei Tagesordnungspunkt 13, Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes, eine Debatte mit einer Redezeit von bis zu 5 Minuten durchzuführen. Außerdem wurde vereinbart, die Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs per Akklamation vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie jetzt in die Mittagspause entlassen und schlage Ihnen vor, dass wir uns um 15.00 Uhr hier wieder treffen. – Damit sind alle einverstanden.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.40 Uhr)

★

Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Enquetekommission „Zukunft der Schulbildung im Land Bremen“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Oktober 2007
(Drucksache 17/80)

Wir verbinden hiermit:

Schulentwicklung im Land Bremen – Einrichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“ der Deputation für Bildung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen, Die Linke und der FDP
vom 16. Oktober 2007
(Drucksache 17/100)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

(C)

(D)

(A) Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rówekamp.

Abg. **Rówekamp** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier hat einmal gesagt, die Bildungspolitik ist ein Teil von einer Kraft, die stets das Gute will und oft Probleme schafft. Ich finde, ganz offen, wenn man sich die bildungspolitischen Diskussionen hier in der Bremischen Bürgerschaft in den letzten Jahren anschaut, muss man sagen, der Mann hatte recht.

Fast alle hier im Parlament vertretenen Fraktionen hatten schon einmal die Gelegenheit, in der Regierungsverantwortung auf den bildungspolitischen Kurs unseres Bundeslandes Einfluss zu nehmen, zunächst natürlich und lange Zeit die Sozialdemokraten in ihrer Alleinregierung über viele Jahrzehnte, als Bremen bundesweit auch für die eine oder andere Schlagzeile gesorgt hat und die bildungspolitischen Debatten hier im Parlament eigentlich ziemlich klar vorstrukturiert waren.

Damals gab es die Gesamtschule in Bremen gesetzlich vorgeschrieben als Regelschule, es gab das pure Modell der Schulzentren für bestimmte Jahrgangsguppen und eine klare Absage an das durchgängige Gymnasium für leistungsbegabte und leistungsorientierte Schülerinnen und Schüler, was sogar dazu geführt hat, dass ein privates Gymnasium in Bremen als Gegenbewegung zu dieser Regierung gegründet wurde.

Wir haben dann eine Ampelregierung gehabt, in der auch die Grünen und natürlich auch die FDP die Gelegenheit gehabt haben, ihrerseits auf die Schulstruktur in Bremen und Bremerhaven Einfluss zu nehmen.

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Sonst hätten wir ja gar keine Gymnasien mehr! – Abg. Dr. Guldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach Gottchen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Situation gehabt, dass die Große Koalition über 12 Jahre in dieser Stadt auch bildungspolitisch notwendige Reformen aufgegriffen, angenommen und in Umsetzung gebracht hat. Ich will aus dieser Zeit einige ganz wichtige Projekte nennen, die aus meiner Sicht noch heute unverzichtbar sind für die Weiterentwicklung unseres Schulsystems.

Es war richtig, dass wir nach jahrzehntelanger Diskussion die Orientierungsstufe in Bremen und Bremerhaven abgeschafft haben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es war richtig, dass wir den Weg zurück gefunden haben, um leistungsbegabten und leistungsorientierten Schülerinnen und Schülern wieder die Möglichkeit zu geben, eine eher wissenschaftlich fundierte Ausbildung hoch anspruchsvoll an durchgängigen, auch städtischen Gymnasien zu durchlaufen. Ich halte das für zwingend erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren haben wir in mehreren Modellversuchen beispielsweise auch wichtige Reformvorhaben angenommen, die aus Sicht der CDU, das gebe ich an dieser Stelle zu, nicht immer unkritisch betrachtet worden sind. Ja, man kann in Bremen auch eine sechsjährige Grundschule sowie selbstverständlich auch die Sekundarschule als moderne Form der Gesamtschule besuchen, und wir haben neue Gesamtschulen im Land Bremen miteinander verabredet und auch umgesetzt.

Ich will damit sagen, dass wir alle, die in den letzten Jahren in Bremen Verantwortung getragen haben, auch Verantwortung für den Zustand unseres Schulsystems haben. Ich kann zumindest für die CDU sagen: Wir nehmen diese Herausforderung an, und ich sage ganz offen, auch in den Jahren der Großen Koalition hat es aus unserer Sicht in der Schul- und Bildungspolitik nicht nur Licht, sondern auch Schatten gegeben. Nicht alles, was die Große Koalition in diesen Jahren der Zusammenarbeit miteinander vereinbart hat, war richtig. Nicht alles, was wir miteinander vereinbart haben, ist unumstößlich und muss bleiben.

Deswegen, glaube ich, ist die Zeit gekommen, dass wir nicht mehr so sehr aus parteipolitischer Orientierung heraus, aus den alten bildungspolitischen Grundsatzschlachten der vergangenen Jahre versuchen sollten, Bildungspolitik zu formulieren, sondern dass wir, wie andere Länder es uns vorgemacht haben, nicht mehr die Ideologie in den Vordergrund der Debatte stellen, sondern die, um die es geht, nämlich die Kinder, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie uns nicht versuchen, ein Bildungssystem zu finden, das unseren parteipolitischen Vorstellungen am ehesten entspricht, sondern lassen Sie uns gemeinsam versuchen, ein Bildungssystem zu finden, einzurichten, umzusetzen und kritisch zu evaluieren, das den Interessen der in Bremen wohnenden Schülerinnen und Schülern, ihren Begabungen und ihren Leistungen, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihren Erwartungen und den Wünschen ihrer Eltern am ehesten entspricht. Ich biete Ihnen an, dass wir in den bildungspolitischen Diskussionen der nächsten Monate nicht die Ideologie in den Vordergrund stellen, meine Damen und Herren, sondern das Wohl der in Bremen und Bremerhaven lebenden Kinder.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Dieses Parlament, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat seit der Möglichkeit der Bildung einer Enquetekommission von dieser Möglichkeit noch nie Gebrauch gemacht. Deswegen ist der Anspruch, das erste Mal die Einrichtung einer solchen Kommission zu beantragen, natürlich hoch. Alle sagen, das erste Mal muss aber sitzen! Ich glaube, dass wir mit der Chance, parteiübergreifend und ideologiefrei miteinander eine gemeinsame Bildungsinfrastruktur zum Wohle unserer Kinder in den beiden Städten unseres Landes zu vereinbaren, eine hervorragende Gelegenheit haben, das erste Mal eine Enquetekommission hier im Parlament mit Leben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die CDU-Fraktion auf einer Klausurtagung, in der wir, das gebe ich ganz offen zu, lebhaft gestritten haben, auch um den richtigen Weg, und in der auch Vorbehalte ausgeräumt werden mussten, weil viele sich natürlich noch an die Schulstrukturdebatten der Siebziger- und Achtzigerjahre auch hier im Parlament erinnern haben, sich dazu durchgerungen zu sagen: Jawohl, wir glauben, dass es ein Grundmaß an Übereinstimmung zwischen den hier im Parlament vertretenen Parteien geben kann, und ich füge hinzu, verdammt noch mal auch geben muss, um in dieser Situation unserer Schulinfrastruktur gemeinsame Regeln und Strukturen zu verabreden zum Wohle der Kinder und ihrer Ausbildung.

(B)

Deswegen haben wir mit dem Ihnen vorliegenden Enqueteantrag nichts abgeschrieben, was in unseren Parteiprogrammen steht. Wir haben uns auch nicht sozusagen darin bemüht, uns für das zu belobigen, was wir in den letzten 12 Jahren mit Ihnen gemeinsam, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, hinbekommen haben. Wir haben auch ganz bewusst nicht über die Ergebnisse der Bildungspolitik gestritten, obwohl man natürlich nach jeder Periode der Regierung Bilanz ziehen kann. Man kann nach der Periode der Alleinregierung der Sozialdemokraten Bilanz ziehen und fragen, ob das der richtige Weg war. Man kann nach der, wenn auch nur kurzen, Etappe der Ampelregierung Bilanz ziehen und fragen, ob dort eigentlich alles richtig gemacht worden ist.

So kann man jetzt natürlich auch nach 12 Jahren Großer Koalition Bilanz ziehen und fragen: Was habt ihr eigentlich im Saldo richtig, und was ist von uns vielleicht falsch gemacht worden? Aber ich sage noch einmal, diese bildungspolitischen Schlachten, die auch immer sehr grundsätzlich geführt werden, bringen uns meiner Ansicht nach nicht weiter. Ich sehe die Chance, dass wir auch in Anbetracht der Situation an den Schulen einen gemeinsamen Weg finden, uns auf ein verlässliches, engagiertes, leistungsbereites, aber auch soziales Schulsystem miteinander verständigen können.

Wie ist die Situation zurzeit in der Schulstruktur? Ich glaube, ehrlich gesagt, sehr geehrte Frau Senatorin, außer Ihnen und den Bildungsdeputierten überblickt kaum noch jemand die Bildungsinfrastruktur in unserem Bundesland. Ich mache die Erfahrung, wenn ich mit Eltern rede, dass sie teilweise völlig desorientiert darüber sind, insbesondere nach der vierjährigen Grundschule, welche Optionen sie jetzt eigentlich für die Möglichkeit der Weiterbeschulung ihrer Kinder haben. Sie müssen im Prinzip alle Einführungsveranstaltungen weiterführender Schulen besuchen, um sich einen Überblick zu verschaffen über die jeweiligen Profile, über die jeweiligen Leistungsmöglichkeiten, die Unterrichtsformen, über das Konzept, das hinter der Bildung steckt, und über die Chancen, die ihre Kinder am Ende des Besuchs dieser gemeinsamen Schule haben.

(C)

Deswegen sage ich auch selbstkritisch, diese Vielgliedrigkeit unserer Schulinfrastruktur in Bremen und Bremerhaven ist ein Mangel in unserem Schulsystem. Es ist zu unübersichtlich für die Eltern, es frisst zu viele Ressourcen bei den Lehrerinnen und Lehrern, und es fördert und fordert die Kinder nicht da, wo sie gefördert und gefordert werden müssen. Wir brauchen ein klares, transparentes, übersichtliches, leistungsorientiertes und soziales Bildungssystem in Bremen, meine Damen und Herren, und wir haben die einmalige Chance, das miteinander parteiübergreifend zu verabreden.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Ich habe mit viel Freude gelesen, dass sich der Senat insbesondere auch in dieser Legislaturperiode dem Thema der Kinderarmut noch stärker widmen will, als es bisher der Fall ist. Niemand von uns kann akzeptieren, dass die Anzahl derjenigen Kinder, die in finanzieller und sozialer Armut in Bremen und Bremerhaven leben, so exorbitant groß ist. Meine Damen und Herren, ich will es an dieser Stelle aber auch genauso deutlich sagen, es reicht dazu eben nicht allein, die Regelsätze für Kinder von Hartz IV-Empfängern anzuheben. Mit den paar Euro, sage ich Ihnen ganz ehrlich, ist den Kindern in ihren Zukunftschancen nicht geholfen.

(Beifall bei der CDU – Abg. R u p p [Die Linke] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Soziale Armut, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Kinderarmut insbesondere beginnen ganz häufig mit Bildungsarmut, und dass ausgerechnet in einem Land wie Bremen, das über viele Jahre für bildungspolitische Innovation und Reformen, gleich welcher Art, gestanden hat, dass die hier lebenden Kinder am Ende die schlechtesten Chancen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, das muss uns doch alle dazu wachrütteln, dieses Problem gemeinsam zu bekämpfen, damit Kinder aus allen sozialen Schich-

(A) ten einen Zugang zu ihren Leistungen und Begabungen entsprechender Bildung und die Chance haben, ihr Leben aus eigener Kraft und eigenen finanziellen Mitteln entsprechend zu finanzieren.

Wir wollen, dass jedes Kind in Bremen und Bremerhaven eine Chance hat, eine gute Bildung zu erfahren, damit es aus diesem Kreislauf des Bezugs von Sozialhilfe und staatlichen Transferleistungen herauskommt. Wir wollen den Kindern in unserem Land wieder eine Chance geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Abg. **Röwekamp** (CDU): Gern, ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Ich habe Sie jetzt nicht ganz richtig verstanden. Sind Sie gegen eine Erhöhung der Regelsätze für ALG II, weil sie Ihnen zu niedrig erscheinen, und wären Sie dafür, wenn sie zu hoch wären, oder ist es so, dass Sie sagen, wir sind für eine Erhöhung der Regelsätze, aber das kann allein nicht ausreichen?

(B)

Abg. **Röwekamp** (CDU): Wissen Sie, Herr Rupp, an dieser Stelle zeigt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen Ihrer Position und meiner. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich Armut nicht dadurch bekämpfen lässt, dass man staatliches Geld verteilt. Das ist meine feste Überzeugung!

(Beifall bei der CDU)

Ich füge in dieser Deutlichkeit hinzu: Das dafür aufgewendete Geld wäre häufig in der Investition für die Bildung der davon betroffenen Kinder besser aufgehoben als bei ihren Eltern, das ist meine feste innerliche Überzeugung.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen will ich mit Ihnen nicht streiten über Regelsatzanpassung, sondern ich will mit Ihnen über ein für Bremen und Bremerhaven und für die hier lebenden Kinder optimales Schulsystem reden. Wir haben Ihnen die Hand gereicht mit unserem Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission, und ich will noch einmal kurz begründen, warum wir diesen Weg für richtig halten und nicht den Weg, den die Bildungsministerin vorgeschlagen hat und den die Koalition jetzt in das Parlament eingebracht hat, einen Unterausschuss der Bildungsdeputation einzurichten.

Erstens glaube ich, dass dieses Thema von so erheblicher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist, dass es in einem Unterausschuss einer Deputation nicht zu bewältigen und nicht zu bearbeiten ist, meine Damen und Herren. Es muss ganz nach oben auf die Tagesordnung, und das können wir durch die Aufwertung einer Enquetekommission gemeinsam erreichen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Grund ist der, dass ich glaube, es ist richtig, dass wir nicht im eigenen Saft schmoren, sondern dass wir uns Sachverstand von außen holen und uns beraten lassen, dass wir Brücken bauen zwischen dem unverändert ja Bestehenden, auch Ideologischen, das uns trennt. Aber ich bin sicher, es gibt Wege, die diese Gräben, die es immer noch gibt, miteinander überwinden können.

Gibt es da etwas Besseres, als den Rat von Sachverständigen einzuholen? Ich lege Wert darauf, dass wir über die künftige Bildungsinfrastruktur nicht anhand unserer Parteiprogramme diskutieren, sondern dass wir mit externem Sachverstand versuchen, zu einer gemeinsamen und gerechten Lösung zu kommen, die wir auch alle gemeinsam tragen können.

(Beifall bei der CDU)

Dafür gibt es aus meiner Sicht einige grundsätzliche Voraussetzungen. Einen Punkt will ich noch ansprechen, der für die Enquetekommission spricht. Ich glaube, dass es auch ein Signal wäre, dass nicht die durch den Koalitionsvertrag in eine Richtung bereits gebundene Bildungsministerin den Vorsitz einer solchen Kommission hat. Frau Jürgens-Pieper hat ja schon in mehreren Interviews in der Zeitung ihre bildungspolitische Idealvorstellung bekannt gegeben. Es ist doch ausgeschlossen, dass wir mit dieser Senatorin als Vorsitzende dieses Unterausschusses eine offene Diskussion darüber führen können, wie es in Bremen mit der Bildungsinfrastruktur und -landschaft weitergehen soll.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Sie ist doch ideologisch festgelegt, sie ist gebunden durch den Koalitionsvertrag, den Sie miteinander verabredet haben. Sie ist nicht frei in ihrer Entscheidung darüber, welche Struktur wir in Zukunft in Bremen den Eltern in erster Linie vorschlagen wollen. Deswegen sage ich, den Vorsitz einer solchen Kommission, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss ein unabhängig gewählter Parlamentarier haben! Deswegen sage ich, das ist ein wichtiger weiterer Grund dafür, eine Enquetekommission in Bremen zu der Bildungsinfrastruktur einzurichten.

(Beifall bei der CDU)

(A) Es gibt eine Sache, die uns neben dem Weg trennt, ob wir einen Ausschuss oder eine Enquetekommission einrichten. Ich habe im Übrigen bis heute nicht gehört, warum es keine Enquetekommission geben soll. Aber ich bin gespannt auf die Debatte aus den anderen Fraktionen.

Es gab auch in den letzten Tagen Verhandlungen darüber, was passiert, wenn die CDU – was ja offensichtlich erkennbar ist – sich in dieser Debatte nicht mit dieser aus meiner Sicht idealen Einrichtung einer Enquetekommission durchsetzt. Was passiert dann eigentlich mit der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Meinungsbildung zur Bildungsinfrastruktur?

Wir haben, Herr Dr. Sieling – ich will es offen sagen –, in den letzten Tagen miteinander kommuniziert, ob es einen Weg gibt, wie wir einen gemeinsamen Weg finden, wenn wir uns sozusagen auf Plan A der CDU, gemeinsame Enquetekommission mit externem Sachverstand, nicht verständigen können. Wir haben, wie ich finde, sehr konstruktiv miteinander beraten. Wir hatten uns auch fast geeinigt.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Stimmt! – Glocke)

Es hat am Ende – ich bin gleich fertig, Herr Präsident!

(Abg. Frau Troedel [Die Linke]: Frau Präsidentin!)

(B) Frau Präsidentin, Entschuldigung! – an einem Punkt gelegen, den wir seit der Regierungsbildung bei den Sozialdemokraten vermissen und von den Grünen gar nicht erst erwartet haben,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Aber alle anderen Fraktionen sehen es auch so!)

das will ich an dieser Stelle sagen, dass Sie, sehr geehrter Herr Dr. Sieling, nämlich bis heute kein klares Bekenntnis dazu abgegeben haben, dass es auch in Zukunft in Bremen und Bremerhaven die Möglichkeit geben soll, leistungsbegabte Kinder im durchgängigen Gymnasium zu bester schulischer Bildung auszubilden! Dieses Bekenntnis fehlt von Ihnen bis heute, Herr Dr. Sieling!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in dem jetzt geänderten, mit unseren Vorschlägen teilweise übernommenen Antrag auch an Gymnasien schreiben – ich will noch einmal sagen, auch in Richtung FDP –, dann lässt der von Ihnen vorgesehene Formulierungsvorschlag ausdrücklich zu, dass es in Zukunft in Bremen einen gemeinsamen Unterricht verpflichtend für alle Kinder bis Klasse 10, die klassische Gesamtschule der Siebzigerjahre der Sozialdemokraten, geben wird, sodass das Gymna-

sium nur noch aus der gymnasialen Oberstufe der Jahrgangsstufen 11 bis 13 besteht. Dazu sage ich ganz klar für die CDU: So lange Sie an dieser ideologischen Schiene festhalten, sind wir – –.

(C)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Haben wir nie gesagt!)

Frau Jürgens-Pieper hat gesagt, das Modell der Zweigliedrigkeit könne nur ein Übergang sein. Wir wollen am Ende einen zehnjährigen gemeinsamen Unterricht und dann eine gymnasiale Oberstufe, meine Damen und Herren. Das ist der Weg, den mag die FDP mitgehen, aber für die CDU erkläre ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich: Das ist nicht der Weg, den wir gemeinsam gehen können! Das ist unsere Bedingung!

(Beifall bei der CDU)

Da hätte ich mir auch entsprechend mehr Offenheit erwartet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herr Dr. Buhlert, ich nehme an, Sie melden sich, dann können wir darüber debattieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit einem weiteren Zitat schließen, in diesem Fall von Alfred Herrhausen, der gesagt hat: „Es ist kein Luxus, Begabte zu fördern. Es ist ein Luxus, und zwar ein sträflicher, dies nicht zu tun.“ In dem Sinne, glaube ich, müssen wir eine Grundlage dafür schaffen, dass wir eine Bildungsinfrastruktur finden, die allen Schülerinnen und Schülern eine gerechte und faire Chance auf einen guten und qualifizierten Bildungsabschluss in Bremen und Bremerhaven gibt. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen, hat am 10. Juli 2007 in seiner Regierungserklärung schon angekündigt, dass ein Schulentwicklungsplan vorgelegt wird.

Bildung ist eine Investition in die Zukunft, und eine gute Schulausbildung ist in der heutigen Gesellschaft von großer Bedeutung. Daher würde ich mir wünschen, dass künftig Bildung in den öffentlichen Haushalten nicht mehr als Kosten, sondern als Investition eingestuft wird.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Zurückgehende Zahlen, zum Beispiel als Folge des demografischen Wandels, werden unter unserer Regierung nicht für eine Sparpolitik dienen, sondern müssen zur Verbesserung des Schulwesens genutzt werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin etwas erstaunt, Herr Röwekamp, wie Sie im Augenblick über die Große Koalition gesprochen haben. Ich finde, die Große Koalition hat während der vergangenen Legislaturperioden einiges zur Weiterentwicklung des Schulsystems in Bremen auf den Weg gebracht.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Das wissen wir!)

Trotz der schwierigen Haushaltslage wurden umfangreiche Fördermaßnahmen umgesetzt; es wurde viel in die Sanierung der Bremer Schulen investiert, auch die Anzahl der Ganztagschulen wurde in den vergangenen Jahren erhöht, Haupt- und Realschule wurden zur Sekundarschule zusammengefasst, und darüber hinaus führten gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität, so zum Beispiel Englisch ab Klasse drei. Wir haben uns auch beim „Vera“-Test im Schuljahr 2003/2004 auf einen Mittelfeldplatz verbessert. Die Einführung der Möglichkeit, das Abitur nach 12 Schuljahren abzulegen, bietet Schülerinnen und Schülern die Chance, früh eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen.

(B)

Es ist aber auch allen hier im Hause bewusst, dass wir das bremische Bildungssystem weiterentwickeln müssen. Die nach dem Bekanntwerden der ersten für Bremen nicht besonders erfreulichen PISA-Ergebnisse eingeleiteten Maßnahmenbündel waren ein guter Anfang auf dem Weg zur Besserung. Diese und weitere Maßnahmen wollen wir mit dem Schulentwicklungsplan weiter ausbauen. In dieser Planung sollen Entwicklungsaufträge zusammengeführt werden, die bildungs- und schulpolitische Reaktionen auf die bremischen Ergebnisse internationaler Vergleichsuntersuchungen, insbesondere der PISA-Studien, darstellen. Vorrangig soll aber die kritische Kopplung von Sozial- und Migrationsstatus und Bildungserfolg verringert werden.

Der aktuelle OECD-Bericht, meine Damen und Herren, belegt auch noch einmal die hohe Abhängigkeit vom Bildungserfolg und sozialer Herkunft. In keinem anderen Industriestaat ist die Korrelation so hoch. Dafür ist laut OECD-Bericht im Übrigen auch die frühe Aufteilung von Zehnjährigen mitverantwortlich.

Es ist unser Ziel, gemeinsam mit den Eltern, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch externen Experten, Herr Röwekamp, Leitlinien, Vorschläge und ganz konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um eine zügige Verbesserung des bremischen Schulsystems voranzubringen. Die Ver-

besserung soll zudem unter Einbeziehung aller Schularten erfolgen, damit jedes schulpflichtige Kind eine Chance auf eine gute Schulbildung bekommt. Sinnvoll ist dafür ein überparteilicher, transparenter und offener Prozess, dessen Fundament wir heute mit unserem Antrag legen.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir müssen es schaffen, die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Schulerfolg zu entkoppeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der FDP)

So muss die Beteiligung aller Kinder, egal, aus welchem Elternhaus oder Stadtteil, an sämtlichen Bildungsangeboten gesteigert werden. Darüber hinaus müssen wir die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit unseres Schulangebotes verbessern, es gilt der Grundsatz: Anschluss statt Ausschluss, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir müssen es auch schaffen, die Anzahl der Wiederholer, Schulabbrecher und der Schulverweigerer zu reduzieren. Aber auch die Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht gehört zu unseren zentralen Zielen. Bürokratie muss an den Schulen abgebaut und der Fokus mehr auf die Qualität und den Unterricht gelenkt werden!

(D)

Gestützt auf Daten zur Leistungsfähigkeit und zur Situation der bremischen Schulen sowie auf aktuelle Ergebnisse der Unterrichts- und Schulforschung ist die Leistungsfähigkeit der Schulen und des Schulsystems zu verbessern. Die Leistungsfähigkeit bemisst sich zum Beispiel an der Quote erfolgreich abgeschlossener kontinuierlicher Schullaufbahnen und gelingender Abschlüsse in der akademischen oder beruflichen Ausbildung. Sie bemisst sich weiter am Grad der Bildungsbeteiligung, also am Maß der Verringerung sozialer Kopplung und Erhöhung qualifizierter Abschlüsse.

Meine Damen und Herren, der Schulentwicklungsplan soll daher auch auf die konsequente Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht nach dem Leitbild, Schulen mit hoher Qualität für alle, gerichtet sein!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Darüber hinaus soll die Weiterentwicklung des bremischen Schulsystems eine tragende Rolle spielen.

- (A) Dabei finden wir es wichtig, dass Kinder so lange wie möglich gemeinsam unterrichtet werden können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das können wir durch eine Reduzierung der Vielgliedrigkeit erreichen. Aber auch Bereiche wie die Stärkung der frühen und individuellen Förderung von Kindern, die Verbesserung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und vor allem die Sicherung der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern müssen hier berücksichtigt werden und dürfen auf keinen Fall zu kurz kommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Schließlich müssen wir auch die stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder, Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen stärken. Dazu gehören auch außerschulische Kooperationspartner wie Kitas, Institutionen der Jugendhilfe, Weiterbildungsträger, Vereine, Kirchen, örtliche Betriebe sowie vernetzte Beratungsinstitutionen. Wir müssen es schaffen, ein regional ausgewogenes Schulangebot zu sichern, und dazu müssen wir uns die unterschiedlichen Ausgangslagen, auch in den Stadtteilen, anschauen.

- (B) Meine Damen und Herren, klar ist doch, dass jede Schülerin und jeder Schüler gute Bildungsangebote erhalten soll und es dabei egal sein muss, in welchem Bremer Stadtteil sie oder er die Schule besucht. Wir benötigen eine gleichmäßige Verteilung attraktiver und abgestimmter Angebote in der Stadt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Im Übrigen: Gute Ganztagschulen leisten einen großen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, deshalb müssen wir uns neben der Neueinrichtung von Ganztagschulen auch mit deren Weiterentwicklung beschäftigen, meine Damen und Herren.

In die Arbeit des Fachausschusses – nicht Unterausschuss –, den die Deputation für Bildung einsetzen soll, sollen sich als ständige Gäste die Vertretungsorgane der Eltern, Schülerinnen und Schüler und der Lehrer einbringen. Zur Unterstützung der Arbeit sollen darüber hinaus externe Experten gewonnen werden. Für öffentliche Diskussionen und Vorträge zu wichtigen inhaltlichen Schwerpunktbereichen sollen ebenfalls Fachleute eingeladen werden. Wir halten daher den Weg, über einen überparteilichen, transparenten und offenen Prozess zu gehen, für richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf den Antrag der CDU zur Einsetzung einer Enquetekommission eingehen. Eine Enquetekommission finde ich weniger basisnah.

(C)

(Lachen bei der CDU – Abg. R o h m e y e r
[CDU]: Weniger ideologisch!)

Die Ideologie haben wir aus der Presse entnommen. Herr Röwekamp hat ja die Bildungspolitik als Schlachtfeld für die Opposition auserkoren.

(Beifall bei der SPD)

Das haben wir in der Presse schon wahrgenommen, Herr Röwekamp! Sieh dann hier hinzustellen und für einen überparteilichen Prozess zu plädieren, das finde ich etwas abenteuerlich.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nachdem Sie mit dem Koalitionsvertrag die Kriegserklärung ausgesprochen haben!)

Ich glaube, das kommentiere ich jetzt nicht!

(Unruhe – Glocke)

Möchten die beiden Fraktionsvorsitzenden vielleicht draußen das Gespräch weiterführen, während ich vielleicht fortfahren kann?

(D)

Die Ergebnisse aus der Enquetekommission in Hamburg liegen vor, und wir finden es auch wichtig, diese im Prozess zu beraten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die CDU-Fraktion anscheinend nicht! Wir plädieren jedoch insgesamt dafür, keine frühe Sortierung von Kindern vorzunehmen. Dass dies ein richtiger Weg ist, das bestätigen uns auch internationale Bildungsstudien. Das von der CDU im Übrigen favorisierte Zwei-Säulen-Modell geht jedoch davon aus, dass man Kinder in zwei Begabungsstufen einteilen kann, und zwar mit der Ausrichtung, auf der einen Seite einen praxis- und berufsorientierten Abschluss und auf der anderen Seite einen wissenschaftsorientierten Abschluss anzustreben.

Wir wissen aber auch heute, meine Damen und Herren, dass viele Grundschulempfehlungen falsch sind oder einfach nicht den Begabungen der Kinder entsprechen, Gott sei Dank korrigieren das einige Eltern. Wir wollen uns nicht von vornherein auf ein Zwei-Säulen-Modell, das in Hamburg im nächsten Jahr eingeführt wird, festlegen. Stattdessen müssen wir uns anschauen und beraten, inwiefern welches Modell auf Bremer Verhältnisse übertragbar ist.

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir beginnen hier heute, meine Damen und Herren, einen ergebnisoffenen Prozess. Es bringt daher nichts, jetzt eine intensive Debatte über die Schulstruktur zu führen und sich im Vorfeld über mögliche Ergebnisse zu streiten. Es gibt, und das ist hier auch erwähnenswert, mehrere Punkte aus dem Antrag der CDU, bei denen Übereinstimmungen festzustellen sind. Im Übrigen gibt es in unserem Antrag auch eine klare Aussage zu den Gymnasien. Aber es gab auch Schriftverkehr zwischen den Fraktionsvorsitzenden der CDU und unserer Fraktion und dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen.

Es gab einen regen Austausch. Wir sind der CDU in vielen Punkten entgegengekommen, das hat Herr Röwekamp eben auch noch einmal bestätigt. Trotzdem ist keine Einigung erzielt worden. Mit der FDP und der Linken sind die Beratungen gemeinsam erfolgreich verlaufen, deshalb liegt Ihnen heute hier ein gemeinsamer Antrag vor.

(Abg. F o c k e [CDU]: Herzlichen Glückwunsch!)

Die CDU hat in der Öffentlichkeit gesagt, dass nachhaltige Schulentwicklung, ich glaube, Herr Rohmeyer, das waren Sie, nur Sinn macht, wenn sie von allen getragen wird, und dass der Zeitpunkt von 5 Fraktionen im Parlament günstig dafür sei, einen Anfang zu machen. Ich fände es daher schade – –.

(B) (Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

Wir müssen es jetzt hier nicht polemisieren –, wenn die CDU sich nicht dazu durchringen kann, dem Antrag für die Errichtung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“, den hier 4 von 5 Fraktionen im Parlament vorgelegt haben, zuzustimmen.

An dieser Stelle möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion den Fraktionen vom Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke für die konstruktive Zusammenarbeit für diesen Antrag danken!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Ich glaube, dass dies ein guter Anfang und ein weiterer wichtiger Schritt für die Bildungspolitik im Land Bremen ist! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Ihnen wird es nicht gelingen zu erzählen, dass die

FDP für die Abschaffung des durchgängigen Gymnasiums sei. Das glauben nicht einmal die Koalitionsfraktionen oder Die Linke, und durch eine Wiederholung wird es auch keine Wahrheit. Wir wollen offen diskutieren, und diese Offenheit ist auch in dem Antrag, den wir mit unterzeichnet haben, enthalten.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Sie kennen die Geschichte, Sie sind darauf eingegangen, es war auch der Verdienst der FDP, die sich damals in der Ampelzeit für den Erhalt durchgängiger Gymnasien und für die Einrichtung weiterer durchgängiger Gymnasien eingesetzt hat. Darauf sind wir stolz, denn die Geschichte ist etwas, auf das man stolz sein kann, und wir werden weiter für solch eine Politik streiten, gleichzeitig wollen wir das gemeinsam in einem offenen Prozess tun, in einem Prozess, bei dem man sich nur fragen muss, wo und an welcher Stelle wir Parlamentarier es gemeinsam fachlich mit den Experten und der Behörde in sinnvoller Weise diskutieren.

Es ist für mich eigentlich eine ganz pragmatische Entscheidung, es dort anzusiedeln, wo es organisatorisch am besten erscheint. Das muss man nicht überhöhen mit der vermeintlichen Höhe einer Enquetekommission oder der Frage, ist es besser bei der Deputation, sondern man kann es rein pragmatisch beantworten. Wir finden, die Ansiedlung im Bildungsressort bei der Deputation mit dem Weg über die Deputation, den Senat bis in die Bürgerschaft ist der richtige Weg.

Wenn hier schon einiges angedeutet steht, mag es sein, dass Sie das eine oder andere da hineininterpretieren. Man kann es erstens völlig anders sehen, und zweitens ist es ein Prozess, den wir starten, bei dem ich noch nicht weiß, an welcher Stelle wir herauskommen.

(Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

Ich habe da meine Befürchtungen, wir können auch gern darüber diskutieren, ob wir am Ende als FDP dem Ergebnis, das die Koalition dann sicherlich mit Mehrheit verabschieden wird, zustimmen werden. Das ist eine ganz andere Frage. Über diese stimmen wir aber heute nicht ab, sondern wir stimmen heute über den Ausschuss ab, und dafür sind wir.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Es ist schon viel gesagt worden über die Frage der vielen Verbesserungsbedarfe im Bildungssystem in Bremen und in Bremerhaven. Es gibt die Pisa-Testergebnisse und die Testergebnisse aus anderen Vergleichstests, und wir wissen alle, dass wir allesamt in der Verantwortung stehen, etwas Besseres zu ma-

(C)

(D)

- (A) chen, und zwar wegen der Schüler und Schülerinnen, denen wir eine bessere Chance in der Zukunft geben müssen. Dafür müssen wir aktiv werden und vernünftige Antworten finden. Wir müssen zu einer Verzahnung von Grundschule und Kindergarten kommen, es besser machen und dort entsprechende Akzente setzen.

Wir müssen diskutieren, wie wir es erreichen, dass in mehr Grundschulen jahrgangsübergreifender Unterricht stattfindet, um dort miteinander zu arbeiten und den Kindern bessere Chancen zu geben, die Kinder also individuell zu stützen und zu fördern. Wir müssen dazu kommen, dass in allen Schulen Leistung anerkannt wird. Da ist es aus meiner Sicht zu kurz gedacht, dass Leistung anscheinend für einige Parteien hier im Hause nur am Gymnasium stattfindet.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Es ist doch so, dass wir individuell die Leistung in jeder Schulart und Schulstufe entsprechend fordern und sehen müssen, dass auf Leistung in den Schulen gesetzt wird. Wir müssen anerkennen, wenn dort gearbeitet und auf jedes Kind individuell eingegangen wird, sodass es seine Chancen wahrnehmen kann. Nur wenn auf jedes Kind individuell eingegangen wird, dann hat es die besten Chancen. Das heißt eine ganz andere Art von Unterricht, als wir ihn alle kennen und kennengelernt haben.

- (B) Wir müssen eine Bildungspolitik gestalten, die nicht unbedingt die Zustimmung der breiten Gesellschaft findet, sondern die Zustimmung der Eltern und Schüler, denn diese sind davon betroffen, und für sie findet diese „Veranstaltung“, nämlich Schule, statt. Deswegen müssen wir auch sehen, was die Eltern und Schüler mögen.

Da haben wir im weiterführenden Bereich zwei Schularten, auf die sich konzentriert wird, und das müssen wir erst einmal wahrnehmen. Es gibt Gesamtschule und Stadtteilschule auf der einen Seite und durchgängige Gymnasien auf der anderen Seite. Mit dieser Realität müssen wir umgehen, und dafür müssen wir Antworten finden, daran kommen wir nicht vorbei.

Da bin ich auch nicht bei Wunschträumen, die die Bildungssenatoren einmal geäußert haben, sondern ich frage: Was können sich Eltern und Schülern vorstellen? Das werden wir auch mit diskutieren und dann dafür sorgen müssen, dass es in allen Schulformen, auch am Gymnasium, eine Berufsorientierung gibt.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Wir wissen doch, dass ein Großteil der Abiturienten eine Berufsausbildung anstrebt und nicht nur eine Hochschulreife mit entsprechender Studierfähigkeit

benötigt, sondern auch für einen Weg mit lebenslangem Lernen vorbereitet sein muss, entsprechend über einen Beruf, um dann immer noch die Frage beantworten zu können, studiere ich oder studiere ich nicht. Auch da müssen wir weitergehen!

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns auch überlegen, wie ist der Weg zur eigenständigen Schule zu schaffen, die wir immer mehr haben wollen. Wie realisieren wir es bei den verschiedenen Schulen? Auch dafür müssen wir Antworten finden in diesem Prozess. Wie wir ihn organisieren und wofür wir sind, habe ich dargestellt. Wir müssen dazu kommen, auch weiter Schule zu entwickeln im Sinne von, Freiheit für die Lehre in der Schule, sprich, wir müssen in der Schule das Ziel angeben, aber den Lehrern und Lehrerinnen die Verantwortung geben, diese Ziele zu erreichen. Das verstehen wir unter Freiheit der Lehre in der Schule!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines müssen wir sagen: Lehrer und Lehrerinnen haben es studiert und können es, und denen müssen wir vertrauen. Wenn Sie es nicht tun, müssen Sie sich die Frage stellen, wie Sie es anders organisieren wollen. Das möchte ich doch einmal bitte schön beantwortet wissen! Wir müssen doch denjenigen, die dafür eingestellt sind, diese Arbeit zu tun, als Erstes einmal zutrauen, das sie die Arbeit beherrschen. Dass es den einen oder anderen gibt, der dies besser kann als der andere, das ist normal, das haben wir überall im Berufsleben.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Wie in der Politik!)

Es ist wie in der Politik! Da haben Sie völlig recht! Es ist genau die Sichtweise, die wir haben und auf die wir eingehen müssen.

Wir müssen, und damit soll dann auch Schluss sein, weniger Abbrecher haben, weniger Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus, weniger Sitzenbleiber, und wir brauchen, das ist ein Ziel der FDP, das wir verfolgen, den Wettbewerb zwischen den Schulen. Deswegen benötigen wir auch weiterhin eine freie Schulwahl im Lande Bremen! In diesem Sinne werden wir uns konstruktiv an den Debatten im Unterausschuss oder im Fachausschuss, egal, wie wir es nennen, beteiligen, damit es besser wird, besser wird für die Schüler und Schülerinnen im Lande Bremen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand die Rede von Thomas Röwekamp in Teilen sehr gut, er hat sehr gut beschrieben, wie es Eltern geht, die ein etwa zehnjähriges Kind haben, das nach Klasse vier die Schule wechseln muss und vor welchen Herausforderungen die Eltern dann stehen. Es sind wirklich schwerwiegende Entscheidungen, vor die Eltern gestellt werden, und es ist nicht leicht zu entscheiden, ob ein Kind im Alter von zehn Jahren eher eine wissenschaftliche Laufbahn nehmen wird oder ob das Kind eher praktisch begabt ist.

Das ist auch ein Punkt, über den man reden muss. Ich fand es sehr gut, Thomas Röwekamp, dass Sie hier auch so offen eingeräumt haben, dass mit der Abschaffung der Orientierungsstufe jetzt nicht „alles in Butter ist“ im bremischen Schulsystem, dass nicht alle Entscheidungen der Großen Koalition das Beste bewirkt haben für Bremens und Bremerhavener Schülerinnen und Schüler, sondern dass es noch erheblichen Reformbedarf an Bremens Schulen gibt.

Weniger gut fand ich aber, wenn Sie einer Senatorin einen Vorwurf daraus machen, dass sie eine eigene Meinung hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ich finde es hingegen sehr gut, dass wir eine Senatorin haben, die eine eigene Meinung – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hatten wir das bisher nicht?)

Eine Senatorin, die auch eine eigene bildungspolitische Linie hat, an der man sich reiben und mit der man sich auseinandersetzen kann. Ich erachte das für diese Diskussion für ausgesprochen wichtig. Frau Jürgens-Pieper hat wirklich gute Erfahrungen, sie kommt aus dem Geschäft und ich glaube, dass das auch der Deputation und den Beratungen im Ausschuss nutzen wird.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hatte das ihr Vorgänger nicht?)

Gar nicht gut finde ich das Wort „Kriegserklärung“ in einer Debatte,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

bei der wir über bessere Bildung für die Schülerinnen und Schüler sprechen. Mir wäre es lieber, und ich biete es auch an, die Friedenspfeife auszupacken, liebe CDU.

(Zurufe von der CDU)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Wir haben uns bis zuletzt bemüht und es geschafft, mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP und der Linken in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Wir geben nicht auf, die CDU davon zu überzeugen, dass wir zusammenarbeiten müssen, und wir laden Sie herzlich ein in den Fachausschuss, für den wir uns aus vielen Gründen entschieden haben, dass Sie dort ganz eng mit uns zusammenarbeiten. Wir wollen, dass Sie da mitmachen, und wir brauchen Sie auch, weil Sie ganz wichtige Themenbereiche ansprechen und auch abdecken, die wir dort bearbeiten müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich finde es falsch, dass wir gleich den Krach anzetteln und sagen, die einen sind ideologisch, die anderen sind nicht ideologisch. An einigen Punkten sprach eben schon wieder die reine Ideologie, das kann man nicht vermeiden, und Sie wissen auch, dass ich für ein längeres gemeinsames Lernen stehe.

Sie sagen, man muss auf die Gymnasien aufpassen! Ich finde, wir müssen über beide Punkte reden, und das ist wichtig, auch deswegen, lieber Thomas Röwekamp, nicht jetzt gleich zerstreiten, sondern mitmachen in diesem Ausschuss! Kollege Güngör hat gesagt, es kommen bundesweite Experten, international anerkannte Experten sollen eingeladen werden, von denen wir alle profitieren können.

(D) Es ist klar, dass Bremens und Bremerhavener Schulen besser werden müssen, und man muss kein Prophet sein, im Dezember werden die neuen Pisa-Ergebnisse veröffentlicht, und Bremen wird nicht in der nationalen oder internationalen Spitzengruppe landen, aber es wird wahrscheinlich einen leichten Trend zur Besserung geben. Ich möchte hier anerkennen – ich höre schon Zwischenrufe von Ihnen, Herr Rohmeyer –, dass die Große Koalition in den letzten Jahren auch sehr wichtige Schritte in Richtung Qualitätsverbesserungen an Bremer und Bremerhavener Schulen eingeleitet hat, das möchte ich hier anerkennen! Was Sie aber von mir nicht hören werden, ist, dass ich sage, die letzte Schulreform war der große Wurf. Das war sie eben nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Wir müssen „dicke Bretter bohren“, oder wir müssen „eine harte Nuss knacken“. Für mich ist die große Nuss die soziale Kopplung der Bildungschancen im Land Bremen. Es muss Ziel aller Fraktionen sein, diese Ungerechtigkeit Schritt für Schritt – schneller wird es auch nicht gehen – zu beseitigen. Der Bildungserfolg hängt auch im Jahr 2007 vom familiären Hintergrund ab. Kinder aus armen Familien oder mit Migrationshintergrund haben es ungleich schwerer im Bremer Schulsystem, dabei ist Bremen ein Einwanderungsland. Ich möchte daran erinnern, dass 40 Pro-

(A) zent der Bremer Kinder Migrationshintergrund haben.

(Zuruf des Abg. D r . B u h l e r t [FDP])

Sogar 50 Prozent, ruft der Kollege Dr. Buhlert zu, das ist richtig! Darauf sind unsere Schulen und unser Schulsystem nicht genügend eingestellt, und wir müssen diese Herausforderung annehmen, denn wir können diese Talente, die dort zweifelsohne vorhanden sind, nicht verschwenden. Wir müssen die Kinder fördern, das ist eine große Herausforderung, die wir annehmen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Thomas Röwekamp hat absolut recht, begabte Kinder werden in Bremen zu wenig gefördert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

(B) Das ist eine Diskussion, die wir immer wieder aufnehmen müssen. Das hört man von den Eltern an den Gymnasien, aber das erfährt man auch von Eltern, deren Kinder auf den Gesamtschulen sind. Auch dort gibt es begabte Kinder, und wir müssen sehen, dass wir solch einen Unterricht anbieten, auch Angebote unterbreiten, wie diese Kinder ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten weiterentwickeln können. Manche Kinder lernen einfach schneller, andere brauchen mehr Förderung, aber alle Kinder haben einen Anspruch auf Förderung, und das darf auch diesen Schnelllern nicht verweigert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Aktuelle Zahlen zeigen im Augenblick zwar eine leichte Besserung bei der Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss in Bremen, im Jahr verlassen aber immerhin noch 8,9 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Schulabschluss. Das sind ungefähr 480 Jugendliche, die wir Jahr für Jahr in Bremen ohne Schulabschluss von der Schule wegschicken.

Daran kann ein Bundesland kaputtgehen. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Wir können es uns nicht leisten, Jahr für Jahr an die 500 Jugendliche ohne Schulabschluss von der Schule zu schicken, die wir dann für 40 Millionen Euro in teure Qualifizierungsmaßnahmen stecken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier müssen wir etwas tun. Wir müssen früher investieren, statt später zu reparieren. Das hat sogar Norbert Kluge, der Chef von McKinsey, gesagt, und

(C) ich finde, es ist ein ganz wichtiger Gedanke, der von der Wirtschaft in die Politik hineingetragen wird. Man muss die Kinder früh fördern, um später dann auch bessere Ergebnisse in der Breite zu erreichen, aber auch, um in der Spitze besser zu werden.

Tatsache ist, dass wir in Bremen im Augenblick nicht nur etwa drei, sondern mindestens fünf Schulformen in der Sekundarstufe I haben. Ein Stadtstaat wie Bremen leistet sich aus Sicht der Grünen also ein hoch differenziertes, teures System, das jedoch überhaupt nicht zum Erfolg führt. Bremens Schulen produzieren unzählige Abbrecher, darunter ist ein hoher Anteil an männlichen Migranten, und gleichzeitig verlassen zu wenige Jugendliche die Schule mit Abitur, auch das ist ein Defizit!

Andere europäische Länder schaffen Abiturientenquoten von 60 bis 70 Prozent. Bremen schneidet im bundesweiten Vergleich mit 33 Prozent immer noch gut ab, aber es muss an dieser Stelle auch besser werden. Wir brauchen auf dem Arbeitsmarkt viel mehr gut qualifizierte junge Leute, und wir benötigen eine fundierte Diskussion über die notwendigen Veränderungen des Bremer Schulsystems.

(D) Hierzu beantragen SPD und Grüne heute, gemeinsam mit den Kollegen von der FDP und den Linken, die Einrichtung eines Fachausschusses der Bildungsdeputation, der mit Unterstützung von Expertinnen und Experten nach konkreten Lösungen und Verbesserungsvorschlägen suchen und diese hier auch im Parlament vorstellen wird. Es ist aus unserer Sicht wichtig, auch Schüler und die Elternvertretungen einzubinden, sie möchten gern mitmachen, auch die Lehrer haben ein Interesse, mitzudiskutieren, und das soll alles in diesem Prozess gewährleistet sein.

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Diese Zeit haben die Kinder ja auch gar nicht!)

Es ist Zeit für eine Bestandsanalyse für das Schulsystem. Diesen Gedanken haben wir von der CDU aufgenommen. Bevor wir beginnen, müssen wir wissen, wo wir eigentlich stehen. Wie gut sind unsere Schulen, und wo sind unsere Schwachpunkte? Es ist aber auch Zeit, an einigen Punkten jetzt schon gegenzusteuern und nicht erst im Jahr 2009/2010. Das ist ein Punkt, über den auch Dissonanzen herrschen, die CDU wollte ein bisschen später anfangen, und die Koalition möchte jetzt schon beginnen zu arbeiten.

Ich finde, dieser frühe Termin setzt eher die Regierung unter Druck und ist gut für die Opposition hier im Haus. Wir haben gesagt, im Sommer 2008 sollen die Ergebnisse vorliegen, und Sie werden uns als Opposition hier im Haus auch daran messen müssen, ob wir es geschafft haben, aber wir sagen, es ist der richtige Zeitpunkt.

Aus Sicht der Grünen ist es wichtig, dass wir den Blick auf die PISA-Sieger richten. Ganz viele Studien belegen, eine frühe Trennung der Kinder bewirkt eine

(A) starke soziale Spaltung, und auch die Bremer Datentlage zeigt deutlich, längeres gemeinsames Lernen und eine spätere Trennung der Kinder erhöht die Chancengleichheit. Die PISA-Sieger erzielen dabei nicht nur bessere Ergebnisse in der Breite, sondern auch bei den Spitzenleistungen, und wir müssen alle an uns herankommen lassen, dass es so ist.

Sicherlich gibt es auch hervorragende Gymnasien, liebe CDU, die natürlich auch sehr gute Ergebnisse erzielen. Man muss aber auch feststellen, dass dort oft Kinder sind, die Eltern mit Abitur haben, die Nachhilfe bezahlen können, und dass sie insgesamt ein soziales Umfeld haben, das sie besser fördert, und dann ist es auch ganz klar, dass diese Schulen es leichter haben, Kinder voranzubringen.

Wir werden die deutsche Schuldebatte einbeziehen. In Deutschland hat die Diskussion über das Schulwesen eine erstaunliche Dynamik angenommen. In Hamburg setzt man nun auf die Zweigliedrigkeit, und es war auch der Vorschlag der CDU, dass wir diesen Weg aufgreifen. In Hamburg haben Grüne und SPD eine Enquete eingesetzt, und die CDU war dagegen, also ein bisschen verkehrte Welt.

(Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

(B) Wir haben als Koalition darüber gestritten, diskutiert und uns konstruktiv damit auseinandergesetzt. Ich habe mich überzeugen lassen, dass der Weg mit dem Fachausschuss der Bessere ist, weil er schneller und wendiger ist. Eine Enquete ist ein wenig sperrig, die frühere Koalition hatte sich schon ein paar Mal vorgenommen, eine Enquete zu machen, zum Beispiel zum Thema Jugendbeteiligung, die ist auch nie gestartet, aber ich denke, dieser Schulausschuss ist das richtige Mittel, um über das Thema Schulentwicklung zu sprechen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

In Hessen setzt man beispielsweise im Augenblick den Schwerpunkt auf die Verbesserung und Aufwertung der Hauptschule, deren Akzeptanzprobleme bundesweit unübersehbar sind. Ich kenne die Ergebnisse der Hamburger Enquete auch sehr gut, ich habe sie gelesen, so wie sicher auch die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen. Die Ergebnisse sind interessant, aber aus meiner Sicht ist das Zwei-Säulen-Modell kein Allheilmittel. Studien belegen, dass durch dieses System die soziale Spaltung der Schüler nach Herkunft nicht beseitigt wird,

(Zuruf des Abg. R o h m e y e r [CDU])

man geht jedenfalls Schritte, also haben die Experten gesagt, dass das Zwei-Säulen-Modell letztendlich doch dazu führt, dass sich bestimmte soziale Spaltungen auch weiter aufrechterhalten.

(C) Wir werden und wollen uns als Grüne für die gemeinsame Schule einsetzen und auch Sie von der CDU von der Idee überzeugen. Es geht nicht darum, die Schule für alle von oben durchzusetzen, das wollen auch wir nicht. Wir werden hier nicht hingehen, Herr Kollege Röwekamp, und sagen, wir schließen die Gymnasien. Das wird die Koalition nicht tun! Wir wollen in Bremen einen Prozess beginnen, und am Ende werden Entscheidungen stehen. Es wird aber nicht eine Entscheidung sein, das werden Sie heute auch von keinem hören, dass wir die Gymnasien schließen werden.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja, heute nicht!)

Wir wollen die Gymnasien weiterentwickeln, und die Schulen in die Verantwortung nehmen, jedes einzelne Kind zu fördern. Es hat auch nichts mit Einheitsschule zu tun. Wir werden versuchen, Sie zu überzeugen, und wir werden auch für diese Idee kämpfen, weil wir sie für einen richtigen Weg halten.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

(D) Gerade weil die Diskussion jetzt erst beginnt und auch weil die Gräben tief sind, ich weiß es, wird ein Kompromiss nicht einfach zu finden sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bleiben Sie bei Ihrer Linie! Sie haben gesagt, Sie wollen ernsthaft mit uns ins Gespräch kommen und mit uns zusammen einen Kompromiss suchen. Ich finde es gut, und ich meine, die CDU bewegt sich doch. In den letzten Jahren haben Sie ganz stark am gegliederten Schulsystem festgehalten. Dass Sie jetzt diesen Schritt in Richtung Zweigliedrigkeit machen, ist ein großer Schritt für die CDU. Ich erkenne es an, und auch die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen erkennen an, dass bei Ihnen eine schulpolitische Debatte begonnen hat. Das ist auch richtig, und wir wollen weiter darüber mit Ihnen diskutieren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Wir brauchen eine Schule im Land Bremen, die sozial gerecht und leistungsstark ist. Das ist ein ganz wichtiger Gedanke, der hier in mehreren Debatten und Beiträgen vorgetragen wurde. Unser Ziel bleibt dabei eine Schule, die die soziale Spaltung besser bekämpft und die bessere Leistungen der Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Ich glaube, was uns Finnland und Schweden vormachen – sie haben auch mit einem gegliederten Schulsystem angefangen, mit schlechten Ergebnissen und auch mit einer hohen Abbrecherquote –, dort hat man in einem gemeinsamen Konsens einen Weg gefunden, das zu lösen, mit guten Ergebnissen. Ich finde, wir dürfen nicht auf halbem Weg stehenblei-

(A) ben und die Grundfehler im Schulsystem erhalten. Wir wollen eine Diskussion mit Ihnen, und wir laden Sie herzlich ein. Hier habe ich alle anderen Fraktionen so verstanden, dass sie jetzt die Ärmel hochkrempeln und die Diskussion im Fachausschuss in kürzester Zeit beginnen kann. Dieser Ausschuss wird öffentlich tagen, und wir laden Sie herzlich dazu ein! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke *): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Parteiprogramme, die am Anfang zitiert worden sind – Herr Kollege Röwekamp hat ein bisschen weiter ausgeholt –, sind bei uns nicht ein Gegensatz zum Interesse der Kinder. Im Gegenteil, das Parteiprogramm ist dazu da, etwas im Interesse der Kinder zu tun. Das sollte eigentlich bei allen von uns so sein, und wir sollten nicht unsere Parteiprogramme diskreditieren, indem wir sagen, wir machen jetzt einmal gute Politik und nicht Parteiprogramme. Ich sage dies doch einmal vorab.

(B) Im Übrigen setzen wir auch nicht einfach nur eine Ideologie um, sondern wir haben gerade mit diesem Fachausschuss eher die Tendenz zu praktischer Politik. Wir sind deswegen gegen die Enquetekommission, weil wir schon weiter sind. Wir können jetzt bereits diesen Fachausschuss bilden, Stichwort „Ärmel aufkrempeln“, das geht in dieselbe Richtung. Parteiübergreifend haben wir mittlerweile einiges verstanden, und deswegen sind wir für einen solchen eher an der Praxisgestaltung orientierten Ausschuss. Eine Enquetekommission – um auch zu sagen, was daran schlecht ist – würde eben viel weiter ausholen und sagen, wir betrachten jetzt alles noch einmal ganz grundsätzlich – Herr Röwekamp, man könnte auch sagen, ganz ideologisch –, und das müssen wir jetzt gerade nicht haben, sondern wir wollen zur Anwendung kommen.

Dieser Fachausschuss hat aus diesem Grund mit unserer Unterstützung und Mitarbeit einige Punkte aufgeführt, die wirklich dem Stand der Wissenschaft entsprechen, auch wenn es noch nicht von allen so gesehen wird. Da ist unter anderem die oft zitierte Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg, die wir einfach als Auftrag an einen solchen Ausschuss geben müssen. Wir wollen nicht erst einmal ganz breit anfangen. Jetzt stellen wir uns einmal ganz doof, was ist eine Dampfmaschine? So sehe ich die Enquetekommission, und das müssen wir jetzt in dem Fall nicht haben.

Wir haben das Ziel, die Vielgliedrigkeit zu reduzieren und ein längeres gemeinsames Lernen zu er-

*) Vom Redner nicht überprüft.

möglichen. Meine Damen und Herren, wenn ich einmal etwas zur Zusammenarbeit in dieser Bildungsdebatte mit der CDU sagen darf, das ist hier auch Thema, weil wir gegensätzliche Anträge haben. Ich schätze es, wenn Sie zum Beispiel mit uns gegen die Stadtteilschule auftreten.

Sie haben mit einer Anfrage hier im Haus in einem Augenblick sogar die Nase schon einmal vorn gehabt, Sie haben sich gegen Billigkräfte statt Lehrer ausgesprochen, und Sie setzen sich für durchgehende Unterrichtsversorgung ein. Das finde ich alles gut, ich empfinde es als Unterstützung, und deswegen ist es umso bedauerlicher, wenn Sie etwa in der Frage gemeinsames Lernen die Sache anders sehen.

Um es vorher alles noch ein bisschen zu bewerten, man kann – Stichwort „Billigschule“, schlechte Versorgung und so weiter – neoliberale Experimente auch von der konservativen Seite her sehr zutreffend und fundiert kritisieren. Dagegen habe ich gar nichts, das unterstütze ich, aber in der Frage längeres gemeinsames Lernen kommt es mir so vor wie beim Klimawandel. Hier wird es ganz lange geleugnet, ich sage einmal analog zu George Bush, bis endlich, nachdem es überhaupt kein Vertun mehr gibt und sich die letzte Wissenschaftlerin und der letzte Wissenschaftler dieser Meinung anschließt oder sich fast zu 100 Prozent anschließt, dann auch die CDU beim Klimawandel dabei ist, und so wird es auch mit dem längeren gemeinsamen Lernen sein, darauf würde ich jede Wette eingehen.

(D) Bei der Kinderbetreuung für Kleinkinder war es ähnlich, auch da hat die CDU lange gebraucht. Jetzt ist sie mit dabei, und ich muss wohl sagen, es müssen erst die Unternehmerverbände in dieser Richtung Druck ausüben und auf die Durchsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse bestehen, bevor die CDU nachzieht. Es ist zwar krass gesprochen, aber ich fürchte, es muss erst so verlaufen. Dies also zum Thema längeres gemeinsames Lernen.

Wir haben hier in diesem gemeinsamen Antrag tatsächlich auch die Förderung der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien, nach dem Motto, kein Kind wird hier vernachlässigt, auch nicht von den Begabten, also von denjenigen, die begabter sind als andere oder günstigere Situationen zu Hause haben. Alle sollen gefördert werden, ganz klar! Wir haben die gemeinsame Schulung von Behinderten und Nichtbehinderten hier darin. Das ist ein wichtiger Auftrag, denn es ist bedauerlicherweise immer noch nicht umgesetzt worden und hängt leider an den dafür nicht bereitstehenden Ressourcen.

(Beifall bei der Linken)

Die Vertretungsorgane der Schüler, Eltern und Lehrkräfte einzubeziehen, dagegen ist wohl überhaupt nichts zu sagen. Das ist sehr wichtig, und wenn da nur Wissenschaftler reden würden, wäre es nicht zeitgemäß und entspräche nicht einer demokratischen

(A) Kultur, die wir hier eigentlich alle wollen. Wie gesagt, die externen Experten, die Sie möchten, die haben wir in dem Fall auch, und sie haben hier einen klaren Auftrag, weil wir in der Sache vorangehen wollen.

Noch ein persönliches Wort, um noch ein bisschen etwas Polarisierendes beizutragen zu dem, was gesagt wurde: Das zweigliedrige Schulsystem ist nicht viel besser als das dreigliedrige. Wir haben dann tatsächlich eine Fortsetzung einer sozialen Spaltung, die nicht nur ungerecht ist, sondern auch nicht mehr zeitgemäß. – Danke schön!

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe selten eine Bürgerschaftsdebatte über Bildungspolitik in den letzten Jahren erlebt, die so engagiert auf der einen Seite und auf der anderen Seite aber auch so sachlich und teilweise konsensual geführt worden ist. Ich finde, das ist ein guter Anfang dafür, dass wir es vielleicht doch schaffen, uns, in welchem Gremium auch immer, am Ende auf viele gemeinsame Positionen zu einigen. Dabei wird der eine oder andere sich bewegen müssen, das will ich an dieser Stelle sagen.

(B) Ich bin dankbar dafür, dass Frau Stahmann zum Beispiel gesagt hat, sie spürt, dass die Union sich ein bisschen bewegt, und ich wünsche mir, dass dieser Geist die Regierungskoalition vielleicht auch noch erreicht und ein Stück Bewegung Ihrerseits in die Debatte kommt. Ich will nur sagen: Wir wollen eine nicht ideologisch geprägte Debatte, die haben wir viel zu lange gehabt, sondern wir wollen uns auf ein an den Interessen der Kinder ausgerichtetes, reformiertes, breit akzeptiertes Schulsystem in Bremen möglichst gemeinsam verständigen. Ich sage zu, dass wir daran auch weiter mitarbeiten werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Jetzt sagen Sie: Stimmt doch unserem Fachausschussantrag zu! Ich sage natürlich zunächst einmal: Warum stimmen Sie eigentlich unserem Enquete-Antrag nicht zu? Ich habe bisher von Ihnen kein einziges schlüssiges Argument gehört, was dagegen sprechen soll. Die Bedeutung der Sache, die Einbeziehung des externen Sachverständigen und die Unparteilichkeit des Vorsitzes waren unsere Argumente zu sagen, wir machen eine Enquetekommission. Was spricht eigentlich dagegen, eine solche Kommission zu einem solchen gesellschaftspolitisch relevanten Thema hier in Bremen einzusetzen? Es spricht nichts dagegen, meine Damen und Herren, und deswegen sage ich: Geben Sie sich einen Ruck und versuchen Sie, diesen Weg zu gehen!

(Beifall bei der CDU)

(C) Wir haben Sie auch eingeladen, an den Zielsetzungen, an den Formulierungen, an den Vorstellungen und an der Zusammensetzung mitzuarbeiten. Wir haben den Antrag, bevor wir ihn eingereicht haben, den Fraktionen mit der Bitte zur Verfügung gestellt, uns Änderungen mitzuteilen. Leider war die Antwort eben eine Entscheidung gegen dieses Gremium und für einen Fachausschuss der zuständigen Deputation.

Herr Güngör hat sich gewundert, weshalb ich mit der gemeinsamen Politik der Großen Koalition teilweise kritisch umgegangen bin. Dass nun ausgerechnet Sie als SPD-Fraktion sich wundern, finde ich ein bisschen eigenartig, denn in den letzten drei Monaten habe ich fast gar nichts mehr von dem in Ihren Debattenbeiträgen gefunden, was irgendwie an die Zeit der Großen Koalition erinnern kann, obwohl wir viel Gemeinsames und Richtiges auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen vielleicht an dieser Stelle mit Friedrich Dürrenmatt antworten, der gesagt hat: Man darf nie aufhören, sich die Welt vorzustellen, wie sie am vernünftigsten wäre. Deswegen sagen wir als Union: Es gibt eine bessere Schule als die, die wir zurzeit in Bremen haben, und es gibt eine bessere Schule, wenn wir andere strukturpolitische Entscheidungen fällen und wir uns auch miteinander von bestimmten, bisher vorherrschenden Ideologien verabschieden.

(D) Ich sage noch einmal ausdrücklich: Es gibt aus der Vergangenheit viele unterschiedliche Positionen, wo die CDU sich bewegt hat. Ich will Ihnen beispielsweise sagen, dass es vor vielen Jahren fast unvorstellbar gewesen wäre, dass die Union sich so vehement wie jetzt, und nicht nur in Bremen, sondern bundesweit, auf die integrative Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern festlegt. Das war ein Weg, den die Union zurückgelegt hat, und ich sage ganz bewusst, ich habe damit auch eine eigene persönliche Erfahrung.

Ich habe das erste Mal einen Unterricht für körperlich und geistig behinderte Kinder gesehen, als ich Bildungspolitiker wurde. In meiner gesamten Schullaufbahn, im Übrigen unter sozialdemokratischer Alleinregierung, hat es dieses System der integrativen Erziehung von Kindern mit Behinderung mit Kindern ohne Behinderung nicht gegeben, und deswegen bin ich zum Beispiel persönlich im Schulalltag in völliger Isolation von behinderten Kindern aufgewachsen. Ich finde, es ist ein nicht zu quantifizierender Erfolg, dass es uns gelungen ist, dass Kinder heutzutage wie selbstverständlich aufwachsen können, egal, ob sie körperlich oder geistig behindert sind oder ob sie es nicht sind. Das ist ein guter und sehr großer Erfolg gemeinsamer Bildungspolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Die Union ist diesen Weg mitgegangen, und wir wollen daran auch nicht rütteln! Ich will aber genauso deutlich sagen, weil Sie ja gesagt haben, was uns eigentlich so misstrauisch macht bei unserem Antrag, das hängt vielleicht damit zusammen, dass in diesem Parlament keine Fraktion so lange gemeinsam mit den Sozialdemokraten regiert hat wie wir.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das stimmt!)

Ich will das einmal so deutlich sagen! Wir wissen, was sozialdemokratische Formulierungen bisweilen bedeuten, und deswegen schauen wir, Herr Kollege Dr. Sieling, sehr genau darauf, was in den Anträgen steht, bevor wir sie unterschreiben.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Das haben
Sie nie verstanden!)

Die FDP hat auch vier Jahre gemeinsam regiert, aber die Erfahrung, die wir haben, ist etwas breiter, sie ist etwas tiefer, und sie ist sozusagen von einem gesunden Misstrauen gegenüber sozialdemokratischer Formulierungskunst geprägt. Ich will aber gleichzeitig einräumen, das Misstrauen besteht vielleicht auch wechselseitig. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, was uns misstrauisch gemacht hat: Uns hat misstrauisch gemacht, dass im ersten Antragsentwurf dieser Koalition das Wort Gymnasium an keiner Stelle vorkam. Ich finde es gut, dass Sie sich in der Beratung mit uns dann darauf eingelassen haben, auch das Stichwort Gymnasium aufzunehmen.

(B)

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Stimmen Sie
jetzt auch dem Antrag zu?)

Das ist ein Stück Bewegung, das will ich ausdrücklich sagen. Ich finde aber, dass es noch nicht Bewegung genug ist, und ich habe weder dem Wortbeitrag von Frau Stahmann noch dem Wortbeitrag von Herrn Güngör entnehmen können, dass für Sie aus ideologischen Gründen nicht an dem durchgängigen Gymnasium gerüttelt werden soll.

Sie sagen, sie wollen das nicht heute entscheiden, aber ich sage, ich will es gar nicht entscheiden! Das durchgängige Gymnasium gehört genauso zu unserer Bildungsinfrastruktur wie der Ansatz, dass wir möglichst lange gemeinsam lernen. Wir sind bereit, uns unter Aufgabe vieler Positionen der letzten 30 Jahre für die Diskussion zu öffnen, zu sagen, jawohl, wir erkennen, dass es richtig ist, Kinder unterschiedlicher Begabungen und Neigungen in einer Säule des Schulsystems möglichst lange gemeinsam zu unterrichten. Wir sagen aber genauso, dass es auf der anderen Seite Kinder gibt, bei denen bereits nach der 4. Klasse feststeht, dass sie einen anderen Weg gehen als andere Kinder.

Es stimmt, es gibt viele Kinder, bei denen ergeben sich bestimmte Begabungen und Neigungen erst spä-

ter, und deswegen sage ich ja auch, es muss in beiden Systemen möglich sein, am Ende den höchsten Bildungsabschluss zu erzielen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Auch die Gesamtschule muss mit dem Abitur enden können, meine Damen und Herren! Deswegen wollen wir niemanden ausgrenzen, aber es ist richtig, wenn Richard von Weizsäcker zum Beispiel sagt, möglichst viele sollen möglichst viel wissen. Die sozialdemokratische Überzeugung ist doch aber, dass alle alles wissen sollen, und das gibt es nicht im deutschen Schulsystem. Das gibt es auch nicht in Skandinavien oder von wo Sie Ihre Experten auch immer holen. Wir müssen nicht ein System aus anderen Ländern kopieren, sondern wir müssen einen eigenen Weg für die Kinder in Bremen und Bremerhaven finden, das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage einen letzten Satz dazu: Wird es wieder bildungspolitische Schlachten geben? Ich hoffe, nicht, aber ich sehe Anzeichen dafür! Sie haben gesagt, Röwekamps Rede war am Anfang ausgewogen und am Ende unversöhnlich, das könnte wieder ein Rückfall in alte Debatten sein. Ich sage nur ganz bewusst: Wenn die Bildungssenatorin zum Beispiel von Anfang an, am Beginn dieses Prozesses, den sie leiten soll, für den sie in Absprache mit dem Fachausschuss Gutachter bestellt, sich bereits festlegt, dass es auf keinen Fall am Ende eines solchen Prozesses die Zweigliedrigkeit geben kann, dann sage ich, das ist eine ideologische Voreingenommenheit, die dieser Beratung im Fachausschuss nicht dienlich sein wird.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite, was mich stutzig macht, ist die Debatte der Aktuellen Stunde von gestern. Das mag Ihnen vielleicht durchgerutscht sein, oder es haben nicht alle gehört, aber dass unsere Bildungssenatorin in der Debatte um eine illegale Schule in Bremen sagt, sie wäre dafür, dass man grundsätzlich darüber nachdenkt, dass es Grundschulen nur noch in staatlicher Trägerschaft und nicht mehr auch in freier Trägerschaft geben kann, ist ein mit uns nicht gangbarer Weg, das will ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir legen Wert darauf, dass es staatlich anerkannte, aber vom Staat unabhängige Schulen auch in Bremen und Bremerhaven gibt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Hat sie nicht gesagt! Das ist nicht
wahr!)

(A) Ich will eines hinzufügen: Meine eigenen Kinder gehen in eine konfessionell gebundene Grundschule, und ich sage aus der Erfahrung, die ich auch von Eltern an anderen Schulen habe: Nirgendwo wird über die Grundwerte von Christentum, von Gleichheit von Menschen, von Chancengerechtigkeit, von sozialem Engagement, von unterschiedlichen Begabungen und Leistungen, von individueller Förderung, von unterschiedlicher ethischer Grundlage auf dem Fundament einer festen christlichen Überzeugung so viel Soziales getan wie in einer konfessionell gebundenen Schule.

(Beifall bei der CDU)

Das ist meine Erfahrung, die ich gemacht habe, und ich möchte nicht, dass Bremen darauf verzichtet. Deswegen sage ich: Das, was im Koalitionsvertrag steht, eine Schule für alle, ist nicht die bildungspolitische Antwort auf die Anforderungen, die die Kinder und ihre Eltern heutzutage an die Schule stellen.

Wir haben es eben nicht geschafft, indem wir Haupt- und Realschule zur Sekundarschule miteinander verbunden haben, dass es eine attraktivere, eine leistungsfähigere Schule geworden ist. Wir müssen doch heute bilanzieren, dass diese Schule die an sie gestellten Erwartungen eben gerade nicht erfüllt. Deswegen reicht es nicht, an die Sekundarschule, die jetzt noch bis Klasse 10 geht, einfach das Gymnasium daran zu hängen und zu sagen, das ist unsere Schule für alle. Nur dadurch, dass Sie unterschiedliche Schulzweige miteinander verbinden, gibt es am Ende noch keine Schule, die die individuellen Begabungen und Leistungen des Einzelnen am besten fördert und sie auch fordert.

(B)

Das sind diese Zwischentöne, meine Damen und Herren, die uns an der einen oder anderen Stelle stutzig machen, ob Sie nicht doch aus ideologischen Gründen in diesem Fachausschuss versuchen, eine Grundlage zu finden, um ein Bildungssystem zu rechartigen, das Sie in Bremen eigentlich seit 30, 45 Jahren einführen wollen. Deswegen sage ich Ihnen am Schluss für die CDU-Fraktion zu, dass wir selbstverständlich – auch wenn wir gegen den Antrag stimmen, weil die Voraussetzungen und die Zielsetzungen nicht unsere hundertprozentige Übereinstimmung finden, sondern in diesem einen wichtigen Punkt, der Bestandsgarantie für durchgängige Gymnasien im bestehenden Schulsystem, unsere Erwartungen nicht erfüllen – konstruktiv in diesem Fachausschuss, ich gehe davon aus, er wird eine Mehrheit finden, mitarbeiten werden.

Wir werden Ihnen auf die Finger schauen, wir werden für unsere bildungspolitischen Vorstellungen ideologiefrei, aber mit festem Willen und einer, das sage ich an dieser Stelle auch, verlässlichen Wertegrundlage kämpfen. Ich hoffe, wir schaffen es am Ende doch zu einem gemeinsamen Weg. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält der Abgeordnete Rupp.

(C)

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Ich glaube, ergebnisoffene oder offene Prozesse, wie sie jetzt angestrebt werden bei der Frage des Schulentwicklungsplans, kann man gar nicht ideologiefrei denken und produzieren. Wir sind aufgewachsen, wir haben bestimmte Ideen, wir sind bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen ausgesetzt gewesen, und wir gehen natürlich mit einer bestimmten Vorstellung in einen solchen Prozess. Deswegen ist die Forderung nach Ideologiefreiheit so etwas, was sich, glaube ich, als Gespenst im Nebel entpuppen wird.

Was ich schwieriger finde, ist, dass man jetzt schon sagen muss, was man haben will und was nicht, dass man sozusagen jetzt schon Leitplanken schafft und sagt, wir brauchen unbedingt ein Bekenntnis zum Gymnasium oder etwas Ähnliches. Dadurch blockiert man offene Prozesse und macht sie möglicherweise schwierig und lenkt sozusagen schon Dinge in Bahnen, wo sie möglicherweise nicht hingehören.

(Beifall bei der Linken)

Es gibt eine Äußerung, da habe ich vorhin vergleichsweise viel nachgefragt, ob es sinnvoll ist, die Kinderfreibeträge für ALG II zu erhöhen oder nicht. Ich finde es nachgerade ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir Menschen, die arm sind, auch mit Geld ausstatten, wissend, dass sie das hin und wieder für Dinge verwenden, für die sie es nicht verwenden sollten. Es kann doch nicht sein, dass man ihnen deswegen das Geld wegnimmt!

(D)

(Beifall bei der Linken)

Es ist übrigens so, und das empfinde ich auch, dass diese Form von ALG II und das, was wir möglicherweise darüber hinaus wollen, eine Investition in die soziale Stabilität unserer Gesellschaft ist. Machen wir das nicht, das sage ich einmal auch ökonomisch, haben wir eine ganz andere Form von Kosten, ganz davon abgesehen, dass es ein zutiefst christliches Gebot ist, Menschen, die in Armut leben, zu helfen. Davon sollte sich auch die CDU wirklich nicht verabschieden!

(Zurufe von der CDU)

Ja, da sind wir eben unterschiedlicher Meinung, was man hinbekommt und was nicht! Ich kann Ihnen sagen, dass in unserer Partei eine ganze Menge ernst zu nehmender Christinnen und Christen sind, die genau das an Ihrer Partei kritisieren und genau deswegen nicht in Ihrer Partei sind, sondern sich unserer Partei angeschlossen haben.

(Beifall bei der Linken – Zuruf des Abg.
R ö w e k a m p [CDU])

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich möchte zwei, drei Dinge sagen! Wir reden ja jetzt über den Schulentwicklungsplan und die Vorlagen für eine Enquetekommission und einen Fachausschuss. Bislang haben wir meines Erachtens vergleichsweise innen diskutiert und das sozusagen nur von der konkreten Situation in Bremen, der Dreigliedrigkeit her diskutiert. Ich bin sicher, dieser Fachausschuss, wie auch immer er zustande kommen muss, wird sich auch mit den äußeren Einflüssen beschäftigen.

Ich fange einmal mit dem Kostendruck an, der auf dieser Form von Bildungssystem liegt! Die Forderungen nach Effizienzsteigerung, nach Kostenminimierung sind da. Sie haben unmittelbar Einfluss auf die Struktur und Lernbedingungen in den Schulen, und es gibt eine ziemlich große Tendenz dahin, dass man sozusagen Drittmittelfinanzierung betreibt, angefangen bei Sponsoring bis hin zu Werbung an den Schulen. Damit wird sich der Ausschuss auseinandersetzen müssen. Es wird also darum gehen, die Frage zu stellen, inwieweit kann man in Bildung marktformige Strukturen einziehen. Unserer Meinung nach ist das schwierig. Es werden sozusagen Wettbewerbsfragen ausgeschrieben, dass die Schulen untereinander konkurrieren, man redet auch von selbstständigen Schulen. Ich glaube, dass Wettbewerb in der Frage von Kreativität und Bildungserfolg durchaus da ist, aber Wettbewerb im Sinne von gegenseitigem Konkurrieren und gegenseitigem Kaputt Konkurrieren darf nicht sein.

(B) Natürlich ist Bildung auch einem ganz hohen Privatisierungsdruck ausgesetzt. Wir wissen, dass es ganz große Bestrebungen gibt, große Teile von Bildung auf allen Ebenen zu privatisieren, um dort eine Form von Markt aufzumachen, mit dem man Geld machen kann. Das ist auch eine Frage, das wird auch zu Selektion führen. Da kann man hier lange über Bildungsstrukturen reden, wenn wir da Privatisierungsstrukturen einfädeln, werden wir auch Selektion haben. Alle diese Bedingungen werden Teil der Arbeit dieses Ausschusses sein.

Herr Abgeordneter Dr. Güldner, haben Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Schule von gestern wäre auch eine private!)

Das stimmt, Entschuldigung, es geht nicht um Privatschulen, sondern um Privatisierung!

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, ich bitte, wenn Sie eine Zwischenfrage haben, dass sich der Abgeordnete entsprechend ans Mikrofon begeben, sonst ist das ein nicht nachvollziehbarer Dialog!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Vor allem darf er kein Wort erteilen!)

Abg. **Rupp** (Die Linke): Ich habe auch gefragt, ob er eine Zwischenfrage hat. Ich habe ihm das Wort nicht erteilt! Gut, wir werden Sie darauf aufmerksam machen: Wir werden also in diesem Ausschuss über mehr reden müssen als über pure Gliedrigkeit und Einführung hier in Bremen. Wir werden viele Dinge von außen haben.

(C)

Abschließend will ich sagen: Ich finde es gut, wenn die CDU sagt, es muss besser werden für Schülerinnen und Schüler, für Eltern. Ich sage, es muss auch besser werden für Lehrerinnen und Lehrer. Ich glaube, eine der wichtigsten Aufgaben, die dieser Ausschuss hat, ist, dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler wieder Freude haben, an der Schule zu sein. Ich habe viele Debatten in dieser Frage mitgemacht und weiß, dass es nicht so ist.

Im Übrigen glaube ich, dass selbst, wenn man Bildung als Investition begreift, es noch etwas Wichtigeres gibt. Der leider viel zu früh verstorbene Kollege von mir, Jan Bücking – einige von Ihnen werden ihn kennen – aus der GEW, hat einmal auf die Frage, wozu brauchen wir eigentlich Bildung, gesagt: Das ist ganz einfach! Bildung ist die Voraussetzung für eine demokratische, nach humanistischen Gesichtspunkten organisierte Gesellschaft. – Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Buhlert.

(D)

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf eine Frage des Herrn Röwekamp wollte ich doch noch eingehen, nämlich auf die Frage: Warum macht ihr jetzt sozusagen den Prozess mit dem Ausschuss und nicht mit der Enquetekommission? Das eine ist die Frage, wo die Ressourcen vorhanden sind und wie sie auch am schnellsten für den Prozess aktiviert werden können. Das andere ist die Geschwindigkeit, wie wir zu Ergebnissen kommen müssen.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Richtig!)

Das dürfen wir nämlich einmal hier nicht vergessen! Die Schüler haben keine Zeit. Sie gehen im Zweifel nur 10 Klassen lang in die Schule und danach in die Berufsschule, und sie haben ein Recht, dass wir die Antworten möglichst schnell finden, und das ist unsere Verantwortung!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei der Linken)

Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden, um Leistung in allen Schularten anzuerkennen, um individuell auf die Schüler einzugehen, um die Rolle der Privatschulen, die sie einnehmen sollen, zu definieren. Wir müssen schauen, wie wir das austarieren.

(A) ren können, wie wir auch sehen können, dass es besser wird in den staatlichen Grundschulen. Meine Kinder gehen in eine staatliche Grundschule, sie gehen gern dorthin, haben Spaß daran. Obwohl sie keinen so guten Sozialindikator hat, haben wir uns dafür bewusst entschieden, weil meine Kinder damit im Wohnumfeld zur Schule gehen, es uns ein Anliegen war und sie dort ihre Freunde finden. Auch da muss man genau hinschauen, was man machen kann, wie man diese Prozesse unterstützen kann und wie man dafür sorgt, dass alle Arten von Schule besser werden.

Dazu gehört dann auch am Ende die Diskussion über die Ganztagschule. Wir werden gleich noch in einer weiteren Debatte dazu kommen, nämlich bei der Frage: Wie verzahnen wir das mit außerschulischem Lernen? Es gibt Bereiche, in denen Hochbegabte eben in der Schule nicht mehr gefördert werden können. Wie organisieren wir es, dass diese eben auch die entsprechende Förderung bekommen? Im Sport werden in einigen Teilbereichen Trainingseinheiten nicht in der Schule abgedeckt, im Musikbereich und in anderen Bereichen ist das so, auch dort müssen wir etwas machen.

Ein letzter Punkt, der richtigerweise von Herrn Röwekamp angesprochen worden ist, ist die Integration, oder wie wir heute mit der UN-Charta sagen, die Inklusion von behinderten Menschen in der Schule. Dort müssen wir weiterkommen. Das heißt aber auch, wir müssen die Ressourcen zur Verfügung stellen, denn eine schlechte Integration, die unterfinanziert ist, funktioniert eben auch nicht und ist dann vielleicht auch der schlechte Weg. Da müssen wir dann eben auch genau schauen, und da müssen wir auch über die Sonderpädagogikverordnung reden, worüber wir als Bildungspolitiker auch in einem Unterausschuss der Bildungsdeputation reden, damit wir auch dort weiterkommen und dieses Ideal, das wir wohl alle teilen, dann auch wirklich umsetzen können in eine bessere Schule, die die Schüler und Schülerinnen verdient haben, bei der der Elternwille dann auch noch soweit zum Tragen kommt, dass nämlich nicht gesagt wird, ihr werdet gezwungen, zusammen weiter zur Schule zu gehen, sondern ihr habt die Möglichkeit, euch die Art von Schule auszusuchen, die euch am besten gefällt.

Dafür ist es auch wichtig, eine Durchgängigkeit zu organisieren, denn es kann durchaus sein, dass man sich für Klasse 5 falsch entschieden hat. Dann ist es aber wichtig, dass man die Systeme, die man erhält, miteinander verzahnt. Eine Schule, die nach 13 Jahren zum Abitur führt und eine andere Schule, die nach 12 Jahren zum Abitur führt, hat irgendwie das Problem der Übergänge. Auch das muss organisiert sein, auch darüber werden wir nachdenken müssen in diesem Zusammenhang. Auch dieser Aufgabe wollen wir uns stellen, denn eines ist doch klar: Unterschiedliche Arten von Schulen haben die Chance, auf unterschiedliche Arten von Schülern und Schülerinnen einzugehen, und sie sind kein Indiz dafür, dass es

Spaltung gibt, sondern sie können auch für Vielfalt und Wettbewerb stehen, die wir in den Schulen brauchen im Sinne von Lernen von den Besten. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, es ist gut – ganz gleich, wie jetzt der Weg entschieden wird –, dass wir am Anfang eines solchen schwierigen Prozesses hier in der Bürgerschaft die Fragen diskutieren, die sich um die Entwicklung des bremischen Schulwesens kümmern und wie die Ziele sein sollten, und da habe ich in dem Antrag und in der gemeinsamen Diskussion, die zu diesem Antrag oder zu einem Konsens kommen sollte, gemerkt, dass die Ziele doch nicht so wahn-sinnig weit auseinander sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In der Debatte kommt heute auch noch einmal heraus, dass also doch eine Einigkeit besteht, dass wir bestimmten Handlungsbedarf haben, um diese Ziele zu bewältigen, und die sind, glaube ich, sehr klar und sehr gut in dem Antrag der vier Fraktionen formuliert und auch bei Ihnen in Teilen enthalten, nämlich die Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg. Das ist doch das, was sozusagen das gesamte bundesrepublikanische Bildungswesen hoch belastet und uns ja sogar Schelte von UNESCO, von UNO und von anderen – –.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die
Grünen]: In der OECD gestern!)

Ja, in der OECD! Wirklich einmalig ist, dass wir eine so extreme Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft haben. Ich denke, es ist deshalb gut, dass wir uns noch einmal verständigen, welches sozusagen unser Konsens in der Feststellung ist, wo die Defizite bestehen, und ich glaube, da liegen wir überhaupt nicht weit auseinander.

Konsens haben wir, glaube ich, auch an der Stelle der Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht. Auch da ist doch klar, es ist analysiert. Wir werden noch einmal mithilfe der Behörde alles aufarbeiten, was schon vorliegt, nicht nur Pisa-Studie, sondern auch Vergleichsarbeiten und viele andere Dinge, die Sie auf den Weg gebracht haben, wir bestreiten das gar nicht. Rot-Schwarz, finde ich – das habe ich meines Erachtens auch ein paarmal in meinen Anfangsreden sehr deutlich gemacht –, und auch mein Amtsvorgänger Willi Lemke haben da richtige Wei-

(C)

(D)

(A) chenstellungen vorgenommen, dass es in die Richtung von mehr Qualität von Schule und Unterricht geht.

Das vierte Ziel, die Weiterentwicklung, haben Sie auch nicht bestritten. Ich habe mit Interesse gehört, dass Sie konstatieren: Es ist Vielfalt da, aber es ist auch reichlich Vielfalt im System,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ist doch so!)

und das sollte bearbeitet werden. Das habe ich bei Ihnen auch wahrgenommen.

Das nächste Ziel, die stadtteilbezogene Kooperation, hat hier jetzt keine so große Rolle gespielt, aber ich glaube, auch da würde man sich, ganz gleich, in welchem Gremium wir das Ganze machen, nicht streiten. Schwieriger wird es dann schon, welche Fahne man sozusagen am Anfang hochzieht. Da scheint das Gymnasium ein wichtiger Punkt zu sein, und für andere ist vielleicht auch die Gesamtschule ein wichtiger Punkt, aber ich will noch einmal deutlich machen, Sie haben ja sozusagen Zweifel angemeldet an meiner Person:

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: An Ihrer Position!)

(B) Eine Senatorin ist der Regierungserklärung verpflichtet, und ich fühle mich natürlich auch der Koalition und deren Vereinbarung verpflichtet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, ein Abgeordneter wäre dem genauso verpflichtet, wenn er aus den Regierungsfractionen käme und den Vorsitz hätte, und wofür Sie sich jetzt verpflichtet fühlen, das müssen wir diskutieren.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir fühlen uns den Kindern verpflichtet!)

Ja, das wollte ich gerade sagen! Ich finde aber auch, dass wir uns alle – da haben Sie mir ein gutes Stichwort gegeben – diesen Zielen, und da sind die Kinder an erster Stelle und die Eltern an zweiter Stelle, verpflichtet fühlen sollten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, wir tun gut daran, dass wir heute darüber reden, dass wir wirklich gemeinsam versuchen, einen Konsens zu finden, nicht jetzt über den Ausschuss oder die Enquetekommission, sondern in der Frage der Weiterentwicklung. Wenn wir das hinbekommen, muss sich jede Seite bewegen, das will ich auch ganz

klar sagen. Von daher weiß ich nicht, was für Zitate Sie von mir vorhin herausgezogen haben, aber ich habe auch mit Ihrem bildungspolitischen Sprecher, aber auch mit anderen über das Ergebnis von Hamburg diskutiert. Da sehen Sie: Eine Enquetekommission tut sich da natürlich dann schwer, das Ganze wieder in Regierungshandeln umzusetzen. Wir wollen es sozusagen stärker miteinander verzahnen, damit es auch funktioniert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind gewaltige Zerreißproben durch diese Enquetekommission auch in die Parteien in Hamburg getragen worden. Das ist so oder so herum schwierig, einen Konsens zu finden. Sie haben vielleicht das Ergebnis vor Augen: Am Ende, Herr Röwekamp, ging es in Hamburg nicht um die Frage, Gymnasium durchgängig oder nicht, sondern es ging letztlich um die Frage der gesamten Durchgängigkeit bis zu einem Abitur, einmal nach 12 Jahren, einmal nach 13 Jahren, wenn ich es richtig verstanden habe. Da mussten sich einige in den Parteien heftig bewegen. Das hat auch richtig geknallt, und von daher haben wir hier ein sehr schwieriges Thema vor uns, und ich meine, es ist unabhängig davon, ob man das in einer Enquetekommission oder in einem Fachausschuss angeht.

Wir haben bloß einen ehrgeizigen Zeitplan, weil wir finden – und da hat Herr Dr. Buhler, glaube ich, die richtigen Worte gefunden –, dass die Kinder nicht so lange warten können, bis wir uns langfristig mit Experten wieder über Dinge auch des Bildungssystems verständigen, die schon in vielen Kommissionen festgehalten worden sind. Wir haben eine Menge Erkenntnisse, wir müssen eigentlich handeln, ja?

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der Linken und bei der FDP)

Deshalb finde ich die Ziele, die formuliert worden sind und über die wir Einigkeit haben – ich habe es am Nicken aller Fraktionen gesehen –, hervorragend, und ich meine, ich will auch selbst noch einmal sagen: Daraus ergeben sich Aufgabenpakete für uns, die relativ zügig abgearbeitet werden sollten, und selbstverständlich hat die Bürgerschaft dann auch wieder ihre Rolle dabei. Es ist ja ganz klar, dass der Fachausschuss und die Deputation und der Senat das in die Bürgerschaft tragen, was dann erarbeitet worden ist, und wir durchaus auch Zwischenstände miteinander vereinbaren können, die diskutiert werden sollten. Auch das, finde ich, sollte nicht der Bürgerschaft vorenthalten werden, wenn hier einzelne Schritte abgearbeitet werden.

(C)

(D)

(A) Ich meine, gerade zur Entkopplung von Herkunft und Schulerfolg haben wir es dringend und sehr schnell nötig, auch in Form einer Gesetzesnovelle, über ein Sprachförderkonzept zu reden. Wir brauchen die bessere Sprachförderung im Schulsystem. Ich glaube, das ist der Schlüssel zum Erfolg. Hier mussten wir uns dann in einer Gesetzesnovelle, würde ich vorschlagen – das ist jetzt ein Beitrag, der dann gleich in den Fachausschuss kommt –, auch über eine Sprachförderpflicht vor der Einschulung unterhalten. Das ist eine schwierige gesetzliche Frage. In Niedersachsen ist sie schon diskutiert, ich habe sie damals eingebracht, die CDU dort fand es hervorragend. Ich finde, auch hier sollten wir über ein solches Sprachförderkonzept reden. Das ist dann auch eine Debatte der Bürgerschaft.

Zur Frage des längeren gemeinsamen Lernens! Auch im Gymnasium hat man natürlich längeres gemeinsames Lernen, wir verkürzen die Schulzeit ja gerade von 13 auf 12 Jahre, es bereitet heftige Probleme. Ich weiß nicht, ob Sie es auch rückgespiegelt bekommen, dass dieser Stundentafelbedarf so gedrängt wird. Auch diese Fragen von 12 und 13 Schuljahren werden natürlich eine wichtige Rolle spielen.

Sie haben einen wichtigen Satz gesagt. Interessant ist natürlich auch, wie wir mit dem Stufenkonzept umgehen. Bremen hat nun einmal aus alter Tradition ein Stufenkonzept. Da ist die Durchgängigkeit nicht an allen Stellen gegeben, und auch hier, finde ich, sollten wir über längeres gemeinsames Lernen und die Schwierigkeiten der Übergänge zwischen den Stufen reden.

(B) Das Stichwort ganztägiges Lernen ist bereits gefallen. Das wird ein wichtiger Punkt, denke ich, im Fachausschuss sein. Ich habe mich auch entschlossen, dass die Frage der Entscheidung, wo soll die Schule ganztags stattfinden – richtet sie sich ausschließlich nach Sozialindikatoren oder müssen wir sozusagen auch alle Schulformen einbeziehen? –, vor allem auch im Fachausschuss mit einer wichtigen Rolle spielt bei der Entwicklung der Schullandschaft, und dass der Fachausschuss – nicht für das kommende Jahr, da müssten wir jetzt früher entscheiden, das werde ich der Deputation auch vortragen –, aber dann für die nächsten 9 Standorte auch Vorschläge macht, finde ich, weil es ein wichtiges Entwicklungskonzept ist. Die Vernetzung von Schulen im Stadtteil mit anderen Diensten, mit Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheits- und Beratungsdiensten wird wahrscheinlich sogar der leichteste Teil an dieser Stelle sein.

Von daher – es ist erwähnt worden – sollten wir es gemeinsam versuchen. Ich hoffe, wir können Sie doch noch auffordern, dann auch im Fachausschuss Ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Wenn dann die, sagen wir einmal, Mehrheiten so sind, wie ich das einschätze nach diesem Antrag, dann fände ich es gut, und Sie sind meinerseits, und ich denke, auch von den anderen Fraktionen, herzlich willkommen und auf-

gefordert, doch an dieser schwierigen Frage Konsenssuche teilzunehmen! – Herzlichen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist ja schon zu viel Konsens für eine Bildungsdebatte, möchte man meinen, wenn man sich erinnert, was für Auseinandersetzungen hier in diesem Saal dazu stattgefunden haben.

Es ist sicherlich auch so, viele Fragen, die auch Thomas Röwekamp hier angesprochen hat, sind von Ihrer Seite unbeantwortet geblieben. Bei all den Äußerungen, die ich von den Vertretern der Regierungskoalition zumindest gehört habe, erschließt sich mir immer noch nicht, warum Sie nicht dem Antrag der CDU zur Einsetzung einer Enquetekommission zugestimmt haben. Ich habe den schlichten Verdacht, Sie wollen die Federführung im Ressort haben, weil Sie sich festgelegt haben in Ihrem Koalitionsvertrag. Diesen Verdacht haben auch Ihre Redner hier nicht ausräumen können. Von daher, meine Damen und Herren, werden wir jetzt noch einmal auf einige Begrifflichkeiten hier eingehen müssen.

Wir haben über die Qualitätsentwicklung, über viele andere Bereiche der schulischen Entwicklung mit denselben Überschriften gesprochen. Aber wenn ich mir anschau, wie das dann in der Realität aussieht, dann frage ich mich schon, was sich dahinter verbirgt. Ich würde natürlich sehr gern auch wissen, was es bedeutet, wenn der bildungspolitische Sprecher der SPD über die Zeitung mitteilen lässt, dass er sich ein Gymnasium für alle vorstellen könne. Soll das bedeuten, dass wir jetzt ab der ersten Klasse schon einmal das Abiturzeugnis in die Schullaufbahnakte legen, und nach 12 oder 13 Jahren gibt es dann den Stempel quasi als Sitzschein, weil dann jeder Abitur hat auf dem Gymnasium für alle? Das ist, glaube ich, nicht das, was man unter schulischer Qualität versteht, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d -
n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Man hätte
die Debatte vor drei Minuten beenden können!)

Diese und ähnliche Fragen, die Sie nicht beantwortet haben, lassen bei uns eben die Zweifel daran wachsen, ob Sie es überhaupt ernst meinen mit der Einsetzung eines Ausschusses oder einer Kommission und ob Sie tatsächlich ergebnisoffen hier vorgehen. Ich glaube, dass das Ergebnisoffene zumindest bei Ihnen nicht überall vorhanden ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Frau Senatorin, Sie haben auch in der Zeitung gesagt, Sie betrachteten das Zwei-Säulen-Modell nur als Übergangslösung, Sie wollten die Schule für alle, Sie könnten sich vorstellen, dass dies die bessere Lösung sei. Das war am 7. Oktober von Ihnen im „Weser-Kurier“ zitiert worden. Wir haben zumindest festzustellen, das ist für mich auch eine Sorge, wir haben in Bremen im Vergleich – Sie haben gestern darüber in einem anderen Zusammenhang gesprochen – eine sehr hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern an Schulen in freier Trägerschaft. Ich sage ganz ausdrücklich, die CDU unterstützt die Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind der Stachel im Fleisch der staatlichen Schulen. Nur muss der Maßstab staatlicher Schulpolitik das staatliche Schulsystem sein! Hier müssen wir sehen, dass wir die Masse der Eltern und der Schüler mitnehmen, und wir können es nicht zulassen, dass Sie mit einer Vorstellung einer Einheitsschule bewusst die Leistungsstarken und Bildungsnahen in die Schulen in freier Trägerschaft treiben, meine Damen und Herren! Ich bin froh über jede Bereicherung in der Schulszene in freier Trägerschaft, nur, es muss doch so sein, dass wir auch ein staatliches Angebot für die Leistungsstarken haben, und das bedeutet, wir brauchen auch das Gymnasium.

(B) (Beifall bei der CDU)

Zur Begrifflichkeit! Sie sprechen vom Gymnasium. Das Gymnasium bedeutet bei vielen von Ihnen – ich kenne Sie nun seit zwölf Jahren aus der Bildungspolitik – die gymnasiale Oberstufe, weil dort das Abitur verliehen wird. Für uns bedeutet das Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 13, jetzt bis Klasse 12, weil dort auch eine wissenschaftlich orientierte Ausbildung gelegt wird.

(Beifall bei der CDU)

Man kann nicht, wenn man dieselben Begriffe verwendet, davon ausgehen, dass wir dasselbe meinen, darum sage ich Ihnen ganz deutlich: Wir haben Zweifel an vielen Ihrer Positionen, die Sie dann schlagwortartig hier vortragen.

Der Hamburger Weg einer Enquetekommission hätte den charmanten Vorteil gehabt, dass wir es als Parlament selbst in der Hand gehabt hätten. Sie sagen: Fachausschuss einer Deputation. Ich sage Ihnen: Ich habe den runden Tisch Bildung hier auch mitgemacht. Das Ressort hat unabhängig von der Ressortspitze seit Jahren, seit Jahrzehnten immer eine feste ideologische Ausrichtung.

Ich wünsche Ihnen, Frau Senatorin, im Übrigen auch noch viel Spaß mit Ihrem Ressort. Auch das ist einer der Gründe für meine ganz persönlichen Zweifel, eine Federführung im Bildungsressort ist für mich erst ein-

mal nicht die Garantie für einen ergebnisoffenen Prozess. Das Bildungsressort hat sich dort in der Vergangenheit schon ganz eindeutig festgelegt. Wie gesagt, ich wünsche Ihnen viel Kraft in der Auseinandersetzung mit Ihrem Ressort!

(C)

Meine Damen und Herren, in Hamburg ist es zu einem Ergebnis gekommen. Frau Jürgens-Pieper hat das so charmant mitgeteilt, Sie haben gesagt: Es hat dann in Parteien zu heftigen Verwürfnissen geführt. Es hat insbesondere in einer Partei, nämlich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu erheblichen Verwerfungen geführt, weil dann die SPD in Hamburg nämlich irgendwann erkannt hat: Wir haben eine fachlich gute Lösung, nur leider sind wir jetzt im Wahlkampf, also müssen wir uns von der Fachlichkeit verabschieden. Das ist zurzeit die Hamburger Realität. Die Grünen haben daran wunderbar mitgearbeitet, auch ganz fachlich und ergebnisoffen. Ich habe den Hamburger Bericht hier, für die Laptop-User gibt es das auch als CD-ROM, das kann ich gern zur Verfügung stellen. Wir haben in Hamburg die einmalige Chance, dies als Vorbild zu nehmen. Wir sagen ja nicht, dass wir das Hamburger Modell übernehmen. Uns wird immer unterstellt, wir wollten das Hamburger Modell eins zu eins übernehmen.

Frau Jürgens-Pieper hat auch den Fall der Bremer Stufenschule, die wir im Übrigen nicht mehr im Schulgesetz so gegossen haben. Das Gymnasium ist schon seit 4 Jahren, von Klasse 5 bis Klasse 12, im Schulgesetz organisiert. Die Umsetzung der Schulbehörde ist dann wieder der Teil zu den Ausführungen, die ich eben hatte.

(D)

Meine Damen und Herren, die Organisation der bremschen Schule ist schon eine andere, als die in Hamburg. Wir müssen für bremsche Probleme bremsche Lösungen finden. Wir sagen nur, der Hamburger Weg ist ein guter, weil er ergebnisoffen und fachlich war, und das Hamburger Ergebnis bietet uns zumindest Hinweise darauf, wie es in Bremen aussehen könnte, weil Hamburg nun ähnliche Problemlagen hat. Auch dort gibt es einen hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund, die wir integrieren müssen, auch dort gibt es große soziale Probleme, und auch dort ist ein Großstadtmilieu. Das bedeutet, wir haben dort andere Voraussetzungen als in einer ländlichen Idylle irgendwo in Deutschland, wo Sie auch andere Antworten für ein Schulsystem brauchen.

Wir haben von Ihnen keine Antworten gehört, warum Sie diesen offenen, guten Weg einer Enquetekommission, die das Parlament stärkt, nicht gehen wollen. Wir haben festgestellt, Sie haben sich hinter Begriffen zum Teil geduckt. Wir wissen aus verschiedenen anderen Debatten, dass wir bei denselben Begriffen zum Teil etwas sehr Unterschiedliches meinen. Natürlich werden wir im Unterausschuss mitarbeiten, Fragen stellen und Vorschläge machen. Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich: Es hat hier in Bremen auch schon Bildungssenatoren gegeben, die

(A) dann auf sehr freundliche Art und Weise versucht haben, komplette Schularten auszurotten.

Sobald wir Hinweise darauf haben – das hat nichts mit Ihnen zu tun, Frau Senatorin! –, dass Sie Ihre Ankündigung, die wir bisher ernst genommen haben und die Sie auch Ihren Wählern vermittelt haben, dass Sie die Schule für alle, die gemeinsame Schule – Herr Günstig spricht vom Gymnasium für alle –, was auch immer Sie unter Einheitsschule verstehen, Einheitsschule für alle, was Sie dort machen wollten, umsetzen wollen, werden Sie auf unseren erbitterten Widerstand stoßen! Dann werden wir auch die große Mehrheit der Eltern in Bremen hinter unserer Position haben, das kann ich Ihnen versprechen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/80 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. T i t t m a n n
[parteilos])

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/100 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die
Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. T i t t m a n n
[parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Entwicklung der Ganztagschule im Lande Bremen rechtlich absichern

(C)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. September 2007
(Drucksache 17/63)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Othmer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Ganztagschule beschäftigt uns jetzt einmal nicht aus der qualitativen Sicht, worüber wir eben noch sprachen, sondern leider aus einer sehr verwaltungstechnischen Sicht, weil sie Grundlage für unseren Antrag ist.

Bereits vor einem Jahr hat das Verwaltungsgericht Bremen in einer Entscheidung den Ganztagsbetrieb an einer stadtbremischen Schule kurzzeitig unterbrochen. Das Verwaltungsgericht hat der Behörde offengelegt, dass die Rechtsgrundlage für die Ganztagschulen in Bremen so nicht gegeben sei. In einer von damals drei Fraktionen eilig einberufenen und überparteilichen Beratung haben wir drei Fraktionen dann den damaligen Bildungssenator hier draußen im Foyer davon überzeugt, dass das, was das Verwaltungsgericht seinerzeit angemahnt hat, nämlich die durch die Behörde zu schaffende fehlende Rechtsgrundlage der Ganztagschulverordnung, sofort zu heilen sei. Diese Ganztagschulverordnung ist dann zum Halbjahrswechsel am 1. Februar 2007 in Kraft getreten.

Der Fall ist durch die Medien gegangen. Ein einzelner Vater beziehungsweise ein Elternpaar hat gegen diese Ganztagschulverordnung Rechtsmittel bemüht. Ich muss zu meiner großen Empörung sagen, ich war richtig wütend auf das Ressort! In diesem Fall hat das Oberverwaltungsgericht im September 2007 schon wieder dargelegt, dass die Rechtsgrundlage in dieser Form auch nicht ausreichend sei. Ich muss sagen, hier fühle ich mich als Deputierter vom zuständigen Ressort etwas veräppelt.

(Präsident **W e b e r** übernimmt wieder
den Vorsitz.)

Es kann nicht sein, dass mehrfach bremische Gerichte diese Ganztagschulentwicklung stoppen konnten, weil im Bildungsressort handwerklich unsauber gearbeitet wurde. Wir fordern mit diesem Antrag in der Bürgerschaft, dass der Senat eine verlässliche rechtliche Grundlage für die Ganztagschulen in Bremen zu schaffen hat und dass auch im Bremischen Schulgesetz eine entsprechende Regelung aufzunehmen ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) Sie werden es gleich sagen, Frau Senatorin: Ich greife Ihnen jetzt vor. Auch das hätte damals zumindest das Ressort erkennen müssen. Wir haben seinerzeit – Frau Stahmann, Frau Hövelmann und ich – auch auf die „Wasserdichtigkeit“ dieser Regelung hingewiesen, indem wir hier nachgefragt haben. Es hat uns schon richtig genervt, dass das Verwaltungsgericht den Stopp der guten Ganztagschulentwicklung an dieser Schule bewirken konnte.

Ich will ganz deutlich sagen, dass ich in diesem Fall in den Medien die Realität nicht völlig wiedergefunden habe. Es waren hier keine Fehler der Schule, auch das will ich sehr betonen, die zu diesem Stopp geführt haben, sondern es war tatsächlich die mangelnde Rechtsgrundlage, auf die das Oberverwaltungsgericht hingewiesen hat. Ich finde, auch das muss dann einmal dargestellt werden. Ich hätte es gut gefunden, Frau Senatorin, wenn dies auch vom Ressort entsprechend dargestellt worden wäre. Der „Schwarze Peter“ darf hier nicht einseitig der Schule zugeschoben werden!

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, das nur als grundsätzliche Anmerkung, die Ganztagschulentwicklung fortentwickeln. Ich bin sehr dankbar, Frau Senatorin, dass Sie in Ihrem vorherigen Beitrag darauf hingewiesen haben, dass Sie sich anscheinend von der Koalitionsvereinbarung absetzen, dass Sie zukünftig nicht nur in sozialen Brennpunkten Ganztagschulen ausweisen wollen. Ich weise darauf hin, dass das Gymnasium an sich bei dieser Studentafel – Sie sprachen von der hohen Belastung – eine Ganztagschule ist. Darum wäre es auch gut, wenn wir möglichst viele Gymnasien so ausstatten könnten, dass sie auch einen hochwertigen Ganztagsunterricht mit einer Rhythmisierung durchführen können und dafür sowohl das erforderliche Personal als auch die nötigen Räume in Zukunft erhalten werden.

(B) Dazu benötigen wir aber eine Rechtssicherheit. Es kann nicht sein, das hebe ich auch deutlich hervor, dass eine gute Schulentwicklung von einigen wenigen gestört wird. Darum wollen wir mit diesem Antrag sowohl den Senat auffordern als auch ein politisches Signal setzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand es seinerzeit und finde es immer noch sehr bedauerlich, dass die Eltern eines Jungen den Rechtsweg beschritten haben, weil sie der Auffassung waren und sind, dass die Ganztagschule kein gutes Schulmodell für ihr Kind sei und dass das Alte Gym-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

nasium – so haben die Eltern auch argumentiert – bestimmte Voraussetzungen dafür nicht erfüllt. Sie haben sich darüber beklagt, dass das Modell der Ganztagschule eingerichtet worden ist, nachdem sie ihren Sohn dort angemeldet haben. Mit dieser Kritik muss man sich auseinandersetzen, das nehmen wir an dieser Stelle auch an.

Ich finde es aber auch aus der Sicht des Jungen schade, dass er jetzt, mitten im laufenden Betrieb, die Schule wechseln musste – ich glaube auch, dass es für seine Klassenkameraden sicherlich nicht schön ist –, weil sich die Eltern vehement dagegen ausgesprochen haben, dass die Ganztagschule am Alten Gymnasium für sie einen Weg darstellt. Ich habe auch mit der Schulleiterin, Frau Sanders-Terhorst, gesprochen, und ich habe den Eindruck, dass gerade auch das Alte Gymnasium sehr bemüht ist, den Eltern entgegenzukommen, auch Angebote von Dritten, also auch weiterhin den Konfirmandenunterricht, zu ermöglichen. Man ist sehr darum bemüht, auch sportliche Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler weiter zu ermöglichen und das auch mit dem Schulbetrieb zu verzahnen.

Ich habe den Eindruck, das Alte Gymnasium bewegt sich an dieser Stelle, und ich finde es sehr schade, dass bei diesem Elternpaar so wenig angekommen ist, dass es gut für die Schüler ist, vor allem, wenn man sich vor Augen führt, dass, wenn der Junge jetzt nicht mehr die Ganztagschule besucht, er nur eine Stunde weniger Unterricht hat. Das muss man sich bei diesem Fall auch noch einmal vor Augen führen. Die Eltern haben gesagt, es seien zu lange Schultage. Der Junge, der nun eine andere Schule besucht, hat eigentlich nur noch eine Stunde weniger Unterricht. Von daher verstehe ich in diesem Zusammenhang die Klage der Eltern nicht.

In anderen Ländern sind Ganztagschulen ein ganz normales Modell, also Schule bedeutet dort immer Ganztagschule. Wir haben auch in Bremen längst festgestellt, dass das Lernen von Kindern und Jugendlichen am besten funktioniert, wenn man es über den Tag verteilt. In den erfolgreichen Schulen, die den Tag nutzen, wechseln sich Lern- und Freizeitangebote selbstverständlich ab. Lehrkräfte haben mehr Zeit für jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin. Ich finde, diese positive Entwicklung hat nun in den letzten Jahren auch die Schulen in Bremen erfasst.

Ich kann noch einmal darauf abheben, dass die rot-grüne Bundesregierung mit dem Ganztagschulförderprogramm diese wichtige und auch richtige Entwicklung finanziell unterstützt hat und dass Bremen über 28 Millionen Euro in das Aufwerten und, ich sage auch einmal, wirklich sehr gute Herrichten von Schulen investiert hat. Das ist ein richtiger Weg, und ich finde, auch das Parlament sollte bei dieser Entscheidung bleiben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Die rot-grüne Koalition hat gesagt, sie will diesen Weg weitergehen. Wir haben die erste neue Bewerbungsrunde nun wieder begonnen, und die Nachfrage ist wieder riesig, weitaus größer als gedacht. Wir haben bereits über 35 Ganztagschulen im Land Bremen, und erneut gibt es über 20 Schulen, die eine Interessensbekundung abgegeben haben, darunter natürlich auch Gymnasien, Herr Rohmeyer! Ich finde es ausgesprochen positiv, dass sich in Bremen viele Schulen auf diesen Weg machen wollen. Unser Ziel ist, die Zahl von Ganztagschulen weiter zu erhöhen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass bestehende Ganztagschulen sich weiterentwickeln können. Es ist auch in der vorherigen Debatte schon angeklungen.

Es wird also mehr Ganztagschulen in allen Schulformen geben. Insbesondere auch an Gymnasien zeigt sich diese Entwicklung deutlich. Künftig macht man das Abitur an den Gymnasien in 12 statt in 13 Jahren, und das führt unweigerlich zu einer Verdichtung der bisherigen Stundentafel auf wöchentlich 36 bis 37 Stunden, und man kann schon sagen, dass diese Stundentafel mit solchen Regelungen gewissermaßen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstößt. Es ist schon ein happiges Pensum, das Schüler absolvieren müssen.

(B) Ich finde, wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten haben, auch wirklich zu lernen, und dass man sich nicht nach 2 Jahren in einem absoluten Schulfrust befindet, weil man lernt, lernt, lernt und lernt. Schulen sollen eben keine Lernfabriken sein, sondern Schulen sind mehr. Wir möchten diesen Prozess weitergehen, dass sich Gymnasien in Ganztagschulen umwandeln. Wir wollen rhythmisierten Ganztagsunterricht, ganz ausdrücklich auch an den Bremer Gymnasien.

Nicht nur die Pädagogen schätzen die Möglichkeiten der Ganztagschulen, auch Eltern suchen und wählen Ganztagschulen für ihre Kinder an. Das Alte Gymnasium hat sich auf den Weg gemacht und ist in den Ganztage gestartet. Ich habe eingangs schon gesagt, dass ein Elternpaar geklagt hat, es hat auch recht bekommen.

Wir werden den Antrag der CDU nun mit in die Deputation nehmen, um dort den ganzen Fall noch einmal zu beraten, uns von der Senatorin berichten zu lassen, wie die derzeitige Rechtslage ist. Ob der Paragraph 23 überarbeitet werden muss, kann ich im Augenblick noch nicht beurteilen. Ich habe auch den Eindruck, dass wir vielleicht nicht mehr an das Schulgesetz heranrücken, sondern dass die Eltern eben aufgrund dieser speziellen Situation geklagt hatten. Sie haben ihren Sohn an einer Schule angemeldet, und erst hinterher kam die Entscheidung, dass sich die Schule zu einer Ganztagschule umwandelt. Vielleicht erledigt sich das ganze Verfahren damit, denn andere Eltern und auch andere Schulen haben natürlich noch einmal in Umfragen erforscht, ob die

Eltern einverstanden sind, dass auf Ganztagsunterricht umgestellt wird. (C)

Am Alten Gymnasium haben sich keine weiteren Eltern gefunden, die dagegen geklagt haben, das Alte Gymnasium wird jetzt in den Ganztage starten. Ich finde, es ist auch positiv, dass sich die Schulleitung und das Kollegium damit auseinandergesetzt haben, wie man den Lernalltag an der Schule im Interesse der Schülerinnen und Schüler gestaltet.

Das Ressort arbeitet bereits an einer Vorlage, Herr Rohmeyer. Ich finde, dass es gut ist, dass Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Wir haben darüber diskutiert, wie wir damit umgehen wollen. Wir sind der Auffassung, dass wir diesen Antrag mitnehmen, mit Ihnen gemeinsam beraten und dann in der Bürgerschaft noch einmal Bericht erstatten, wie sich der Fall entwickelt hat. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kauertz.

Abg. Frau **Kauertz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der uns vorliegende Antrag der Fraktion der CDU ließ bei mir den Eindruck entstehen, der Betrieb unserer Ganztagschulen in Bremen stünde insgesamt rechtlich auf sehr wackeligen Beinen. Wenn die Fraktion der CDU heute fordert, die Entwicklung der Ganztagschulen im Lande Bremen müsse rechtlich abgesichert werden, so suggeriert dies geradezu, die Entwicklung der Ganztagschulen im Lande Bremen sei derzeit extrem gefährdet. Glücklicherweise ist das aber nicht so! Wenn dies tatsächlich so wäre, lieber Herr Rohmeyer, dann müsste ich Sie, der Sie bis vor wenigen Monaten noch bildungspolitischer Sprecher einer Regierungspartei waren, fragen, wie Sie es so weit haben kommen lassen. Sie haben in dieser Funktion und als Mitglied der Bildungsdeputation erst im Februar 2007 die Ganztagschulverordnung in der geltenden Form passieren lassen. Das war auch in Ordnung so!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir haben eine große Anzahl von Ganztagsgrundschulen, Ganztagsgesamtschulen und ganzjährig arbeitenden Schulzentren des Sekundarbereichs I. Es gibt dort nicht die von der CDU-Fraktion angesprochene Problematik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir Probleme haben, dann sicherlich derart, dass wir es nicht so schnell so vielen Schulen ermöglichen können, Ganztagschule zu werden, wie es gewünscht wird. Es gibt weiterhin viele Schulen, die sich lieber heute als morgen von der sogenannten

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) Halbtagschule verabschieden und den Schülerinnen und Schülern mehr Zeit zum Lernen bieten würden. Das hat übrigens die Kollegin Stahmann eben auch deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Nur unserer dramatischen Haushaltslage ist es geschuldet, dass nicht mehr Schulen schneller in das Ganztagschulprogramm aufgenommen werden können. Das ist für mich und für meine Fraktion das wirkliche Problem.

(Beifall bei der SPD)

Nun aber zurück zu dem, was die CDU-Fraktion anspricht, die rechtliche Absicherung! Mit der Ganztagschulverordnung vom Februar 2007 wurde eine Rechtsverordnung zur Regelung der Organisation und Dauer des täglichen Schulbetriebs an Ganztagschulen, der Teilnahmebedingungen und der damit verbundenen Verpflichtungen mit Wirkung zum 1. Februar 2007 in Kraft gesetzt. Diese Ganztagschulverordnung, es handelt sich um die Vorlage L 243, wurde der Deputation für Bildung, der Feriendeputation, vorgelegt und zustimmend zur Kenntnis genommen. So weit, so gut!

- (B) Nun ist es nicht meine Art, einfach Realitäten auszublenden. Natürlich hat der von der Fraktion der CDU angeführte Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Bremen vom September 2007 einen relevanten Hintergrund. Im konkreten Fall ging es um die Einführung des Ganztagschulbetriebs für eine gesamte Jahrgangsstufe des Alten Gymnasiums. Man sollte dazu wissen, dass durch die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs, wodurch das Abitur nach 12 Jahren absolviert werden kann, eine Ausweitung der wöchentlichen Stundentafel für Gymnasien beziehungsweise für gymnasiale Bildungsgänge der Schulzentren erforderlich wurde, die entweder durch Einbeziehung des Samstags als Regelschultag oder durch die vermehrte Nutzung des Nachmittagsunterrichts erfüllt werden kann.

Der Samstag als Unterrichtstag wurde von den Schulen, und ich sage ausdrücklich von den Schulgremien, also auch von der Mehrheit der Eltern und Erzieher, offenbar nicht gewünscht. Es kam demzufolge zu vermehrtem Nachmittagsunterricht, was de facto rein stundenmäßig einer Ganztagschule schon sehr nahe kommt. Das hat die Kollegin Stahmann eben auch schon deutlich gemacht.

Das Alte Gymnasium ging hier nun einen Schritt weiter, bewarb sich offiziell, Ganztagschule zu werden, und stellte zum Schuljahr 2006/2007 die gesamte siebte Jahrgangsstufe auf Ganztagschule um. Die betroffenen Kinder waren also bereits vor Aufnahme des Ganztagschulbetriebs Schülerinnen und Schüler dieser Schule und hatten wegen dieser Einführung des gesamten Jahrgangs keine Möglichkeit, hier noch freiwillig eine Halbtagschule oder eine

- (C) Ganztagschule zu wählen. Auf die hier somit nicht gegebene Freiwilligkeit bezog sich die Klage des Vaters, der nicht damit einverstanden war, dass sein Sohn nunmehr am Ganztagsunterricht teilnehmen musste, auch wenn es dort nur einen Unterschied von einer Stunde gibt.

Somit kam es zu der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in einem Eilverfahren zur vorläufigen Regelung dieses in Streit stehenden Rechtsverhältnisses, und das Oberverwaltungsgericht hat mit seinem Beschluss vom 7. September die Behörde verpflichtet, einen entsprechenden Klassenverband einzurichten, um den weiteren Halbtagschulbetrieb zu ermöglichen. Allerdings müssten dazu mindestens 23 Schülerinnen und Schüler diesen Klassenverband wählen. Diese Entscheidung allerdings ist inzwischen obsolet, weil das Kind des Antragstellers inzwischen eine andere Schule besucht.

Das Alte Gymnasium hat nach meiner Kenntnis die rechtliche Situation nach der Umschulung des Kindes der Antragsteller mit seinem Elternbeirat sehr ausführlich diskutiert. Der Elternbeirat wünscht ausdrücklich, dass die Weiterentwicklung zur Ganztagschule des Alten Gymnasiums fortgesetzt wird. Deshalb wird der Schulbetrieb auch unverändert fortgeführt.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Problem hat sich also offenbar erledigt, und die Ganztagschulen in Bremen sind auch weiterhin nicht in Gefahr.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch möchten wir die Situation nutzen und halten es für sinnvoll, die gesetzlichen Regelungen zu überprüfen und auch gegebenenfalls mit den Regelungen anderer Bundesländer zu vergleichen. Wenn hier Korrekturen, Verbesserungen möglich sind, dann sollten wir sie zügig, aber vor allem mit der notwendigen Sorgfalt vorbereiten und auf den Weg bringen. Da hier kein größeres Problem oder keine besondere Eile besteht, ist auch kein Übereifer angesagt. Eine Überweisung dieses Antrags an die Deputation für Bildung scheint mir hier angemessen und findet damit auch die Zustimmung meiner Fraktion. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen doch ganz klar Notwendigkeit sehen, über die wir debattieren und die hier zu Recht von der CDU angespro-

(A) chen worden ist, nämlich das Erfordernis, die Ganztagschule rechtlich sauber zu fassen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt hier Versäumnisse, die wir doch anerkennen müssen! Es geht doch nicht um die politische Frage, ob wir Ganztagschulen wollen oder nicht. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu debattieren, da sind wir mit vielen Menschen hier in der Stadt auf einem Weg, Ganztagschulen vermehrt einzuführen, denn wir müssen feststellen, dass es inzwischen Fakt ist – es ist darauf hingewiesen worden –, dass es in Gymnasien, die in nur 12 Jahren zum Abitur führen, häufig Nachmittagsunterricht gibt. Ich weiß vom Kippenberg-Gymnasium, wo Eltern mir berichtet haben, dass dort vier Mal in der Woche bis fast 16 Uhr unterrichtet wird. Ohne Ganztagschule zu sein, gibt es also an vier Tagen in der Woche Nachmittagsunterricht, was der Definition einer Ganztagschule entspricht, aber dort eben nicht die Voraussetzungen hat. Das müssen wir doch einmal anerkennen und sehen, dass wir sowohl die Rechtslage als auch die Fakten sehen müssen, die wir auch in Einklang zu bringen haben, dass die Realität dann anerkannt wird und solche Schulen dann auch den Weg zur Ganztagschule gehen können.

(B) Ich will hier auch noch einmal für unsere Fraktion ein Bekenntnis zur Ganztagschule ablegen. Wir sind Freunde der Ganztagschule, weil wir wissen, dass es für einige Schüler und Eltern eine geeignete Schulform ist. Ich bin selbst auf eine Schule gegangen, die bis 1983 in Huchting wie eine Ganztagschule funktioniert hat, mit im Durchschnitt 1500 Mittagessen. Den Schülern hat es nicht allen geschadet, sondern es war gut so, und es war falsch, dort eine Stufenschule einzurichten, aber das ist auch „vergossene Milch“.

Wir haben inzwischen einen ganz anderen Weg, und das ist der richtige Weg. Es geht darum – und die Arbeit muss schnell geleistet werden –, Ganztagschulen rechtlich abzusichern, und dabei werden wir dann in dem anderen Ausschuss, über den wir zuvor geredet haben, die Fragen klären, die zu klären sind: Wie sieht es aus mit der Verzahnung von Ganztagschule und außerschulischem Lernen, und wo sind Ganztagschulen angesichts der knappen Ressourcen am dringendsten?

Da gibt es die auf der einen Seite von der Sozialstruktur geforderten Bedarfe und auf der anderen Seite aber auch die Arbeitsmarktsituation, die das Arbeiten beider Elternteile fordert. Insofern müssen wir uns darüber unterhalten, wo genau wir Ganztagschulen prioritär einsetzen müssen. Aber diese beiden Aufgaben sind zu lösen, und sie müssen schnell gelöst werden. Deswegen bitte ich Sie, Frau Senatorin, dass wir da „Dampf“ machen, damit die Sache möglichst bald geregelt ist, denn mehrere Klagen dieser Art wollen wir uns doch nicht leisten, und aus diesem Grund brauchen wir unserer Auffassung nach

in diesem Punkt eine Novelle der Ganztagschulverordnung und des Schulgesetzes.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt kommt nicht das, was der Kollege Rohmeyer gerade eben vermutet hat. Im Gegenteil, ganz praktisch scheint mir auch dies ein Problem zu sein, das richtig gut in die Deputation hineinpasst. Hier geht es um eine Nachbesserung, und ich finde, es hält uns auf, wenn wir es hier im Parlament nutzen – –.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wir lassen uns von Ihnen nicht vorschreiben, welche Anträge wir hier einbringen!)

Jetzt habe ich Sie aber ärgerlich gemacht, das tut mir leid!

(Beifall bei der Linken, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde es jetzt kritisieren, dass Sie diesen Antrag hier eingebracht haben, aber mehr sage ich dazu jetzt nicht. Sie haben mich überzeugt, wir wollen ja friedlich miteinander umgehen. – Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Sinne der Friedlichkeit werde ich versuchen, noch einmal darzustellen, wie die Lage eigentlich im Augenblick aussieht. Wir haben den Paragraphen 23, Ganztagschulen, im Schulgesetz. Hier wird die Ganztagschule im Schulgesetz als Möglichkeit und Angebot für Eltern gesehen. Wir haben dann die Verordnung, die richtigerweise auch noch einmal geändert worden ist, Herr Rohmeyer hat darauf hingewiesen, die jetzt bei dieser Entscheidung zum Alten Gymnasium an einer Stelle in Anspruch genommen werden sollte und auch wohl an dieser Stelle geändert worden ist, wenn ich die Vorgeschichte richtig kenne.

Da heißt es in Paragraph 2 Absatz 5: „Die Wahrnehmung der ergänzenden Lern- und Betreuungsangebote ist verpflichtend, wenn Erziehungsberechtigte ihre Kinder nach Umwandlung der Schule in einer Ganztagschule angemeldet oder sich während des laufenden Schulbesuchs ausdrücklich für diese An-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) gebote entschieden haben.“ Hier wird wieder der Angebotscharakter deutlich gemacht.

Jetzt die Gerichtsentscheidung dazu aufgrund der Klage der Eltern, und nichts anderes interessiert ja eigentlich, was hat das Gericht dazu gesagt, und das müssen wir dann so hinnehmen, ob es uns gefällt oder nicht, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis: „Das Prinzip der Freiwilligkeit ist verletzt, wenn Erziehungsberechtigte, die mit der Umwandlung nicht einverstanden sind, vor die Alternative gestellt werden, entweder einen Schulwechsel vorzunehmen oder, um dem Kind einen solchen Wechsel zu ersparen, gegen ihren Willen am Ganztagsschulbetrieb teilzunehmen. Selbst wenn eine vergleichbare Schule in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen sollte, lässt sich eine solche Zwangssituation nicht mit dem Angebotscharakter der Ganztagschule vereinbaren.“

Da zielt das Gericht wiederum auf den Paragraphen 23 ab, dass die Ganztagschule in diesem Land ein Angebot an Eltern ist, und damit hebt das Gericht die Freiwilligkeit und die Wählbarkeit hervor. Man kann eine Ganztagschule wählen, man muss es aber nicht. Jetzt sind wir, weil Sie sagen, da ist eine eilige Notwendigkeit, die Novelle zu machen, nicht an der Stelle oder, ich glaube, jedenfalls gemeinsam nicht an der Stelle, an der wir Ganztagschule zu einer verpflichtenden Veranstaltung machen müssten. Wir müssten sie nämlich insgesamt vorhalten, es ist aber im Augenblick weiter ein Angebot, weil es beides gibt.

(B) Von daher ist keine Eile geboten, jedenfalls nicht an der Stelle des Paragraphen 23.

Wir müssen auf Dauer, wenn die Ganztagschulentwicklung weitergeht, natürlich diese Frage diskutieren. Aber die besondere Diskussion des Alten Gymnasiums war, die Eltern hatten das Gymnasium angewählt, als es noch Halbtagschule war, sie hatten sich also für eine Halbtagschule entschieden, und dann ist aufgrund der Veränderung des 12-jährigen Abiturs ab Klasse 7 aufwachsend Ganztagschule entschieden worden. Das Kind ist dann erst sozusagen in dieses Ganztagsangebot hineingewachsen, ich sage einmal so, mit den Jahrgängen. Da ist die Freiwilligkeit und die Wählbarkeit für die Eltern nicht mehr gegeben worden, und deshalb, meine ich, muss man diese Gerichtsentscheidung erst einmal so hinnehmen, weil Sie als Gesetzgeber selbst den Angebotscharakter formuliert haben. Ich glaube auch, dass es sich im Augenblick nicht anders machen lässt, das ist keine Kritik daran.

Die Frage ist also: Was macht man bei Umwandlungen von Halbtagschulen zu Ganztagschulen? Wie sichert man diese Frage ab? Das muss in der Deputation noch einmal sehr sorgfältig diskutiert werden, da haben Sie völlig recht, aber auch da, Herr Rohmeyer, wenn Sie jetzt einmal diesen Halbsatz nehmen, der da eingeführt worden ist, „oder sich während des laufenden Schulbesuchs ausdrücklich für diese Angebote entschieden haben“, da steht Erziehungsberechtigte, nicht der Elternbeirat, sondern

wenn Erziehungsberechtigte sich ausdrücklich entschieden haben,

(C)

(Abg. D r . B u h l e r t [FDP]: Individuell!)

individuell, und das funktioniert so nicht, das kann nicht funktionieren!

Das heißt, wir haben bei Anträgen bisher immer die Entscheidungen von den Elternbeiräten gefordert und nicht von den einzelnen Eltern. Das heißt, wir haben bei Umwandlung im Moment nur eine Möglichkeit, und ich glaube, wir sollten sie im Augenblick auch nicht beschneiden. Damit können wir uns aber gern noch einmal auseinandersetzen.

Wir haben eine Möglichkeit: Wir lassen aufwachsen, sodass die Eltern, die sich dann für eine Ganztagschule entscheiden, genau in diesen Jahrgang eintreten, und die Eltern, die sich nicht für diese Ganztagschule entschieden haben, sondern für die Halbtagschule, können dann allerdings nicht in den Genuss des Ganztagsangebots kommen. Die Frage ist, ob wir das Elternrecht stärker beschneiden wollen. Das hieße dann, wenn man eine Schule umwandelt und Eltern nicht einverstanden sind, würde man ihnen sozusagen diese Wahl abnehmen.

Zum bisherigen Bildungsanspruch habe ich ein wenig Zweifel, und das ist genau das, was offensichtlich auch die Eltern kritisiert haben. Hier wurde gesagt, es ist sozusagen ein additives Konzept, und warum sollen unsere Kinder nicht den Stundentafelbedarf unterrichtet bekommen, aber die Ganztagsbetreuungangebote wollen sie nicht haben. In diesem Bereich würden wir zu neuen Lösungen kommen, wenn wir uns darauf verständigen, in gebundene Modelle einzusteigen, und das ist auch ein Koalitionsauftrag, der allerdings auch noch finanziell hinterlegt werden muss.

(D)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Die gebundenen Modelle gibt es aber schon länger!)

Die gebundenen Modelle gibt es in Teilen schon, ja, insofern ist es eine komplizierte Frage des Elternrechts, die wir sehr sorgfältig diskutieren müssen. In welchen Fällen wollen wir das Elternrecht wirklich beschneiden, so lange, wie wir nicht insgesamt ein Ganztagschulsystem haben, das gebunden ist und das einen vollständigen Bildungsanspruch für die Eltern formuliert? An der Stelle sind wir einfach noch nicht. Es wäre schön, wenn wir finanziell so aufgestellt wären, dass es kein Problem wäre, alles so in eins zu gestalten, aber angesichts der Haushaltsprobleme, die wir haben, wird es nicht so schnell gehen. Insofern ist der Eilcharakter nicht gegeben, würde ich einmal sagen.

Ich finde aber, dass wir uns für die künftige Entwicklung über die Frage des Wahlrechts von Eltern und über die Absicherung in der Verordnung und auch

(A) im Gesetz unterhalten sollten. Ich fände es übrigens gut, wenn wir das im Rahmen der Deputation jetzt einmal vordiskutieren und dann mit in die Frage der Schulentwicklung nehmen, denn genau dahin gehört es, wie entwickeln sich Ganztagschulen in Bremen sozusagen weiter. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie haben völlig recht! Es handelt sich bei Ihren Ausführungen um eine sehr komplizierte Materie, aber man muss berücksichtigen, als wir diesen Antrag Mitte September eingebracht haben, eine Woche, nachdem die Entscheidung des OVG vorlag, war die Grundlage auch noch eine andere, weil der Schüler seinerzeit noch auf dieser Schule war. Wenige Wochen später haben wir durch Zufall erfahren, dass er von der Schule abgemeldet wurde und jetzt, wie gesagt, im Halbtagsbetrieb eine Stunde weniger Unterricht hat.

(B) Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir extrem vorsichtig sein müssen, was die Einschränkung von Elternrechten angeht, nicht nur, weil auch Ihr Vorgänger immer sehr viel Wert auf Elternwahlfreiheit gelegt hat. Wir müssen es vor allem, und das ist das, was ich vorhin auch gesagt habe, juristisch sorgfältig machen. Ich möchte nicht noch einmal von einem bremischen Verwaltungsgericht derart belehrt werden. Frau Kauertz, wir haben etwas vorgelegt bekommen, und das Verwaltungsgericht und das Obergericht haben uns und auch den seinerzeitigen Deputierten die Entscheidung hinterher „um die Ohren gehauen“. Die fachliche Beratung durch das Ressort war in diesen beiden Fällen mangelhaft, ich will es so deutlich ansprechen, und das möchte ich für die Zukunft ausschließen. Ich möchte, dass die Beschlüsse, die dann auch eine Bildungsdeputation fasst, egal welcher Couleur, zumindest juristisch hieb- und stichfest sind. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/63 zur Bera-

*) Vom Redner nicht überprüft.

tung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von dreizehn stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Paragraf 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sieht vor, dass für jedes Mitglied zwei Vertreter zu wählen sind; der Präsident des Obergerichtshofs wird zunächst von dem Vizepräsidenten dieses Gerichts vertreten. Die Bürgerschaft wählt einen weiteren Stellvertreter aus dem Kreis der rechtsgelehrten bremischen Richter. Die Reihenfolge der Stellvertretung wird bei der Wahl festgesetzt.

Die Wahlvorschläge für die 13 stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs liegen den Abgeordneten schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen. (D)

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind die 13 stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs gewählt.

Die Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs ist für den 21. November 2007 vorgesehen. Die stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden schriftlich von der Wahl benachrichtigt.

Verbraucher vor aggressivem Telefonmarketing wirksam schützen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Oktober 2007
(Drucksache 17/102)

D a z u

(A) **Änderungsanträge der Fraktion der FDP
vom 17. Oktober 2007**

(Drucksachen 17/101 und 17/103)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heselers.

Die Beratung ist eröffnet.

Nachträglich ist vereinbart worden, die Redezeit auf zehn Minuten festzusetzen.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach zwei Stunden Bildungspolitik möchte ich Sie jetzt für ein ganz anderes Thema sensibilisieren, nämlich die sogenannten Drückerkolonnen des 21. Jahrhunderts. Sie alle kennen die aggressiven Anrufe von Callcentern, und Sie haben ja auch gerade der Presse entnehmen können, dass mit unlauteren Methoden zum Beispiel DSL-Anschlüsse an Menschen verkauft worden sind, die noch nicht einmal einen Computer haben. Das ist ein großes Problem, das wir haben, und es entwickelt sich zu einem flächendeckenden Problem, weil wir eine Zunahme im Bereich dieser unaufgeforderten und aggressiven Anrufe um rund 30 Prozent im letzten Jahr haben.

(B) Diese sogenannten Cold Calls stellen nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb auch heute schon eine unzumutbare Belästigung dar. Sie sind eine Beeinträchtigung des Wettbewerbs und daher verboten. Diese Regelung in Paragraph 7 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb geht zurück auf eine EU-Datenschutzrichtlinie, und Deutschland hat diese nationale Regelung allerdings sehr schwach umgesetzt, denn es hat diese Cold Calls erlaubt, wenn zu Beginn des Telefonats ein Einverständnis signalisiert wird.

Trotz dieses Verbots nutzen viele unseriöse Firmen diese Anrufe zulasten der Verbraucher aus und rufen an, ohne auch genau auf das vorher notwendige Einverständnis hinzuweisen. Das tun sie, weil der Konkurrenzdruck unter den Wettbewerbern enorm hoch ist, und leider fallen wie in dem Beispiel, das ich eingangs erwähnte, viele Menschen auch auf diese aggressive Werbung herein und schließen Verträge ab, die ihnen oft nur Nachteile bringen. Sie haben keine realistische Möglichkeit, im Nachhinein diese Verträge wieder aufzulösen, denn diese am Telefon geschlossenen Vereinbarungen werden auch ohne schriftliche Bestätigung heute wirksam. Im Nachhinein etwas zu ändern fällt besonders schwer, da, wie Sie alle wissen, diese Callcenter in aller Regel ihre Nummern unterdrücken.

Diese völlig unbefriedigende Situation hat auch die Verbraucherzentrale in Berlin veranlasst, ein schär-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) feres Vorgehen des Bundes gegen diese unlauteren Anrufe zu fordern. Auch das EU-Recht setzt die Bundesministerin unter Zugzwang, denn der EU reichen unsere deutschen nationalen Regelungen nicht aus. Sie fordert vielmehr wirksame und abschreckende Maßnahmen, insbesondere auch Sanktionen.

Frau Zypries hat daher im September einen Gesetzentwurf vorgelegt, der einige sinnvolle Maßnahmen enthält. Ich sage Ihnen die Eckpunkte in Kürze, damit Sie dann auch unseren Antrag besser verstehen. Der Verbraucher bekommt mehr Möglichkeiten, Verträge, die am Telefon geschlossen wurden, zu widerrufen, so zum Beispiel bei Verträgen über die Lieferung von Zeitungen und Zeitschriften, bei Wett- und Lotteriediensten. Die Widerrufsfrist beginnt nicht, bevor der Verbraucher eine Belehrung seines Widerrufsrechts in Textform erhalten hat, Verstöße gegen das bestehende Verbot können mit einem Bußgeld bis zu 50 000 Euro geahndet werden, und letztendlich dürfen die Rufnummern nicht mehr unterdrückt werden, damit der Anrufer ermittelt werden kann.

So weit, so gut! Mit diesem Gesetzentwurf ist die Bundesministerin auf einem richtigen Weg, aber das angekündigte Maßnahmenpaket reicht uns, der CDU-Fraktion, noch nicht aus. Wir halten ein schärferes Vorgehen für geboten, um diese unlautere Telefonwerbung zu unterbinden. Ganz entscheidend ist für uns, dass telefonisch abgeschlossene Verträge schriftlich vom Verbraucher bestätigt werden müssen. Entscheidend ist für uns auch, dass der Verbraucher in Paragraph 8 Absatz 3 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine eigenständige Anspruchsberechtigung bekommt, also selbst auch nach diesem Gesetz klagen kann.

(D) Ähnlich sieht das auch die Verbraucherschutzministerkonferenz. Auch sie verlangt eine schriftliche Bestätigung, fordert aber zusätzlich, eine bundesweite Informationskampagne gemeinsam mit den Ländern und den Verbraucherschutzzentralen auf den Weg zu bringen, um die Verbraucher für ihre Rechte zu sensibilisieren.

Die CDU-Fraktion kann sich deshalb nicht zufriedengeben mit dem vorgelegten Gesetzentwurf. Wir fordern daher den Senat auf, im Bundesrat eine Ergänzung dieses Entwurfs zu erwirken, der insbesondere Punkt 2 unseres Antrags beinhaltet. Über diesen Antrag hinaus wäre es natürlich wünschenswert, wenn auch in Bremen diese Vorschläge der Verbraucherschutzministerkonferenz aufgegriffen würden und hier gemeinsam mit der Verbraucherschutzzentrale eine Informationskampagne umgesetzt würde.

Lassen Sie mich allerdings im Zusammenhang mit dieser Verbraucherschutzministerkonferenz noch eine Anmerkung am Rande machen! Laut Protokoll hat Bremen an dieser Sitzung nicht durchgängig teilgenommen. Es ist das erste Mal, dass Bremen hier nicht von Anfang bis Ende dieser Konferenz seine Gedanken, seine Vorschläge eingebracht hat. In den letzten

(A) Jahren sind wir immer präsent gewesen, und es wundert mich schon, dass Bremen hier dieses Herzensanliegen, das ja Rot-Grün immer signalisiert, Verbraucherschutz als besonderer Schwerpunkt dieser Koalition, nicht eingebracht hat, wie es möglich gewesen wäre.

Ich freue mich, dass unser Antrag Zustimmung im Regierungslager gefunden hat, dass Rot-Grün uns hier unterstützt. Ich muss noch ein kurzes Wort zum Antrag der FDP sagen. Im Prinzip ist es natürlich richtig, dass wir uns auch, wenn wir das denn können, gegen Callcenter wehren sollten, die in Shanghai sitzen und Firmen auf den Malediven vertreten, nur ist das, glaube ich, eine Nummer zu groß für uns. Ich denke, dass das die EU betrifft und diese hier tätig werden muss. Insofern finde ich es gut, wenn wir hier einige ganz konkrete Punkte benannt haben und diese auch wirklich durchsetzen können. Insofern bitte ich Sie sehr herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. Den Antrag der FDP lehnen wir ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Oppermann.

Abg. **Oppermann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vieles ist gesagt worden, insofern will ich mich da auch nicht wiederholen. Ich freue mich, dass wir hier im Haus einen großen Konsens herstellen konnten, was diese Thematik angeht. Jeder von Ihnen hat sicherlich schon einmal Anrufe zu Zeiten bekommen, zu denen er nicht damit gerechnet hat, dass das Telefon schellt, und im Handumdrehen haben Sie auf einmal für zwei Jahre die „Bäckerblume“ abonniert, ohne dass Sie das wussten. Es gibt da auch andere Zeitschriften, ich will da nicht diese Zeitung diskreditieren, aber nur um das einmal zu illustrieren, wie das mitunter abläuft!

Ich bin dankbar, dass Frau Zypries diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Das, was wir jetzt hier gemeinsam in diesem Haus auf den Weg und dann über den Bundesrat einbringen, ist flankierend zu dem Antrag der Bundesregierung. Frau Winther hat recht mit der Bitte an den Senat, hier gemeinsam mit der Verbraucherzentrale eine Informationskampagne zu starten, weil viele doch gar nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

Damit Sie sich überhaupt einmal die Tragweite dieser Telefonwerbung vor Augen halten können, will ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer FORSA-Umfrage zitieren. Da hat man an zwei Tagen Ende August rund 1000 Leute befragt.

(Abg. **D r . B u h l e r t** [FDP]: Per Telefon höchstwahrscheinlich!)

Von diesen 1000 Leuten sind 64 Prozent in den letzten Monaten ohne Einwilligung von einem Unterneh-

men angerufen worden. Auffallend ist, dass davon insbesondere die ältere Generation betroffen war. Die Quote steigt bei den Älteren auf rund 78 Prozent. 86 Prozent fühlen sich durch unaufgeforderte Werbeanrufe belästigt – das kann ich nur bestätigen –, 49 Prozent geben an, heute mehr Werbeanrufe zu bekommen als vor 2 Jahren. In der Tat ist es ein günstiges Werbemedium, und das wird auch reichlich genutzt. 98 Prozent sind der Meinung, dass Verträge, die aufgrund unerlaubter Telefonwerbung geschlossen werden, nicht beziehungsweise nur nach einer schriftlichen Bestätigung gültig sein sollten. Genau das ist die Zielrichtung, die dieser Gesetzentwurf beabsichtigt, den wir hier insgesamt im Hause unterstützen.

Zu dem ergänzenden Antrag der FDP-Fraktion: Ich weiß nicht, wie das vom Ablauf her gemacht werden soll, hier einen gewissen Schutz vor Cold Calling von Anbietern aus anderen Staaten sicherzustellen. Die Frage ist, das ist auch eine Überlegung, die Frau Kollegin Winther angestellt hat, dass wir das dann international entsprechend über die EU einbringen sollten. Ich finde, das, was wir insgesamt bisher hier zur Beschlusslage vorlegen, ist eine Ergänzung zu einem Gesetzentwurf, die den Schutz der Verbraucher sehr ernst nimmt. In dieser Hinsicht bitte ich um breite Unterstützung für diesen gemeinschaftlichen Antrag. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, es ist gut nachvollziehbar, wie die Vorredner schon erläutert haben, dass der Verbraucher nach dem momentanen Stand der Gesetzgebung völlig unzureichend geschützt ist, dass sich da also etwas ändern muss. Der Gesetzentwurf auf Bundesebene wird von uns auch begrüßt. Wir werden von daher auch diesen Antrag hier in der Bürgerschaft mit unterstützen.

Wir sind auch der Meinung, dass besonderer Wert darauf gelegt werden sollte, dass die Verbraucher eigenständige Anspruchsberechtigte sind, dass sie also erstmals selbst dagegen klagen können, was bisher nicht der Fall gewesen ist. Natürlich finden wir, es ist auch eine gute Regel, wenn die Verträge erst einmal in einer schriftlichen Bestätigung noch einmal zurückgeschickt werden müssen, das finden wir auch ziemlich gut.

Wir selbst sind allerdings der Meinung, wenn man sich mit diesem Gewerbe einmal ein bisschen beschäftigt hat, Frau Winther hat ein paar Ausführungen dazu gemacht, dass ein Bußgeld in Höhe von 50 000 Euro etwas zu gering ist, wenn man dagegen rechnet, wie viel Gewinn in dieser Branche durch diese Telefon-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) anrufe gemacht wird. Ansonsten werden wir dieser Initiative hier zustimmen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal deutlich sagen: Es wird auch wichtig sein, dass die Information wirklich zu den Verbrauchern kommt. Wenn das mit dieser Verbraucherschutzkonferenz nicht funktioniert, dann müsste man spätestens in der nächsten Sitzungsperiode sich noch einmal Gedanken darüber machen, wie wir in Bremen selbst sicherstellen können, dass die Informationen auch wirklich alle Verbraucher bekommen und Recht eben nicht nur ein Recht bleibt, sondern ein Recht ist, von dem die Leute wissen, dass sie es verwenden können. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja schon erwähnt worden: Auch wir Grünen tragen den Antrag mit, um eine Unterbindung des unzulässigen Telefonmarketings zu erreichen. Eine solche Gesetzesnovelle mit dem jetzt von CDU, SPD und Grünen gemeinsam getragenen Antrag, worüber ich mich sehr freue, mit den zusätzlichen flankierenden Maßnahmen ist ganz dringend erforderlich zur Verbesserung des Verbraucherschutzes.

(B) Ich muss erwähnen, auch ich gehöre zu diesen 86 Prozent, die total genervt sind von den unerlaubten Anrufen. Man konnte ja auch in der Presse verfolgen, dass man alte Menschen dermaßen über den Tisch zieht, was ich wirklich verantwortungslos finde. Zudem erreichen mich solche Anrufe regelmäßig freitags nach 20 Uhr, wenn man endlich einmal denkt, man sitzt und kann auch vielleicht einmal in der Woche gemütlich einen Film schauen, und schon geht das Telefon, und es kommt so ein Anruf, der einen absolut belästigt. Von daher denke ich, das ist dringend erforderlich, und ich danke auch der CDU hier an der Stelle für diese Initiative!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte aber auch noch einmal erwähnen, dass die Ursache für diese Belästigung vor allem natürlich die schwarzen Schafe in der Callcenter-Branche sind, und dass diesen nicht Einhalt geboten wird, ist der Hintergrund, dass wir erhebliche Lücken haben bei den Vollzugs- und Sanktionsregeln im Wettbewerbsrecht. Diese Lücken zu schließen ist Ziel einerseits der ja schon jetzt angekündigten Gesetzesnovelle auf Bundesebene, und es ist auch Ziel, dies noch weiter zu verbessern durch die Initiative, die Bremen ergreifen soll über den Bundesrat und andere Möglichkeiten, sich auf Bundesebene einzumischen.

Ich will an der Stelle nicht auf die einzelnen Maßnahmen eingehen, Frau Winther hat sie deutlich geschildert. Ich möchte nur noch einmal hervorheben

und betonen, dass insbesondere die Forderung des Bußgeldes in Höhe von 50 000 Euro eine alte grüne Forderung ist. Unsere Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag am 31. Januar dieses Jahres eingebracht.

Hier vielleicht auch noch einmal zu Herrn Erlanson, da komme ich auch zu weiteren eigentlich grünen Wünschen, was wir zusätzlich wollen: Die Frage ist hier nicht, ob das Bußgeld noch weiter zu erhöhen ist, sondern das ist, glaube ich, angemessen. Was die Grünen eigentlich zusätzlich wollen, ist eine Gewinnabschöpfung. Deswegen haben wir konkret noch die Forderung, dass man den Verschuldungsmaßstab in Paragraph 10 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb so fassen sollte, dass das Instrument der Gewinnabschöpfung bereits greift, wenn ein Unternehmen grob fahrlässig handelt. Wir wollen, dass diese abgeschöpften Gewinne zur Finanzierung der Verbraucherschutzarbeit verwendet werden und dass in staatlichen Unternehmen und Aufsichtsräten darauf hingewirkt wird, dass das gesetzliche Telefonverbot auch dort ausnahmslos eingehalten wird. Nichtsdestoweniger, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir Abstand davon genommen, jetzt auch das noch in diesen Antrag hineinzufrachten.

Wir wollen, dass ein deutliches Signal für die zentralen Forderungen oder ergänzenden Maßnahmen mit breiter Mehrheit von hier aus an den Bund gesendet wird und dass wir nicht letztendlich dann doch wieder so einen Trümmerhaufen von Forderungen bekommen, die keine deutliche Linie mehr erkennen lassen. Wir werden als Grüne das natürlich auch weiter versuchen einzubringen. Trotzdem nehmen wir im Sinne eines solchen gemeinsamen Antrags und eben auch dessen, was die zentralen Forderungen sind – ich denke, die sind hier gerade auch enthalten –, jetzt davon Abstand, das auch noch einzubauen. Das ist übrigens auch eine weitere Begründung neben der, die Frau Winther schon gebracht hat, warum wir den FDP-Zusatzantrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Angeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Sogenannte kalte Anrufe, Cold Calls, die dazu dienen, Neukunden zu gewinnen, sind zu Recht wegen Kundenfangs durch Belästigung verboten. Obwohl Cold Calling verboten ist, hat die Anzahl der kalten Anrufe in den vergangenen Jahren weiter zugenommen, die Gesellschaft für Konsumforschung beziffert deren Anzahl mit über 300 Millionen unaufgeforderter Anrufe pro Jahr. Der Ansatz der Werbebranche, sich durch einen Ehrenkodex selbst Maßnahmen aufzuerlegen, die es schwar-

(C)

(D)

(A) zen Schafen schwerer machen, ist aus unserer Sicht ein Erfolg und ein vielversprechender Weg. So stellt eine Eintragung der eigenen Rufnummer in die sogenannte Robinson-Liste durch einen monatlichen Abgleich der Kundendaten sicher, dass zumindest seriöse Telefonmarketinganbieter nicht mehr anrufen.

Den Vorschlag der Bundesjustizministerin, dass unerwünschte Werbung am Telefon künftig mit einem Bußgeld geahndet werden soll, findet ebenfalls grundsätzlich unsere Unterstützung. Unternehmen, die nachweisbar illegale Telefonanrufe betreiben, müssen in die gesetzlichen Schranken verwiesen werden, auch durch höhere Bußgelder. Weiterhin muss flankierend das Widerrufsrecht bei Fernabsatzgeschäften gestärkt werden. Nur wenn sich Verbraucher aus derart geschlossenen Verträgen auch problemlos durch Widerruf wieder lösen können, sinkt der Anreiz für die Industrie und die Werbebranche, solche Methoden zu nutzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Erweiterung des Unterlassungsanspruchs nach Paragraph 8 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb, der bislang nur Mitwerbern, geeigneten rechtsfähigen Vereinen, qualifizierten Einrichtungen oder den Industrie- und Handelskammern beziehungsweise den Handwerkskammern offensteht, halten wir ebenfalls für sinnvoll. Deswegen wird auch die FDP-Fraktion diesem Antrag zustimmen. Wir halten das Ansinnen durchaus für richtig.

(B) Allerdings, und das begründet auch unseren Änderungsantrag, ist für uns unbeantwortet geblieben, wie Bußgelder jenseits der deutschen Grenzen wirklich wirksam durchgesetzt werden können. Nach unserem Eindruck und auch nach Einschätzung der Experten agiert ein nicht unerheblicher Teil der unseriösen Anbieter bewusst vom Ausland auf dem deutschen Markt. Es ist ein ganz zentraler Punkt, ob Sie hier einen zahnlosen Tiger schaffen und nur symbolisch dem Verbraucher hier vorhalten wollen, Sie würden etwas tun, oder ob man tatsächlich erwarten kann, dass sich dort etwas ändert. Wir glauben, man darf die Erwartung an eine Bundesregierung haben, dass sie sich auf internationalem Parkett dafür einsetzt, dass auch hier Regelungen entwickelt werden, denn dies ist ja nicht nur das Interesse der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern es sollte auch ein internationales Thema sein. Ich bin mir ziemlich sicher oder ich vermute, dass es daran liegt, dass die Fraktionen von CDU und SPD ihrer eigenen, doch etwas schwächlich agierenden Bundesregierung nicht sehr viel zutrauen, dort wirklich etwas zu erreichen.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau B u s c h [SPD]: So bekommt man erst recht keine Zustimmung!)

Wenn Sie das so meinen und deshalb unserem Antrag nicht zustimmen, dann glaube ich gern, dass Sie das auch tun werden vor diesem Hintergrund.

(C) Ich will Ihnen aber auch deutlich sagen: Belassen Sie es nicht bei reiner Symbolikpolitik! Das Anliegen ist ein wichtiges, es ist auch für uns als Liberale etwas Wichtiges. Wir sind die Partei des Verbraucherschutzes,

(Lachen bei der SPD – Glocke)

deshalb geht unser Antrag hier weiter als Ihrer, und deshalb können wir uns auch erlauben, diese Forderung hier deutlich zu artikulieren im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Präsident Weber: Herr Kollege Möllenstädt, gestatten Sie eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes?

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Möllenstädt, haben Sie denn wenigstens eine Idee, wie man das sicherstellen sollte, was Sie hier fordern? Dass das notwendig ist, sehen wir auch, aber wir halten genau das für Symbolik, das aufzunehmen, hier eine Forderung zu stellen, etwas sicherstellen zu wollen, was man überhaupt nicht kann. Wenn Sie das fordern, dann müssen Sie zumindest eine Idee haben, auf welchem Weg, über welche Gesetzesschienen und über welche Ebenen, und schon gar nicht über eine Bundesinitiative, sondern das muss vor allen Dingen auf europäischer Ebene geregelt werden. (D)

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Frau Kollegin, ich bin völlig Ihrer Meinung, die Sie angedeutet haben, dass das ein Thema für die internationale Ebene ist. Da fangen wir einmal mit der EU an.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass Deutschland da sehr gute Möglichkeiten hat, im Wettbewerbsrecht solche Dinge auch mit den Partnern in der Europäischen Union zu verhandeln. Ich glaube auch, dass es unsere Aufgabe als Landesparlament ist, da wir an der Gesetzgebung mitwirken, auch derartige Impulse zu geben. Das denke ich schon, diesen Anspruch sollte man haben.

Was die darüber hinausgehende internationale Ebene angeht: Es gibt viele bilaterale Gespräche, die laufend geführt werden mit anderen Staaten, auch in Welthandelsfragen und Ähnlichem auf multilateraler Ebene. Lassen Sie uns doch einmal die Chance wahrnehmen, diese Punkte, die für die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig sind, dort mit zu thematisieren! Aber Sie verweigern sich dem. Sie sagen, wir wollen nicht einmal die Bundesregierung aufordern, das zu tun, und ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch, dass das getan wird.

(Beifall bei der FDP)

(A) Ich denke, wenn man das wirklich fair machen will, dann gehört es auf diese Ebene. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe immer die Erwartung gehabt, dass die Grünen genug im Leben stehen und wissen, dass wir eine Welt sind – das thematisieren Sie ja an vielen anderen Stellen auch –, und wir sind mit Ihnen einer Meinung, wenn wir über Globalisierung reden, das ist etwas, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, aber das gilt eben auch hier. Wir sind auch hier nicht ein Eiland, auf dem man nationale Gesetzgebung machen kann und damit wirklich Erfolge erzielt, sondern gerade in diesem Bereich –.

(Abg. Frau D r . M a t h e s [Bündnis 90/
Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischen-
frage. – Glocke)

Danke, Sie haben Ihre Möglichkeit gehabt zu fragen, Frau Kollegin!

(Abg. Frau D r . M a t h e s [Bündnis 90/
Die Grünen]: Die entscheidende Frage haben Sie nicht beantwortet! – Abg. Frau
B u s c h [SPD]: Gehen Sie mit den Ver-
brauchern auch so um?)

Wir sind kein isoliertes Eiland, und gerade, wenn es um moderne Techniken und deren Nutzung geht, sollte klar sein, dass wir das auf internationaler Ebene nur gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern erreichen können. Deshalb nehmen Sie bitte an, dass wir ein Stück weit gern darüber hinausgehen wollen in dem, was wir der Bundesregierung hier mitzugeben gedenken als unseren Auftrag. Ich habe die Hoffnung, dass Sie sich dem nicht verschließen und dem Antrag der FDP hier zustimmen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der großen Einigkeit, die wir hier im Prinzip über dieses Thema haben, erlauben Sie, dass ich mich dann auch sehr kurz fasse! Dieser Antrag stimmt in vollem Umfang mit der Position des Senats überein. Wir sind der Meinung, dass klare Maßnahmen gegen aggressives Telefonmarketing zu treffen sind, und das sind die Maßnahmen, die hier beschrieben worden sind. Deswegen kann ich dazu sagen, der Senat begrüßt die Initiative der Bundesjustizministerin und die Aktionen und Aktivitäten der Verbraucherschutzministerkonferenz.

Ich will auch gern dazu sagen, dass wir am nächsten Tag festgestellt haben, es ist bedauerlich, dass bei diesem Tagesordnungspunkt kein bremischer Vertreter mehr anwesend war. Wenn das das erste Mal war –

das weiß ich nicht! –, dann werden wir sicherstellen, dass es auch das letzte Mal ist. Wir haben sofort im Ressort festgelegt, dass künftig bei Verbraucherschutzministerkonferenzen, in denen es um wirtschaftlichen Verbraucherschutz geht, auch ein Vertreter des Wirtschaftsressorts anwesend sein wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. D r . S i e l i n g
[SPD]: Neue Besen kehren gut!)

Aber wenn es das erste Mal ist, offensichtlich war es bisher ja noch nicht der Fall! Aber okay, das soll nicht wieder passieren!

Eindeutig und klar ist hingegen, dass wir die Positionen der Verbraucherschutzministerkonferenz hier ganz klar vertreten, und deswegen wird der Senat auch diesen Antrag unterstützen. Man kann die Frage stellen, ob wir unbedingt eine eigenständige Bundsratsinitiative machen sollten, aber das können wir auch machen. Ich glaube, dass wir in diesem Verfahren diese Position durchsetzen können, und wir werden uns als Senat dahinterstellen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, vor der Abstimmung möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Fraktion der FDP den zurückgezogenen Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/101 wiederaufleben lassen hat. Der Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/103 ist zurückgezogen, sodass ich jetzt über den Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 17/101 abstimmen lasse.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der FDP seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke und Abg. T i t t m a n n
[parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

(C)

(D)

(A) Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/102, Neufassung der Drucksache 17/56, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Zivilschutzkonzept erstellen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (parteilos)
vom 26. September 2007
(Drucksache 17/69)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.
Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Begründung, Deutschland habe nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des sogenannten Ostblocks keine Feinde mehr, die eine Bedrohung darstellen würden für unsere Zivilbevölkerung, hat der Bund Zug um Zug seit Anfang der Neunzigerjahre den Zivilschutz und damit verbundene entsprechende Einrichtungen wie Schutzräume und Bunker aufgegeben. Auch im Bundesland Bremen wurden auf Veranlassung politischer Entscheidungsträger öffentlicher Schutzraum und Schutzraumkonzepte eingemottet. Über mehr als 130 bombensichere Luftschutzbunker verfügte allein die Stadt Bremen, und über Jahrzehnte hieß es, es sei die Pflicht des Staates, durch Ausbaumaßnahmen den Schutz und die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern vor Angriffen durch biologische, chemische oder atomare Waffen zu gewährleisten.

Entsprechende Wartungsarbeiten und Notfallübungen des ZBV, des Technischen Hilfswerks und anderer Organisationen sollten sicherstellen, dass im Falle eines Falles möglichst große Teile der Bevölkerung Zuflucht finden könnten. Zivilschutz ist Lebensschutz und wurde immer wieder betont, es wurde bei jeder Gelegenheit betont, jetzt scheint dieses Verantwortungsbewusstsein gegenüber Normalbürgern nicht mehr gefragt zu sein.

Die von der Gesellschaft für Bremer Immobilien verwalteten Hochbunker etwa, die sich in bremischem Besitz befinden, sollen möglichst teuer an Privatpersonen verscherbelt werden, weil sie angeblich über-

flüssig sind, weil Bremen pleite ist und jeden Euro braucht. Deutschland und somit auch unser Zwei-Städte-Staat habe angeblich nur noch Freunde außerhalb der Grenzen, Friede, Freude, Eierkuchen, da bedarf es natürlich keiner Schutzräume mehr. Entsprechend will auch der Bund mit den sich in seinem Besitz befindenden Bunkern, die sich in etlichen Stadtteilen befinden, per Verkauf Reibach machen, meine Damen und Herren.

Man fasst sich doch an den Kopf! Während jedes flächendeckende öffentliche Schutzraumkonzept bundesweit als überflüssig und nicht mehr zeitgemäß beiseite geschoben wird, warnt der zuständige Bundesinnenminister Schäuble von der CDU gleichzeitig vor einem möglichen Terroranschlag nuklearer Art. Damit nicht genug, er redet solche Attacken geradezu herbei. Ich zitiere: „Viele Fachleute sind inzwischen überzeugt, dass es nur noch darum geht, wann ein solcher Anschlag kommt und nicht mehr, ob!“

Meine Damen und Herren, dass ausgerechnet das Ministerium des Herrn Schäuble am 7. Mai 2007 den Bunkerausstieg beschlossen hat, kann doch nur als grotesk bezeichnet werden. Man fragt sich doch, was den Mann angesichts seiner Bekundungen in puncto Gefahr durch Terroristen antreibt, auch noch die letzten rund 2000 für den Zivilschutz bereitgehaltenen Bunker und Schutzräume im gesamten Bundesgebiet aufzugeben, zumal mangelndes Verantwortungsbewusstsein politisch Verantwortlicher bereits dazu geführt hat, dass allenfalls nur zwei Prozent der Bevölkerung ein Schutzraumplatz zur Verfügung stehen würde, das heißt also, 98 Prozent der Menschen nicht!

Angebracht wäre ein Blick in die Schweiz. Dort gibt es aktuell über 270 000 Personenschutzräume und 3500 Schutzanlagen, also 95 Prozent der Bevölkerung können in Sicherheit gebracht werden. Hinzu kommt, dass sich die Schweizer Regierung konsequent aus allen Konflikten heraushält im Gegensatz zur Bundesregierung, die unsere Bundeswehr für die US-Interessen mit Kampfauftrag in fremde Kriegs- und Krisengebiete schickt und damit den Hass von Völkern, die Deutschland stets freundlich gegenüberstanden, geradezu züchtet. Meine Damen und Herren, es darf nicht sein, dass verantwortliche Politiker unser Volk durch ihre USA-Hörigkeit in Gefahr bringen und gleichzeitig die Aufgaben des flächendeckenden öffentlichen Schutzraumkonzeptes sträflich vernachlässigen!

Im Sinne des vorliegenden Antrags muss es also darum gehen, alles Denkbare zum Schutz unserer Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen auch in Bremen und Bremerhaven zu ergreifen. Deshalb sei noch einmal festgestellt, die Beseitigung der für den Zivilschutz errichteten Bunker und Schutzräume ist unverantwortlich. Ein umfassender Ausbau dieser Einrichtungen wäre also dementsprechend unverzichtbar und dringend erforderlich. Darum stimmen Sie meinem Antrag zum Schutz der Bremer und Bremer-

(C)

(D)

(A) havener Bevölkerung uneingeschränkt und überparteilich zu!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Tittmann, inhaltlich disqualifiziert sich hier Ihr Antrag schon einmal von selbst, und das, was Sie noch dazu ausgeführt haben, ist völliger Quatsch.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weil es aber möglicherweise außer Ihnen noch weitere Ewiggestrige gibt, will ich zumindest kurz auf die Hintergründe eingehen! Im Rahmen des Zivilschutzes werden weder alte noch neue Bunker gebraucht, sondern Konzepte für ABC-Gefahren, die potenziell drohen, Naturkatastrophen und große Schadensfälle. Dazu gehört natürlich eine permanente Verbesserung der Ausrüstung sowie der Ausbildung der Zivilschutzkräfte. Die aus unserer unseligen Vergangenheit noch immer im Stadtbild vorhandenen Bunker sollten vielmehr entgegen des Antrags entweder beseitigt oder, wenn dies nicht möglich ist, weiter begrünt oder einem Wohn- oder Wirtschaftszweck zugeführt werden.

(B) (Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird deshalb den Antrag des Abgeordneten Tittmann ablehnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einmal wird wieder deutlich, wie leichtfertig Sie, also die Volksvertreter, die Unversehrtheit und den Schutz des Lebens derer aufs Spiel setzen, die Sie zu vertreten vorgeben. Sicher ist davon auszugehen, dass politische Entscheidungsträger, die so eifrig die Zerschlagung des Zivilschutzes betreiben, für ihre eigene Sicherheit im Falle eines Falles wirklich vorgesorgt haben, denn nach Angaben des Bundesinnenministeriums sollen merkwürdigerweise einzelne Schutzräume etwa im räumlichen Zusammenhang mit kritischer Infrastruktur, wie es heißt, aufrechterhalten werden. Sie müssen mir einmal erklären, was das heißt! Im Klartext heißt das wohl, nicht der Bürger und die Bürgerinnen, wohl aber politische Entscheidungsträger, Verantwortliche der Altparteien bleiben wieder geschützt.

Vielleicht wird aber doch noch einmal darüber nachgedacht, und darüber sollten Sie nachdenken,

wo der Rest der Bevölkerung, Frauen, Männer und vor allen Dingen Kinder, bei einem herbeigeschworenen, kann man ja schon sagen, Terrorangriff bleiben sollen. Das sollten Sie mir auch einmal erklären, darüber sollten Sie einmal in aller Ruhe nachdenken und schnellstens meinem Antrag zustimmen. (C)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Kollege Hinners, Entschuldigung!

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners. – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den Abgeordneten Tittmann will ich jetzt wirklich nicht weiter eingehen, jedwede Art von Gefahren, die wir uns zurzeit vorstellen können, hat mit der Verbunkerung unserer Gesellschaft wirklich überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Deswegen möchte ich hier noch einmal wiederholen: Alle Fraktionen dieses Hohen Hauses werden den Antrag von Herrn Tittmann ablehnen. (D)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Präsident Weber: Nun liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 17/69 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. R i c h t e r [FDP])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(A) **Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (BremLPartVerfG)**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und der FDP
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/52)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf in ihrer 5. Sitzung am 19. September 2007 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, Drucksache 17/52, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B) (Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamten-
gesetzes**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der SPD und Die Linke
vom 14. September 2007
(Drucksache 17/51)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf in ihrer 5. Sitzung am 19. September 2007 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

(C)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes, Drucksache 17/51, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2
vom 25. September 2007**

(Drucksache 17/68)

Wir verbinden hiermit:

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 3
vom 9. Oktober 2007**

(Drucksache 17/82)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

(D)

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.57 Uhr)

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 17. Oktober 2007****Anfrage 11: Private Postdienste**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bremer Behörden, Dienststellen, Eigenbetriebe, Museumsstiftungen und Beteiligungsgesellschaften nutzen für ihre Aussendungen neben der Deutschen Post auch private Postdienste?

Zweitens: Hat der Senat Kenntnis über die bei diesen privaten Postdiensten für Zusteller gezahlten Löhne?

Drittens: Hat der Senat überprüft, dass in keinem dieser privaten Postdienste ein Stundenlohn unter 7,50 Euro gezahlt wird?

Dr. Kuhn, Frau Stahmann,
Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Der Senat strebt an, über die Kernverwaltung und die bremischen Eigenbetriebe und Gesellschaften hinaus, auch bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte Beschäftigungsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten, die definierten sozialen Standards entsprechen. Dabei kommt einem angemessenen Mindestlohn eine sehr hohe Bedeutung zu.

Darüber hinaus ist der Senat bestrebt, durch strukturelle Maßnahmen zu gewährleisten, dass auch bei der Fremdvergabe von Aufträgen ein angemessener Mindestlohn gezahlt wird. Besonders „anfällig“ für die Unterschreitung einer angemessenen Mindestlohngrenze sind „Verwaltungsdienstleistungen für die Verwaltung“ wie Postdienste, Botendienste, Sicherungs- und Pfortnerdienste sowie Reinigungsdienste.

Bei der derzeit laufenden Neuausschreibung der zentralen regelmäßigen Botendienste etwa ist eine Mindestlohnklausel aufgenommen worden. Im Bereich der Sicherungs- und Pfortnerdienste sind in den letzten Wochen bereits zahlreiche Dienstleistungsverträge mit dem Ziel der Gewährleistung eines Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro umgestellt worden. Für den Bereich Innenreinigung prüft der Senat ungeachtet des geltenden Tariflohns von 7,87 Euro, ob durch die Innenreinigung mit eigenem Personal zukünftig angemessene soziale Beschäftigungs- und zugleich produktive Arbeitsbedingungen besser zu gewährleisten sind.

Bei den Postdienstleistungen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Zu Frage 1: Nach derzeitigem Erkenntnisstand auf Basis einer kurzfristigen Ressortabfrage nutzen das Amtsgericht Bremerhaven, der Eigenbetrieb Stadt-

bibliothek Bremen, das Focke-Museum sowie die Brepark und die Gewoba den privaten Postdienstleister Citipost für die Aussendung von Lieferungen. Die Klinikum Bremen-Mitte gGmbH wickelt den Briefversand über die Firma PostCon Deutschland Consolidation Service ab.

Darüber hinaus werden von verschiedenen Dienststellen und Einrichtungen in Einzelfällen Paket- und Kurierdienste wie zum Beispiel TNT Express, GLS Germany, Fahrradkurierdienst „Sprint-Logistik“ und so weiter genutzt. Bei den Kliniken Bremen-Mitte gGmbH und Bremen-Nord gGmbH bestehen für den Paketdienst Rahmenverträge mit den Firmen GO! General Overnight und TM-Logistik. Von der Landesvertretung der FHB in Berlin wurde mit dem Paketdienst TNT Express ein Vertrag geschlossen, der analog den Rahmenvertrag der Bundesministerien in Berlin anwendet.

Zu Frage 2: Der Senat hat keine umfassenden Kenntnisse über die bei privaten Postdiensten gezahlten Löhne. Es liegen dem Senat aber Hinweise vor, dass zum Beispiel im Zustelldienst der Firma Citipost Stundenlöhne von weniger als 7,50 Euro gezahlt werden.

Zu Frage 3: Die Senatorin für Finanzen hat alle Ressorts in einem Schreiben vom 2. Oktober 2007 aufgefordert, in ihren Zuständigkeitsbereichen zu überprüfen, ob bei der Auftragsvergabe an Dritte eine Mindestlohnhöhe von 7,50 Euro gewährleistet ist beziehungsweise wo dabei Probleme bestehen und wie diese abgestellt werden sollen. Der Rücklauf ist noch nicht abgeschlossen, dennoch liegen Hinweise auf geringere Stundenlöhne bei privaten Postdienstleistern vor.

Mit der Aufnahme der Briefdienstleistung in das Entsendegesetz ist ab dem 1. Januar 2008 die Möglichkeit eröffnet, dass ein Tariflohn von mehr als 7,50 Euro als Mindestlohn festgesetzt ist. Der Senat hat deshalb die Aufnahme von Briefdienstleistungen in das Entsendegesetz nachdrücklich unterstützt.

Der Senat wird darüber hinaus prüfen, wie durch die Ausgestaltung von Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen auch bei der Fremdvergabe von Aufträgen ein angemessener realer Mindestlohn zu gewährleisten ist.

Anfrage 12: Zeitverträge bei den ARGEn

Wir fragen den Senat:

Wie viele der im Jahr 2007 ohne Möglichkeit der Verlängerung auslaufenden befristeten Beschäftigungsverhältnisse des Arbeitgebers Bundesagentur für Arbeit bei der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, BAgIS, und der ARGE Job-Center Bremerhaven werden bis Ende 2007 durch Einstellungen der Stadtgemeinden ersetzt?

Wie wird beabsichtigt, die mit dem Wechsel der Beschäftigten in den TV-L verbundenen Gehaltsdifferenzen aufzufangen?

(B)**(C)****(D)**

- (A) Aus welchem Grund profitiert Bremen im Vergleich zu anderen Regionen lediglich unterdurchschnittlich von der Zuweisung zusätzlicher Stellen durch die Bundesagentur, sodass zur Deckung von unabweisbaren Personalbedarfen der ARGEn weiterhin auf die Eingliederungsbudgets zurückgegriffen werden muss?

Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP

Antwort des Senats:

Die Situation stellt sich in den beiden ARGEn des Landes folgendermaßen dar:

Erstens: ARGE Job-Center-Bremerhaven

Seitens der Bundesagentur für Arbeit, BA, wurde für 34 Beschäftigungsverhältnisse der BA über Verpflichtungsermächtigungen eine Weiterbeschäftigung bis zum 31. Dezember 2008 sichergestellt.

Eine Lösung mit der Kommune als Arbeitgeberin war daher in Bremerhaven nicht erforderlich, und das Problem von Gehaltsdifferenzen mit dem Wechsel in den TV-L stellt sich nicht.

Die ARGE Job-Center-Bremerhaven profitierte mit 12,5 Dauerstellen aus dem von der Bundesagentur für Arbeit bereit gestellten Kontingent von 4000 Planstellen.

Als Grund für diese Bemessung wurde durch die BA angegeben, dass diejenigen ARGEn vorrangig berücksichtigt würden, die bereits in ihrer Gründungsphase Anfang 2005 auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge abgeschlossen hatten, die im ersten Halbjahr 2007 ausliefen. Dies würde die Weiterbeschäftigung bereits eingearbeiteten Personals ermöglichen.

- (B) Eine Umschichtung von Mitteln des Eingliederungstitels in das Verwaltungskostenbudget ist bei der ARGE Job-Center-Bremerhaven nicht erforderlich.

Zweitens: Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS)

Bis zum Jahresende 2007 laufen aktuell 68 Zeitverträge der BA bei der BAGIS aus. Die Stadtgemeinde Bremen hatte bereits im Mai dieses Jahres erklärt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit auslaufenden Zeitverträgen mit einer Beschäftigungsperspektive von 2 Jahren zu übernehmen. Die diesbezügliche Ausschreibung wurde am 22. Mai veröffentlicht.

Insgesamt haben sich 63 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen um eine befristete Einstellung beim kommunalen Träger beworben. Davon sind bisher 9 Personen von der Kommune befristet eingestellt worden und weiter bei der BAGIS tätig. Den übrigen Bewerberinnen und Bewerbern wurde vorbehaltlich der abschließenden Prüfung eine Absichtserklärung für die Einstellung erteilt.

Die Kommune prüft zur weitgehenden Abwendung von Einkommenseinbußen in jedem Fall eine Anwendung von Paragraph 16 Absatz 5 TV-L, in dem die Möglichkeit geregelt wird, ein von der tarifvertraglichen Einstufung abweichend höheres Entgelt zu gewäh-

ren. Trotz dieser Gestaltungsmöglichkeiten kann es zu Einkommensverlusten kommen, da das AfSD die Obergrenze der Tarifvorschrift zu beachten hat und Einkommensverluste nicht in jedem Fall aufgefangen werden können.

(C)

Der BAGIS wurden 9,5 Dauerstellen aus dem von der BA bereitgestellten Kontingent von 4000 Planstellen zur Verfügung gestellt.

Als Grund gelten auch hier die von der BA prioritär zugrunde gelegten auslaufenden Stellen im 1. Halbjahr 2007, um zunächst die dringendsten Personalbedarfe aller ARGEn zu berücksichtigen. Nicht berücksichtigt wurden die im 2. Halbjahr 2007 auslaufenden Befristungen und der Anteil der befristeten Verträge an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Vergleich der ARGEn.

Voraussichtlich wird die BAGIS nur in geringem Umfang auf den Eingliederungstitel zur Finanzierung von Personalkosten zurückgreifen müssen.

Anfrage 13: Hausdurchsuchung an der Universität Bremen am 9. Mai 2007 im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel

Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurde der von den polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen betroffene Lehrbeauftragte, der selbst kein eigenes Büro in der Universität unterhält, nicht rechtzeitig über die Durchsuchungen informiert?

(D)

Zweitens: Warum wurde die Universitätsleitung nicht schon vor der am 23. Mai 2007 stattgefundenen Sitzung des Akademischen Senats darüber informiert, dass Seminarlisten und andere Unterlagen eines Universitätsangehörigen von dem BKA beschlagnahmt wurden?

Drittens: Ist der Senat darüber informiert, wann die beschlagnahmten Listen und Unterlagen zurückgegeben und die in diesem Zusammenhang gespeicherten Daten gelöscht werden, und wie ist sichergestellt, dass Studierenden, die an den Veranstaltungen des nach Paragraph 129 a StGB verdächtigten Lehrbeauftragten teilgenommen haben, in Zukunft nicht kriminalisiert werden und ihnen auch sonst keine anderen Nachteile entstehen?

Erlanson und Fraktion Die Linke

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Über die in der Universität Bremen durchgeführte Durchsuchung konnte der betroffene Lehrbeauftragte nicht informiert werden, da der Durchsuchungsbeschluss direkt bei seiner Vorlage vollzogen worden ist. Eine Information über die Durchsuchung erfolgte im Nachhinein im Rahmen von Telefongesprächen.

Zu Frage 2: Die Beschlagnahme der erwähnten „Seminarlisten und anderen Unterlagen“ erfolgte nicht

(A) in der Universität. Der Akademische Senat der Universität wurde auf seiner Sitzung am 23. Mai 2007 darüber von Studierenden informiert.

Zu Frage 3: Das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung gemäß Paragraf 129 a StGB wird von der Generalbundesanwältin geführt. Schon aus Rechtsgründen können und dürfen nur die Generalbundesanwältin selbst oder die Bundesjustizministerin in ihrer Eigenschaft als Dienstvorgesetzte Auskünfte zum Verfahren erteilen. Mit einer Kriminalisierung von Studierenden, die an den Veranstaltungen des Beschuldigten teilgenommen haben, ist nach Einschätzung des Senats nicht zu rechnen.

Anfrage 14: Einsatz von Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten beim G-8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern

Wir fragen den Senat:

Erstens: Hält der Senat nach den heutigen Erkenntnissen den Einsatz von 375 Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten beim G-8-Gipfel in Heiligendamm und Rostock für gerechtfertigt und angemessen?

(B) Zweitens: Wurde das durch Beamtinnen und Beamte angefertigte Videomaterial sowie private Aufnahmen und Fernsehberichte über den Einsatz und die Enttarnung des Bremer Polizisten, der in Zivil einen Stein auf andere Polizisten/Polizistinnen geworfen haben soll und zudem versucht haben soll, andere Demonstranten/Demonstrantinnen zu Straftaten zu ermuntern, in Bremen angefordert, ausgewertet und mit welchen Erkenntnissen?

Drittens: Wie hoch belaufen sich die Gesamtkosten des Einsatzes der Polizeikräfte aus Bremen, und wie viele Überstunden sind beim Einsatz von Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten während des G-8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern angefallen?

Erlanson und Fraktion Die Linke

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat hält den Einsatz von 375 Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten für gerechtfertigt und angemessen. Die Bewältigung des G-8-Gipfels stellte eine Aufgabe von nationaler Bedeutung dar, die der Bund und die Länder nur gemeinsam meistern konnten. Insbesondere das einsatzführende Land ist bei derartigen Einsatzanlässen regelmäßig auf die Unterstützung anderer Bundesländer angewiesen.

Im Vorfeld zum G-8-Gipfel wurde vom Land Mecklenburg-Vorpommern ein Unterstützungsbedarf von 15 000 Polizeibeamtinnen und -beamten eingefordert. Noch kurz vor Beginn des G-8-Gipfels zeichnete sich ein erheblicher Fehlbedarf an Einsatzkräften ab.

Vor dem Hintergrund der schweren Auseinandersetzungen am 2. Juni 2007 in Rostock wurden vom

Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern am 3. Juni 2007 erneut weitere Unterstützungskräfte angefordert. Aus diesen zwingenden Gründen wurde dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die bereits entsandten Einsatzkräfte hinaus die zweite Bremer Bereitschaftspolizeihundertschaft für den Zeitraum vom 5. bis 9. Juni 2007 unterstellt. (C)

Zu Frage 2: Der Vorfall vom 6. Juni 2007 fand in Mecklenburg-Vorpommern statt. Für die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen war das Land Mecklenburg-Vorpommern originär zuständig. Die konkreten Umstände des Falles wurden der Besonderen Aufbauorganisation der Polizei, BAO „Kavalala“, berichtet. Die Durchführung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens fiel in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Rostock. Fragen zu dem Einsatz oder dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sind an die jeweils zuständigen Stellen zu richten.

Die Bremer Beamten haben von dem Vorfall keine Videoaufnahmen aufgezeichnet. Private Aufnahmen durch die eingesetzten Beamtinnen und Beamte waren durch die Einsatzleitung untersagt worden und wurden ebenfalls nicht angefertigt. Öffentlich zugängliches Filmmaterial wurde von uns ausgewertet. Hieraus ergaben sich keine Anhaltspunkte für vorwerfbares Verhalten gegen Bremer Polizeibeamte. Nach unserem Erkenntnisstand wurde vielmehr der Bremer Polizeibeamte nach seiner Enttarnung von einer stark anwachsenden Personengruppe eingekreist und im weiteren Verlauf mehrfach geschlagen und getreten. Der Beamte wurde dabei nicht unerheblich verletzt. Ein entsprechendes strafrechtliches Ermittlungsverfahren ist nach hiesigem Kenntnisstand noch bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Rostock anhängig. (D)

Zu Frage 3: Auf der Grundlage bestehender Verwaltungsabkommen werden bei Unterstützungseinsätzen einsatzbedingte Mehrkosten in Rechnung gestellt. Für den G-8-Gipfel fielen einsatzbedingte Mehrkosten in Höhe von circa 894 000 Euro an. Während des G-8-Einsatzes wurden circa 39 000 Mehrdienststunden von Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten geleistet, die entweder finanziell oder durch Freizeitausgleich vergütet wurden.

Anfrage 15: Bremer öffentliche Finanzmittel für die IUB

Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Höhe und Abfolge werden nach derzeitiger Absicht und Planung des Senats aktuell und zukünftig öffentliche Bremer Finanzmittel für die private Einrichtung „Jacobs Universität Bremen“ zur Verfügung gestellt?

Zweitens: Aus welchen Absprachen oder Verträgen beruhen diese Zahlungen?

- (A) Drittens: Welche rein rechtlichen Möglichkeiten, diese Zahlungen zu stornieren, ergeben sich aus der aktuellen Sachlage?

Beilken, Erlanson und Fraktion Die Linke

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Bremer Senat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten die Sicherung und Weiterentwicklung der Jacobs University Bremen als innovativer Lehr- und Forschungseinrichtung und wichtigen Kooperationspartner für die Hochschulen des Landes Bremen unterstützen. So sollen auch zukünftig konkrete Kooperationsprojekte, zum Beispiel im Rahmen der Exzellenzinitiative, weiter gefördert werden. Konkrete Planungen zur Verfügungstellung öffentlicher Bremer Finanzmittel gibt es derzeit allerdings nicht.

Zu Frage 2: Absprachen oder Verträge zwischen dem Bremer Senat und der Jacobs University Bremen in Zusammenhang mit der von dem privaten Sponsor Klaus J. Jacobs in Aussicht gestellten Spende in Höhe von 200 Millionen Euro gibt es nicht. Der Sponsor hat allerdings die Erwartung geäußert, dass die Wertschätzung für die Jacobs University Bremen und die angekündigte Spende auch in einem Engagement des Landes ihren Ausdruck findet. Der Präsident des Senats hat dem Präsidenten der Jacobs University Bremen im Vorfeld der öffentlichen Bekanntmachung der Spende Ende Oktober 2006 lediglich schriftlich versichert, dass der Bremer Senat im Rahmen seiner Möglichkeiten die Jacobs University Bremen bei der Realisierung ihrer Zukunftsplanungen unterstützt. Dabei hat er ausdrücklich darauf verwiesen, „dass einer unmittelbaren Finanzierung aus Mitteln des Landes politisch und rechtlich äußerst enge Grenzen gesetzt sind“. Konkret hat der Präsident des Senats auf die Möglichkeit der weiteren Förderung von Projekten verwiesen sowie die Unterstützung bei der Gewinnung Bremer Unternehmer und Bürger für ein finanzielles Engagement bei der Jacobs University Bremen in Aussicht gestellt.

Zu Frage 3: Eine rechtliche Verpflichtung zu zukünftigen Zahlungen öffentlicher Bremer Finanzmittel an die Jacobs University Bremen existiert nicht.

Anfrage 16: Nicht besetzte Stellen in der Jugendhilfe

Wir fragen den Senat:

Erstens: Aus welchen Gründen sind jeweils wie viele Planstellen im Bereich der Jugendhilfe in Bremen und Bremerhaven auch vorübergehend nicht besetzt beziehungsweise sind Sollstärken in Sozialzentren und im Bereich Hilfen zur Erziehung nicht erreicht?

Zweitens: Ist ein Ausgleich für dieses Defizit geplant?

Beilken, Erlanson und Fraktion Die Linke

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die in den kommunalen Haushalten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für den Bereich Kinder- und Jugendhilfe ausgewiesenen Planstellen sind zurzeit vollständig besetzt.

Über diese Planstellen hinaus wurden in der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen des Sofortprogramms des Senats zur Kindeswohlsicherung und im Weiteren auf Grundlage ergänzender Senatsbeschlüsse zur Verbesserung des Kinderschutzes und der Prävention erforderliche überplanmäßige Stellenbesetzungen vorgenommen.

Nach Angaben des Magistrats Bremerhaven bestehen keine Beschränkungen bei der Nachbesetzung vakant werdender Stellen.

Zu Frage 2: Ein Defizit gegenüber den in den örtlichen Haushalten speziell im Bereich Kinderschutz ausgewiesenen Planstellen besteht nicht.

Die Jugendämter beider Stadtgemeinden verzeichnen jedoch einen erheblichen Anstieg von Risikomeldungen über Kindeswohlgefährdungen und dokumentieren einen deutlichen Zuwachs der Fallzahlen von Familien, die Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz benötigen. Speziell im Bereich Kinderschutz bestehen zudem rechtlich und fachlich erweiterte Anforderungen an die Fachdienste der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

(B)

(C)

(D)